

UB Braunschweig

84



2225-063-4

Lo 3



2225- 0634

Ar 372

Verhandlungen

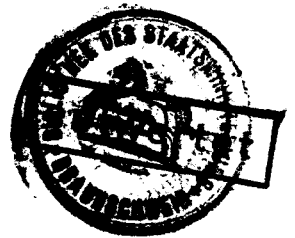
der

durch die Landesfürstliche Verordnung vom 27. Oktober 1916 Nr. 53 berufenen

außerordentlichen Landessynode des Herzogtums Braunschweig,

eröffnet am 28. November und geschlossen am 1. Dezember 1916.

Protokolle und Sitzungsberichte 1 bis 4 nebst Druckfachen 1 bis 19.



Alphabetisches Sachregister.

Abkürzungen: D. = Druckfache. P. = Protokoll. Eb. = Sitzungsbericht. S. = Seite.

Die Zahlen hinter D. geben die Nummer der D. an.

Die Zahlen hinter P. und Eb. sind Seitenzahlen.

Agende — Herausgabe eines Anhangs zur —
D. 7 (S. 2, 5).

— Antrag Gerlich um Vorlegung eines Kirchengesetzes über die Zulassung von Abweichungen von der geltenden A. und der Verwendung anderer als der im Gesangbuche enthaltenen Lieder im Gottesdienste P. 5, 17/18. Eb. 6/7, 41. D. 13.

Amtshandlungen von Geistlichen und Lehrern, Gebühren für solche D. 7 (S. 2, 5). P. 10/11. Eb. 15 fg.

Ausschuß der Landessynode siehe Landessynode.

Beerdigungen, Tauen, Trauungen, Regelung der Gebühren für die Mitwirkung der Lehrer bei den an Wochentagen stattfindenden —, sowie Gebühren der Geistlichen bei Begräbnisfeiern im Hause D. 7 (S. 2, 5). P. 10/11. Eb. 15 fg.

Begräbnisfeiern im Hause siehe Beerdigungen.

Bittschriften und Eingaben an die außerordentliche Landessynode:

— Bittschrift des Landespredigervereins im Herzogtum Braunschweig, betreffend:

Bittschriften (Fortf.)

- a) die Feier des Reformationsjubiläums P. 4, 7, 16. Eb. 33, 39. D. 18.
- b) kirchliche Arbeit an der konfirmierten Jugend P. 4, 7, 9, 17. Eb. 35. D. 18.
- c) Förderung der Heimstättenfrage durch die Kirche P. 4, 7, 17. Eb. 40.
- d) Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden bzw. für die kriegsbeschädigten Theologen P. 4, 7, 17. Eb. 40.

— des Ausschusses der „Kirchlichen Arbeitsgemeinschaft“ um Herbeiführung von Änderungen in Gesetzgebung und Verwaltung zwecks Beseitigung der durch die Prostitution hervorgerufenen sittlichen Schäden P. 7, 20. Eb. 9, 52. D. 19.

— Eingabe der Nationalvereinigung der Evangelischen Jünglingsbündnisse Deutschlands E. B. in Barmen, betr. militärische Jugendvorbereitung P. 9. Eb. 11.

— Eingabe des Ausschusses für die Aufstellung „Heinrichs des Löwen in Eisen“ in Braunschweig, enthaltend Anregung zur Beteiligung an der Regelung P. 9. Eb. 11.

Disziplinarverfahren gegen einen Geistlichen D. 7 (S. 12).

Einführung eines Geistlichen, Ordnung des Gottesdienstes dabei D. 7 (S. 2/3).

Emeritierung, unfreiwillige, eines Geistlichen D. 7 (S. 12).

Filialorte siehe Vertretung.

Fremdwörter, deren Ersetzung in den kirchlichen Vorschriften durch gute deutsche Bezeichnungen D. 7 (S. 3 fg.) P. 10. Eb. 14 fg. D. 17.

Gebühren für Geistliche und Lehrer bei Amtshandlungen D. 7 (S. 2, 5). P. 10. Eb. 15.

Geistliche, deren Einführung, den Entwurf einer liturgischen Ordnung des Gottesdienstes dabei D. 7 (S. 2, 3 fg.).

— Disziplinarverfahren gegen einen Geistlichen und Zwangsemeritierung eines Geistlichen D. 7 (S. 12).

— Antrag Struve, betr. Vertretung der Geistlichen bei ihrer Beurlaubung und Tragung der Reisekosten usw. für den Vertreter eines erkrankten Geistlichen P. 6, 20. Eb. 7, 51. D. 15.

— Antrag Drude, betr. die Vertretung der zum Heeresdienste eingezogenen Pfarrer P. 6, 19. S. 8, 47. D. 14.

— Antrag Struve, betr. dauernde Befreiung der Geistlichen von Abgaben und Beiträgen zur Landespfarrwitwen-Verorgungsanstalt P. 6, 16. Eb. 7, 28. D. 12.

— siehe auch Gebühren.

Gemeindepflegen, Unterstützungen aus dem Landeskirchlichen Fonds zur Einrichtung von solchen D. 7 (S. 7).

Gesangbuch und Kunstgesangbuch D. 7 (S. 5—7, 9, 10), 9. P. 11. Eb. 16—18.

— siehe auch Agende.

Gesangbuchfonds siehe Landeskirchlicher Fonds.

Geschäftsordnung für die Landessynode und ihren Ausschuß D. 7 (S. 3).

Heimstätten für Krieger P. 4, 7, 17. Eb. 40.

Jugendfürsorge und Jugendvorbereitung, militärische P. 4, 7, 9, 17. Eb. 35. D. 18.

Katechismus, Landes-, über Beseitigung von Mängeln darin D. 7 (S. 2, 5).

Kriegsteilnehmer, Gruß der Landessynode an sie P. 5. Eb. 6.

Kriegerwitwen und Kriegsverletzte, Antrag Ziegeler, betr. ihre Verwendung im Dienst der Kirche und der kirchlichen Gemeindetätigkeit P. 12, 20. Eb. 25, 54. D. 16.

Kunstgesangbuch siehe Gesangbuch.

Landeskirchlicher Fonds aus den Erträgnissen des Vertriebes des Gesangbuches (Kirchengesetz vom 17. April 1905 Nr. 20), Bericht des Synodalausschusses über seine Mitwirkung bei der Verwaltung des Fonds D. 7 (S. 6 fg.). Eb. 18.

— Übersicht über Einnahme und Ausgabe des Fonds in den Rechnungsjahren 1. April 1912/16 und Nachweis des Vermögensbestandes am 1. Oktober 1916, sowie Vereinbarung eines Höchstbetrages der aus dem Fonds in den Jahren vom 1. April 1917 bis dahin 1921 zu verwendenden Mittel D. 8 (Art. 2), 9. P. 4, 7, 11. Eb. 16 bis 18. Vergl. Landessynode (Geschehen unter 1).

Landes-Pfarrwitwen-Verorgungsanstalt, Antrag Struve, betr. dauernde Befreiung der Geistlichen von Abgaben und Beiträgen zur — P. 6, 16. Eb. 7, 28. D. 12.

Landessynode und deren Ausschuß betreffend

- a) Eröffnung der außerordentlichen Landessynode und Vereidigung der neu eintretenden Abgeordneten P. 1. Eb. 1, 2. D. 1. Predigt vor der Eröffnung der Synode P. 13. Eb. 26.
- b) Schluß der Synode P. 22. Eb. 64. D. 10.
- c) die Beamten usw. bei der Synode betr.:
 - 1. Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters P. 3. Eb. 3, 4. D. 2.
 - 2. deren Bestätigung P. 3. Eb. 3. D. 3.
 - 3. Wahl zweier Schriftführer P. 3. Eb. 3.
 - 4. Benennung des protokollführenden Sekretärs und eines Registratur- und Kassenbeamten D. 6. P. 4. Eb. 5.
- d) Bezeichnung der Kommissare der Kirchenregierung und des Konistoriums D. 4. P. 4. Eb. 5.
- e) Die Synodal-Abgeordnetenwahlen betreffend:
 - 1. Benennung der von der Kirchenregierung ernannten Abgeordneten D. 5. P. 4. Eb. 5.
 - 2. Bericht der Wahlprüfungskommission über die Ergänzungswahlen P. 10. Eb. 12/13.
- f) Die Kommissionen betreffend P. 3, 4. Eb. 4, 5.
- g) Den Synodalausschuß betreffend:
 - 1. Bericht desselben über seine seit dem Schluß der 11. ordentl. Landessynode entfaltete Wirksamkeit D. 7. Beratung des Berichts P. 10. Eb. 13.

(Der Bericht in D. 7 behandelt im wesentlichen unter

- § 1. Zusammenfassung des Ausschusses.
- § 2. Die dem Ausschusse erteilten Aufträge — Kirchengesetz über Gebühren für geistliche Amtshandlungen und für Kirchenzeugnisse (S. 2), neue Geschäftsordnung für die Landessynode (S. 2, 3), Kirchengesetz über die Ordnung der kirchlichen Trauerfeier bei Feuerbestattungen (S. 2), Kirchengesetz über die liturgische Ordnung der Einführung eines Geistlichen (S. 2, 3), Mängel im Landes-

Landessynode und deren Ausschuß betr. (Fortf.)

- katechismus (S. 2, 5), Wechselgefang im Gottesdienste (S. 2), Kirchengesetzentwurf über Anhang zur Agenda (S. 2, 5), Gebührenregelung aus Anlaß der Mitwirkung der Lehrer bei an Wochentagen stattfindenden Taufen, Trauungen und Beerdigungen (S. 2, 5).
- § 3. Gesangbuch und Kunstaussgabe betr.
- § 4. Mitwirkung des Ausschusses bei Verwaltung des Landeskirchlichen Fonds.
- § 5. Gutachtliche Äußerungen des Ausschusses:
 - 1. Einberufung der 12. ordentl. Landessynode.
 - 2. Ersuchen um vermehrte Zuziehung des Ausschusses zu gutachtlicher Äußerung.
 - 3. Erlaß von Bestimmungen über den Kirchendienst der Opferleute.
- § 6. Kundgebungen des Ausschusses. Siehe auch unten unter k).
- § 7. Verschiedenes:
 - 1. Disziplinarverfahren gegen einen Geistlichen.
 - 2. Unfreiwillige Emeritierung eines Geistlichen.
 - 3. Zuwendungen an die Synodallbibliothek.

Siehe im übrigen unter Fremdwörter, Gebühren, Gesangbuch und Kunstgesangbuch, Landeskirchl. Fonds und unten unter h und k.

- 2. Ergänzungswahlen zum Synodalausschuß P. 3, 4. Eb. 4, 5.
- 3. Ermächtigungen des Ausschusses:
 - a) zur Antragstellung im Falle erwünschter Einberufung der 12. ordentlichen Landessynode D. 11. (Vergl. unten unter h),
 - b) zur Mitwirkung bei Beratung eines Kirchengesetzentwurfs über Zulassung von Abweichungen von der Agenda D. 13 (Siehe Agenda).

Landessynode und deren Ausschuss betr. (Fortf.)

h) Das Gesetz, die Errichtung einer Landessynode und eines Synodalausschusses usw. betr., vom 31. Mai 1871 Nr. 34:

über den Wirkungskreis und die Zuständigkeiten des Synodalausschusses D. 7 (S. 11). P. 11. Eb. 18.

i) Die Geschäftsordnung für die Landessynode und deren Ausschuss betr. D. 7 (S. 2, 3).

k) Kundgebungen der Landessynode und deren Ausschusses:

1. anlässlich der Vermählung des Herzogs-paares D. 7 (S. 12);

2. unterbliebene Berücksichtigung des Ausschusses anlässlich der Feierlichkeiten bei der Taufe des Erbprinzen D. 7 (S. 12) P. 11. Eb. 20;

3. Absendung eines Huldigungstelegrammes an den Herzog P. 7, 15. Eb. 9, 27;

4. anlässlich des Todes des Kaisers Franz Josef von Österreich P. 15. Eb. 27.

l) Entwurf eines Kirchengesetzes, die Einberufung der 12. ordentl. Landessynode betr. D. 1, 7 (S. 10, 11), 8, 11. P. 4, 6, 11. Eb. 5, 8, 20.

Lehrer, welche mit Kirchendienst betraut sind, siehe Amtshandlungen, Organisten.

Nebengottesdienste siehe Einführung.

Niedersächsischer Kirchenchorverband D. 7 (S. 7).

Opferleute, Bestimmungen über deren Kirchendienst D. 7 (S. 11). Eb. 18, 55.

Organisten, deren Fortbildung D. 7 (S. 7).

Parochien siehe Superintendentenbezirke.

Pfarrinhaber siehe Geistliche.

Pfarrwitwen und Pfarrwaisen, erhöhte Bezüge oder Feuerungszulagen für sie P. 13, 21. Eb. 26, 57.

— siehe auch Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt.

Prostitution, Bekämpfung von Schäden derselben P. 7, 20. Eb. 9, 52. D. 19.

Reformationsjubiläum, dessen feierliche Begehung P. 4, 7, 16. Eb. 33, 39. D. 18.

Religionsunterricht in den Gemeinbeschulen, Aufsicht darüber durch Organe der Kirche, P. 13, 21. Eb. 26, 58.

Sonntagsarbeit in der Kriegszeit, Stellung der Kirche dazu P. 22. Eb. 64.

Stolgebühren, siehe Amtshandlungen.

Superintendentenbezirke, Aufhebung von solchen oder Veränderungen darin D. 7 (S. 11). P. 11. Eb. 20.

Synodallbibliothek, Zuwendungen an dieselbe D. 7 (S. 13).

Taufen, Trauungen, Beerdigungen, vergl. Beerdigungen.

Theologen, Fürsorge für aus dem Kriege heimkehrende bzw. kriegsbeschädigte — P. 4, 7, 17. Eb. 5, 8, 40. D. 18.

Vertretung von Geistlichen in Beurlaubungs- und Krankheitsfällen P. 6, 20. Eb. 7, 51, D. 15.

— von zum Heeresdienst eingezogenen Pfarrern P. 6, 19. Eb. 8, 47. D. 14.

Wahlen zur außerordentlichen Landessynode siehe Landessynode unter e).

Wechselgesang im Gottesdienst, dessen Einführung D. 7 (S. 2).

Witwen und Waisen der Prediger siehe Pfarrwitwen usw. und Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt.

Meine Herren Abgeordneten!

Seine Königliche Hoheit der Herzog, unser gnädigster Landesherr, haben mich zu beauftragen geruht Sie, meine Herren, als die zeitigen Mitglieder der Landessynode im Namen Seiner Königlichen Hoheit willkommen zu heißen.

Das Kirchenregiment hat sich veranlaßt gesehen, in Übereinstimmung mit dem Synodalausschusse eine außerordentliche Synode einzuberufen, um mittels eines inzwischen eingebrachten Kirchengesetzes die an sich noch in diesem Jahre erforderliche Berufung der 12. ordentlichen Landessynode und damit die für diesen Fall gesetzlich vorgesehene Neuwahl der Hälfte der jetzigen Synodalen zu vermeiden. Ich darf auf die Begründung des Gesetzes verweisen, hebe aber auch an dieser Stelle hervor, daß die Fassung des Gesetzes die jederzeitige Einberufung der nächsten ordentlichen Synode zuläßt.

Möge der allgütige Gott unserm geliebten deutschen Vaterland und damit dem ganzen Erdenrund in Bälde einen edlen Frieden bescheren und möge damit die Zeit nahegerückt sein, in der auch das Gedeihen unserer Landeskirche nach Kräften zu fördern ist.

Auf Befehl Seiner Königlichen Hoheit erkläre ich die außerordentliche Landessynode damit für eröffnet!

Durchlauchtigster Herzog!
Gnädigster Herzog und Herr!

Euer Königlichen Hoheit präsentiert die versammelte außerordentliche Landessynode auf Grund des § 9 der für sie und ihren Ausschuß erlassenen Geschäftsordnung vom 21. Oktober 1913 zu dem Amte eines Vorsitzenden und seines Stellvertreters die Abgeordneten

1. Stadtdirektor F l o t o , Wolfenbüttel,
2. General- und Stadtsuperintendent D e g e r i n g , Braunschweig,
3. Forstmeister S c h o m b u r g , Helmstedt,

mit dem untertänigsten Ersuchen, einem der Genannten als Vorsitzenden und einem als seinen Stellvertreter die Landesfürstliche Bestätigung gnädigst erteilen zu wollen.

In tiefster Ehrfurcht

Euer Königlichen Hoheit

Braunschweig,
den 28. November 1916.

untertänigste und treuegehoramste
Landessynode

Der Stellvertreter
des bisherigen Präsidenten.

Degering.

Von Gottes Gnaden, Wir, Ernst August, Herzog zu Braunschweig
und Lüneburg usw.

Wir wollen auf den Bericht vom heutigen Tage dem Abgeordneten zur
Landessynode

Stadtdirektor F l o t o in Wolfenbüttel

als Vorsitzenden der außerordentlichen Landessynode, und dem Abgeordneten zur
Landessynode

Generalsuperintendent D e g e r i n g hieselbst

als dessen Stellvertreter Unsere Bestätigung hiermit erteilen.

B r a u n s c h w e i g , den 28. November 1916.

Auf Höchsten Spezial-Befehl.

C. Wolff.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches
Staatsministerium.

Braunschweig, den 21. November 1916.

Nr. BI 1593.

Die geehrte Landessynode setzen wir ergebenst davon in Kenntnis, daß Höchsten Orts die Mitglieder des Herzoglichen Staatsministeriums ermächtigt sind, die Kirchenregierung bei den Verhandlungen der bevorstehenden außerordentlichen Landessynode zu vertreten, und insbesondere der mit den Geschäften der Abtheilung der Justiz, des Kultus und des Unterrichts betraute unterzeichnete Staatsminister als Kommissar der Kirchenregierung zur Teilnahme an den Verhandlungen abgeordnet ist. Das Herzogliche Konsistorium wird zu gleichem Zwecke bei den Verhandlungen sich durch den Konsistorialpräsidenten Sievers und den Konsistorial-Vizepräsidenten Abt Moldenhauer vertreten lassen.

C. Wolff.

An
die Landessynode
hier.

Nr. B I 1475.

Von Gottes Gnaden, Wir, Ernst August, Herzog zu Braunschweig
und Lüneburg usw.,

eröffnen dem Ausschusse der Landessynode, daß Wir in Gemäßheit des § 2^{II} des
Gesetzes vom 31. Mai 1871 Nr. 34 an Stelle des zum Minister ernannten
früheren Kreisdirectors Boden in Blankenburg den Oberlandesgerichtsrat Witten
hier zum Abgeordneten der Landessynode für den Rest der laufenden Synodal-
periode ernannt haben.

Braunschweig, den 2. November 1916.

Auf Höchsten Spezial-Befehl.

C. Wolff.

An
den Ausschuß der Landessynode
hier.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches
Staatsministerium.

Braunschweig, den 18. November 1916.

Nr. BI 1579.

Den geehrten Ausschuß der Landessynode benachrichtigen wir ergebenst, daß der Gerichtsassessor Oskar Kaulitz bei der Herzoglichen Amtsanwaltschaft hier dem Sekretariate der auf den 28. d. Mts. einberufenen außerordentlichen Landessynode als protokollführender Sekretär von der Kirchenregierung beigegeben ist.

Die Wahrnehmung der Registraturgeschäfte sowie der Kassen- und Rechnungsführung ist dem Landschafts-Sekretär Rat Eichhorn hier übertragen worden.

Die Genannten sind angewiesen, sich wegen Übernahme der Geschäfte dem stellvertretenden Vorsitzenden des Synodalausschusses rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

G. Wolff.

An
den Ausschuß der Landessynode
hier.

Bericht des Synodal-Ausschusses

über seine

**seit dem Schlusse der 11. ordentlichen Landessynode (7. Mai 1913)
entfaltete Wirksamkeit.**

Braunschweig, den 26. Oktober 1916.

Mit Rücksicht auf den Umfang der von dem Synodalausschusse in der obenbezeichneten Zeit entfalteten Wirksamkeit wird der zusammentretenden außerordentlichen Landessynode nachstehender schriftlicher Bericht erstattet.

§ 1.

Die Zusammensetzung des Ausschusses.

1. Der von der 11. ordentlichen Landessynode in ihrer Sitzung vom 18. Dezember 1912 gewählte Synodalausschuß hatte zu seinem Vorsitzenden den Kreisdirektor Langerfeldt und zu dessen Stellvertreter den Generalsuperintendenten Degering erwählt. Nach dem im Juli 1913 erfolgten Tode des ersteren ist anderweit zum Vorsitzenden der Generalsuperintendent Degering und zum stellvertretenden Vorsitzenden der Oberamtsrichter Kunze-Salder von uns erwählt.

2. An Stelle der in der Berichtszeit verstorbenen Mitglieder des Ausschusses, Generalsuperintendent Wollemann-Gandersheim und Kreisdirektor Langerfeldt-Braunschweig, sind deren bisherige Stellvertreter, Superintendent Gronau-Lehre und Kreisdirektor Dannenbaum-Gandersheim, als Mitglieder in den Ausschuß eingetreten. Nachdem der letztgenannte gleichfalls (am 20. November 1915) verstorben ist, besteht seitdem der Ausschuß aus 4 Mitgliedern, und zwar 3 geistlichen und 1 weltlichen.

Die ihm obliegenden Geschäfte hat der Ausschuß in der Berichtszeit in 9 Sitzungen, von denen 5 in gemeinschaftlicher Beratung mit Herzoglichem Konsistorium stattgefunden haben, und im übrigen im Wege des Schriftwechsels unter den Ausschußmitgliedern erledigt.

Die dem Synodalausschusse erteilten Aufträge.

1. Dem in der letzten Sitzung der 11. ordentlichen Landessynode vom 7. Mai 1913 ihm erteilten Auftrage gemäß (Protokoll 14 unter IV) hat der Ausschuß an die Herzogliche Kirchenregierung die nachstehend bezeichneten Schreiben abgesandt, betreffend

- a) den Entwurf eines Kirchengesetzes über die Gebühren für geistliche Amtshandlungen und für Kirchenzeugnisse (Anlage 44),
- b) den Entwurf eines Kirchengesetzes über eine neue Geschäftsordnung für die Landessynode (Anlage 45),
- c) den Entwurf eines Kirchengesetzes über die Ordnung der kirchlichen Trauerfeier bei Feuerbestattungen (Anlage 46),
- d) den Entwurf eines Kirchengesetzes über die liturgische Ordnung der Einführung eines Geistlichen (Anlage 47),
- e) das Ersuchen um Beseitigung von Mängeln im Landeskatechismus (Anlage 48),

hat ferner an das Herzogliche Konsistorium ein Ersuchen, betreffend

Einführung des Wechselgesanges,

abgesandt (Anlage 49)

und

das Protokoll der erwähnten letzten Sitzung festgestellt und unterschrieben.

2. In bezug auf einige der hier berührten Angelegenheiten war der Ausschuß weiter ermächtigt,

zu 1b: im Einvernehmen mit der Kirchenregierung etwaigen weiteren geringfügigen Änderungen an dem bezeichneten Gesetzentwurfe, die sich aus den zu ihm gefaßten Beschlüssen der Landessynode ergeben mußten, zuzustimmen;

zu 1d: die Änderungen, welche zur Durchführung des Beschlusses der Landessynode über Ersetzung fremdsprachlicher Ausdrücke durch deutsche Bezeichnungen in der „Ordnung des Gottesdienstes bei Einführung eines Geistlichen“ erforderlich werden mußten, mit der Kirchenregierung zu vereinbaren;

zu 1e: falls ein Kirchengesetzentwurf über Beseitigung von Mängeln im Landeskatechismus dem Ausschusse vorgelegt werden sollte, diesen zu verabschieden.

Ferner war der Ausschuß

3. mit der Verabschiedung eines ihm vorzulegenden Kirchengesetzentwurfs, betreffend Anhang zur Agenda beauftragt (Anlage 41)

und

4. für den Fall, daß kirchengesetzliche Maßnahmen zur Durchführung der von der Landessynode empfohlenen Regelung der Gebühren für die Mitwirkung der Lehrer bei den an Wochentagen stattfindenden Taufen, Trauungen und Beerdigungen nötig werden sollten, mit der Wahrnehmung der kirchenverfassungsmäßigen Rechte der Landessynode betraut (Anlage 37)

In bezug auf diese Angelegenheiten haben wir das folgende zu berichten:

zu 1 b (2b): Herzogliches Staatsministerium hat uns durch Schreiben vom 10. Juni 1913 Nr. BI 776 zwei Stück der gemäß den Beschlüssen der 11. ordentlichen Landessynode eingebefferten Geschäftsordnung für die Landessynode und ihren Ausschuß vorgelegt mit dem Bemerken, daß in § 55 Abs. 2 noch vor das Wort „Schriftführer“ der Gleichförmigkeit der im Gesetz sonst angewandten Bezeichnung wegen das Wort „gewählten“ eingefügt sei, und mit dem Ersuchen, ein Exemplar am Schlusse gemäß dem Auftrage der Landessynode mit der Erklärung zu versehen, daß die vorstehende Fassung des Gesetzes von dem Ausschusse der Landessynode gutgeheißen werde. Wir haben darauf die eingebefferte Geschäftsordnung in unserer Sitzung vom 25. September 1913 einer nochmaligen Durchsicht unterzogen und dabei unsererseits in den §§ 9, 13 (Ziff. 6), 16, 18, 21, 37, 43, 49, 64, 77, 78 und 83 kleine redaktionelle Änderungen vorgenommen, haben das eine der beiden uns mitgeteilten Stücke mit unserem Einverständnißvermerke versehen und bei dessen Zurücksendung an Herzogliches Staatsministerium dieses ersucht, auch den von uns noch vorgenommenen Änderungen und Einbefferungen zustimmen zu wollen. Durch Höchsten Erlaß vom 27. April 1914 ist sodann mit diesen Änderungen und unter Anfügung eines eingehenden alphabetischen Sachregisters die Geschäftsordnung für die Landessynode und ihren Ausschuß mit dem Datum vom 21. Oktober 1913 in Nr. 42 und 43 der Gesetz- und Verordnungsammlung des Jahrgangs 1914 veröffentlicht worden.

zu 1 d (2d): Ein an uns gerichtetes Schreiben des Herzoglichen Konistoriums vom 10. November 1913 Nr. 8980 hat folgenden Wortlaut:

„Zu dem der 11. ordentlichen Landessynode vorgelegten Entwürfe der Ordnung des Gottesdienstes bei Einführung eines Geistlichen hat die Synode folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die fremdsprachlichen Ausdrücke sind überall, wo es unbeschadet der Klarheit der Ausdrucksweise geschehen kann, durch deutsche Bezeichnungen zu ersetzen, von denen besonders die Wörter „Mitwirkung“, „Mitwirkende“ und „Pfarrbezirk“ als Ersatz für die Wörter „Assistenz“ (im 1. Absätze), „Assistierende“ (im 2. und 3. Absätze) und „Parochie“ (im 6. Absätze) empfohlen werden.

2. In der Annahme, daß der im 2. und 6. Absätze der Anlage erwähnte Gesang „Komm, heiliger Geist, Herre Gott“ besonders in den Städten nicht genügend bekannt ist, wird zur Sicherung der Volltönigkeit des Gesanges empfohlen, auch andere bekanntere Gesänge zuzulassen. Es sind daher hinter die Worte „Komm, heiliger Geist, Herre Gott“ im 2. Absätze die Worte: „oder den 1. Vers von „O Heil'ger Geist, fehr bei uns ein“ und im 6. Absätze die Worte: „oder einen anderen passenden Gesangsvers“ einzuschieben.

Wegen der Durchführung des vorstehenden Beschlusses zu 1 hat die Landessynode ihren Ausschuß ermächtigt, die Änderungen, welche danach in dem erwähnten gottesdienstlichen Formulare erforderlich sind, mit der Kirchenregierung zu vereinbaren.

Wir haben Seiner Hoheit dem Herzoge Johann Albrecht zu Mecklenburg, Regenten des Herzogtums Braunschweig, seinerzeit vorgeschlagen, die von der Landessynode gewünschten Abänderungen genehm zu halten, wenn wir auch bemerken müßten, daß die deutschen Bezeichnungen „Mitwirkung“ und „Mitwirkende“ die herkömmlichen Ausdrücke „Assistenz“ und „Assistierende“ nicht völlig genau wiedergeben, da die ersteren Begriffe

umfassender sind als die letzteren. Seine Hoheit der Herzog-Regent hat am Rande unseres diesbezüglichen Immediatberichtes folgenden handschriftlichen Vermerk eingetragen: „Mit der Verwandlung fremdsprachlicher Ausdrücke in deutsche bin ich selbstverständlich stets einverstanden; ich stelle aber zur Erwägung, bei der Verhandlung mit dem Ausschusse der Synode zu beraten, ob nicht statt „Assistenz“ und „assistierende“ die Worte: „Beimwohnung“ und „beimwohnende“ die Sachlage richtiger bezeichnen, wie die vorgeschlagenen. Mit den anderen Vorschlägen einverstanden“.

Weder die Begriffe „Mitwirkung“ und „Mitwirkende“ noch die „Beimwohnung“ und „Beimwohnende“ treffen genau den Sinn der Bezeichnungen „Assistenz“ und „assistierende“, auch sind sie unseres Erachtens zum Teil un schön. Ein völlig befriedigender Ersatz der herkömmlichen Ausdrücke „Assistenz“ und „assistierende“ wird sich schwerlich finden lassen. Auch ist zu beachten, daß die Agenda in erster Linie für die Hand der Geistlichen bestimmt ist, welchen die Ausdrücke „Assistenz“ und „assistierende“ geläufig sind. Wir geben daher anheim, die von der Synode gewünschte Ersetzung der fremdsprachlichen Ausdrücke darauf zu beschränken, daß statt des Ausdruckes „Parochie“ die Bezeichnung „Pfarrbezirk“ gewählt wird, die Ausdrücke „Assistenz“ und „assistierende“ jedoch zu belassen. Da die Synode, wie in den Verhandlungen derselben festgestellt ist — cf. Sitzungsbericht 8, V — dem Synodalausschusse überlassen hat zu prüfen, inwiefern die Beseitigung der Fremdwörter möglich ist, und nötigenfalls auch von dem 1. Beschlusse abzuweichen, so steht unseres Erachtens trotz des Wortlautes kein Bedenken entgegen, von einer Ersetzung der fremdsprachlichen Ausdrücke „Assistenz“ und „assistierende“ Abstand zu nehmen.“

Darauf haben wir mit Rückschreiben vom 2. Dezember 1913 Nr. 47 folgendes erwidert:

„Dem Herzoglichen Konsistorium erwidern wir auf das geehrte Schreiben vom 10. November d. J. Nr. 8980 ergebenst folgendes:

Dem von der Landessynode uns erteilten Auftrage, die Fremdwörter in der Ordnung des Gottesdienstes bei Einführung eines Geistlichen durch deutsche Bezeichnungen überall zu erticken, wo es unbeschadet der Klarheit des Ausdrucks geschehen kann, glauben wir nachkommen zu müssen, und schlagen daher nochmals vor, statt „Assistenz“ und „assistierende“ die Ausdrücke „Mitwirkung“ und „Mitwirkende“ zu setzen, da der bestimmte Begriff, der jetzt durch das Fremdwort ausgedrückt wird, nur gewohnheitsmäßig sich an dieses geheftet hat, aber in dem deutschen Worte den passenden und üblichen Ausdruck alsbald finden wird. Die „assistierenden“ Geistlichen sind auch nicht bloß als „beistehende“ anzusehen, sondern „wirken mit“ in einem gewissen (geistigen) Sinne, wie auch schon das Handauflegen beweist.

Uns erscheint also „Mitwirkung“ und „Mitwirkende“ ein befriedigender Ersatz für die herkömmlichen Fremdwörter.“

Diesem Vorschlage ist Rechnung getragen, wie das unter dem 6. Februar 1914 Nr. 9 in der Gesetz- und Verordnungsammlung veröffentlichte Kirchengesetz, die liturgische Ordnung der Einführung eines Geistlichen betreffend, ersehen läßt.

Zu 1e (2 zu 1e), 3 und 4: In Angelegenheiten, welche

die Beseitigung von Mängeln im Landeskatechismus,

die Herausgabe eines Anhangs zur Agende,

die Gebührenregelung für die (oben unter 4 näher bezeichnete) Tätigkeit der Lehrer zum Gegenstande haben, ist die Mitwirkung des Ausschusses der Landessynode nicht in Anspruch genommen worden.

§ 3.

Das Gesangbuch betreffend.

1. Es wurde in wiederholten gemeinschaftlichen Beratungen des Synodalausschusses mit dem Herzoglichen Konsistorium aus Anlaß des mit dem Verlagsbuchhändler Zwißler geschlossenen, am 1. Januar 1915 ablaufenden Vertrages wegen Druck und Verlag des Gesangbuches über die bei der Schließung eines neuen Vertrages zu beobachtenden Gesichtspunkte eingehend verhandelt und dabei neben anderen Fragen vor allem Einverständnis darüber erzielt, daß der Preis für die Schulabgabe nicht erhöht werden solle, die Abgabe an den Landeskirchlichen Fonds dagegen entsprechend den von anderer Seite eingegangenen Angeboten höher als seither bemessen werden müsse. Beschlossen wurde, daß der Verlag des Gesangbuches zwischen der Firma Julius Zwißler-Wolfenbüttel und der Firma Joh. Heinr. Meyer-Braunschweig geteilt werden soll, und zwar in der Weise, daß Joh. Heinr. Meyer sämtliche Schulausgaben, einschließlich der in besseren Einbänden, verlegen und drucken, die Firma Zwißler dagegen den Verlag der übrigen Ausgaben behalten und die davon festgesetzten Abgaben an den Landeskirchlichen Fonds leisten soll, den Druck aber einer ihr passend erscheinenden Firma innerhalb des Landes Braunschweig übertragen kann. Das Konsistorium wurde ermächtigt, den Verlagsvertrag abzuschließen. Durch Schreiben vom 19. Februar 1915 Nr. 2304 hat das Konsistorium uns eine Abschrift der unter dem gleichen Tage von ihm und den Firmen Julius Zwißlers Verlag und Joh. Heinr. Meyer vollzogenen Verträge über Druck und Verlag des Gesangbuches und Übernahme der Schulgesangbuchbestände zur Kenntnisnahme mitgeteilt. Von einem Abdruck der Verträge in ihren einzelnen Festsetzungen glaubt der Ausschuß auch diesmal wie früher absehen zu sollen, zumal da es jedem Synodalen freisteht, von den den Synodalakten einverlebten Verträgen Einsicht zu nehmen.

2. Wegen des Kunstgesangbuches, über das wir in unserem Berichte vom 16. Dezember 1912 (Anlage 11 der Drucksachen der 11. ordentlichen Landessynode) § 1 Ziffer 3 und in der Sitzung vom 22. April 1913 (Sitzungsbericht 3, III) zuletzt berichtet haben, ist zunächst zu bemerken, daß es im Jahre 1913 fertiggestellt ist und sein Vertrieb laut Vertrages vom 25. Oktober 1913 von der Firma Julius Zwißler besorgt wird. Über die Kosten seiner Herstellung siehe § 4 Nr. 3 dieses Berichtes. Um ihm zu einer größeren Verbreitung zu verhelfen, haben wir zu wiederholten Malen (im Juli 1914 und Mai 1916) Anregungen an das Herzogliche Konsistorium gelangen lassen. Auf die letzte dieser Vorstellungen ist uns das nachstehende Schreiben des Herzoglichen Konsistoriums vom 17. Mai 1916 Nr. 6662 zugegangen:

„Auf das gefällige Schreiben vom 2. d. Mts.

Wider Erwarten hat die Kunstausgabe des Gesangbuches nicht die Aufnahme gefunden, auf welche gerechnet werden konnte. Wir haben deshalb bereits seit längerer Zeit Mittel und Wege in Erwägung genommen, einen besonderen Absatz desselben herbeizuführen. Jedoch erscheint die jetzige Zeitslage wegen der durch den Krieg herbeigeführten Verhältnisse nicht geeignet, ein sicheres Urteil über die Notwendigkeit einschneidender Änderungen an den für den Vertrieb des Kunstgesangbuches bestehenden Bestimmungen behufs der Abhilfe des unzulänglichen Absatzes zu gewinnen. Wir haben uns deshalb bisher darauf beschränkt, einer Anregung des Verlages nachgebend, zu genehmigen, daß im Herbst dieses Jahres den guten Buch- und Papierhandlungen ein Exemplar mit Rücksendungsrecht geliefert wird, damit diese Ausgabe des Gesangbuches den Käufern von Gesangbüchern regelmäßig mit vorgelegt wird, um auf diese Weise das Interesse der Verkäufer an dem Vertriebe des Kunstgesangbuches zu heben und weitere Kreise mit der Beschaffenheit der Kunstausgabe bekannt zu machen. Zur Beratung weiterer Mittel und Wege, die geeignet sind, einen besseren Absatz des Kunstgesangbuches herbeizuführen, wobei auch die in der Eingabe angeführten in Erwägung gezogen werden können, werden wir demnächst den Landes synodalausschuß zu einer gemeinsamen Sitzung mit uns berufen. Damit erledigt sich die unter Nr. 1 des erwähnten Schreibens ausgesprochene Bitte.“

In gemeinsamer Beratung des Herzoglichen Konsistoriums und des Synodalausschusses ist dann in bezug auf diese Frage noch einstimmig beschlossen worden, daß man sich für die Kriegsdauer darauf beschränke, zur Hebung des Absatzes

1. die Verlagssfirma zu ermächtigen, daß sie an die besseren Buch- uzw. Handlungen je ein Exemplar des Kunstgesangbuches (zur Vorlage an die Kundschaft) mit Rückgaberecht liefere,
2. den Rabatt der Wiederverkäufer von 25 % auf 40 % zu erhöhen.

Schon früher, in gemeinschaftlicher Sitzung von Konsistorium und Ausschuß am 9. Dezember 1914 hatte man einstimmig beschlossen, von dem Bildschmuck des Kunstgesangbuches Lichtbilder zu Vorführungen auf Kosten des Landeskirchlichen Fonds anfertigen zu lassen.

§ 4.

Mitwirkung des Synodalausschusses bei Verwaltung des Landeskirchlichen Fonds.

1. Auf Antrag der Kirchenregierung hat die 11. ordentliche Landessynode sich damit einverstanden erklärt, daß der Höchstbetrag der aus dem Landeskirchlichen Fonds aus den Erträgen des Vertriebes des neuen Gesangbuches für die im § 3 des Kirchengesetzes vom 17. April 1905 Nr. 20 vorgesehenen Zwecke in den Jahren vom 1. April 1913 bis dahin 1917 aufzuwendenden Mittel mit dem Vorbehalte, daß die jeweiligen laufenden Einnahmen ohne die Zinsen des Grundstockkapitales diese Höhe erreichen und der Grundstock des Fonds für die Aufwendungen nicht in Anspruch genommen wird, auf 24000 M festgelegt werde. Diese Vereinbarung ist Höchsten Orts durch Verfügung vom 30. Mai 1913 Nr. B I 765 genehmigt worden.

2. Die zu Lasten der vorgenannten Summe erfolgten einzelnen Verwilligungen, zu denen wir auf Antrag des Herzoglichen Konsistoriums unsere Zustimmung erteilt haben, sind folgende:

a) Aufwendungen zur Erleichterung der Einführung des Gesangsbuchs: Nichts. (Wegen des Kunstgesangbuchs siehe unter Nr. 3.)

b) Aufwendungen zur Förderung des Kirchengesanges:

| | |
|--|-------|
| 1. Dem Gesangsverein „Liederfranz“ in Timmenrode zur Beschaffung weiteren Notenmaterials für geistliche Lieder | 50 M |
| 2. Der Kirchengemeinde Stadtholndorf zur Beschaffung von Liederbüchern für den dortigen Kinderkirchenchor | 40 „ |
| 3. Der Kirchengemeinde Oker für den dortigen Kirchenchor | 50 „ |
| 4. Der Kirchengemeinde Bettingerode für den dortigen Kirchenchor | 40 „ |
| 5. Der Kirchengemeinde Bodenburg mit Östrum für den dort. Kinderkirchenchor | 40 „ |
| 6. Dem Kirchengesangsverein zu Golmbach | 50 „ |
| 7. Dem Niederächsischen Kirchenchorverbande | 100 „ |
| 8. Der kirchlichen Frauenhilfe in Seesen zu den Kosten der Anschaffung eines Harmoniums, von Liederbüchern und Noten | 150 „ |
| 9. Kosten eines Fortbildungskurses für Organisten im Jahre 1914 verwilligt bis zu | 650 „ |
| — gezahlt laut Rechnung von 1914/15 433,35 M) | |

Summe b 1170 M

c) Unterstützungen der Gemeinden der Landeskirche bei Einrichtungen zur Hebung des kirchlichen Lebens:

| | |
|--|-------|
| 1. An den Frauenverein in Zerzheim Beihilfe zu den Kosten der Gemeinde- und Kinderpflege (1913) | 200 M |
| 2. An die Gemeindepflege in Catwörde Beihilfe zu den Kosten der Einrichtung eines Gemeindejaales | 200 „ |
| 3. Verein für kirchliche Frauenhilfe in Hohe zur Verwendung für die Ausstattung des Versammlungsraumes und für die Anschaffung von Liederbüchern | 60 „ |
| 4. Verein Evangelische Frauenhilfe in Bündheim-Harzberg zu Zwecken der ersten Einrichtung | 50 „ |
| 5. Kirchlicher Frauenverein in Gliesmarode zwecks Ausstattung des Vereinszimmers | 50 „ |
| 6. Frauenverein in der St. Jacobi-Gemeinde in Braunschweig zur Unterstützung seiner Bestrebungen | 100 „ |
| 7. Gemeindepflege in Stiege zur weiteren Ausstattung des Vereinszimmers | 100 „ |
| 8. Gemeindepflege in Gattenstedt zu den Kosten des Betriebes | 100 „ |
| 9. Sonderkirchengemeinde Vorsfelde Beihilfe zu den Kosten der Einrichtung einer Gemeindepflege | 300 „ |
| 10. Evangelisch-kirchlicher Verein der Frauenhilfe zu Hesse | 50 „ |

Übertrag 1210 M

| | | |
|---|----------|-----------|
| | Übertrag | 1 210,— M |
| 11. Kirchengemeinde Holzminden zur Einrichtung eines Kindergottesdienstes | 50,— " | |
| 12. Kirchengemeinde St. Andreas in Braunschweig zur Gründung einer kirchlichen Frauenhilfe | 100,— " | |
| 13. Kirchliche Frauenhilfe Jerzheim (1914) | 100,— " | |
| 14. Kirchliche Frauenhilfe Dielmüssen zu den Kosten der ersten Einrichtung | 40,— " | |
| 15. Kirchenvorstand zu St. Martini in Braunschweig zur Deckung der Unkosten der im 2. Seelsorgebezirk eingerichteten Gemeindepflege . | 200,— " | |
| 16. Frauenhilfe in Lutter am Barenberge | 150,— " | |
| 17. Frauenhilfe in Hahausen und Nauen (je 100 M) | 200,— " | |
| 18. Frauenhilfe in Offleben | 100,— " | |
| 19. Frauenhilfe in Kirchberg | 100,— " | |
| 20. Beihilfe zur Erhaltung des „Braunschweiger Sonntagsblatts“ . | 300,— " | |
| | //. | 2 550,— M |

Ferner sind auf Grund älterer Verwilligungen in der Berichtszeit ausweislich der Rechnungen gezahlt:

| | | | |
|--|-------------|--------------|-------------|
| 21. für den Hilfsprediger in Broitzem: | | | |
| im Rechnungsjahre 1912/13 . . . | 600,— M*) | | |
| " " 1913/14 . . . | | 525,— M | |
| " " 1914/15 . . . | | 250,— " | |
| " " 1915/16 . . . | | — | 775,— M |
| 22. für den Hilfsprediger in Calvörde: | | | |
| im Rechnungsjahre 1912/13 . . . | 400,— M*) | | |
| " " 1913/14 . . . | | 400,— M | |
| " " 1914/15 . . . | | — | |
| " " 1915/16 . . . | | — | 400,— M |
| 23. für den Hilfsprediger in Hahausen: | | | |
| im Rechnungsjahre 1912/13 . . . | 1 865,— M*) | | |
| " " 1913/14 . . . | | 1 854,35 M | |
| " " 1914/15 . . . | | 1 900,— " | |
| " " 1915/16 . . . | | 1 900,— " | 5 654,35 M |
| 24. für den Hilfsprediger in Wittmar: | | | |
| im Rechnungsjahre 1912/13 . . . | 1 300,— M*) | | |
| " " 1913/14 . . . | | 1 300,— M | |
| " " 1914/15 . . . | | 650,— " | |
| " " 1915/16 . . . | | 216,66 " | 2 166,66 M |
| | | Summe c | 11 546,01 M |
| | | Dazu Summe b | 1 170,— " |

Die Gesamtsumme von 12 716,01 M

*) Diese Summen, welche vor der Berichtszeit verausgabt sind, werden hier nur des fortlaufenden Nachweises wegen angegeben.

und diejenigen Beträge, welche bis zum 1. April 1917 etwa noch verwilligt werden oder infolge früherer Verwilligungen im Rechnungsjahre 1916/17 aufzuwenden sind und erst durch die Rechnung des Landeskirchlichen Fonds von 1916/17 nachgewiesen werden (oben Nr. 21—24), stellen die Summe dar, über welche von den nach der oben unter 1 erwähnten Vereinbarung in Höhe von 24000 M bereitgestellten Mitteln des Landeskirchlichen Fonds für die in § 3 des Kirchengesetzes vom 17. April 1905 Nr. 20 aufgezählten Zwecke in der Berichtszeit verfügt worden ist.

3. Außer diesen Beträgen sind gleichfalls aus dem Landeskirchlichen Fonds bestritten worden die Aufwendungen, die auf die Herstellung und Herausgabe einer Kunstaussgabe des Gesangbuchs verwandt sind und besonders zur Verfügung standen. In dieser Beziehung wird im Anschluß an das in § 3 Nr. 2 dieses Berichts Gesagte hinzugefügt, daß nach Ausweis der Rechnungen des Landeskirchlichen Fonds für den erwähnten Zweck insgesamt aufgewandt sind:

| | |
|--|---------------|
| im Rechnungsjahre 1913/14 (und früher) . . . | 27 309, — M*) |
| " " 1914/15 | 3 046,10 " |
| " " 1915/16 | 145, — " |
| | <hr/> |
| Summe | 30 500,10 M |
| Dazu für Ankündigungen . . . | 300,40 " |

Angefertigt sind 10 500 Stück für zusammen 30 800,50 M

4. In bezug auf den Geschäftsgang bei den einzelnen Verwilligungen hatten wir Herzogliches Konsistorium im Schreiben vom 25. September 1913 Nr. 31 42 erlucht, die Kirchengemeinden zu veranlassen, Gesuche um Verwilligung von Zuschüssen aus dem Landeskirchlichen Fonds entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der Ausschüsse der Inspektionen dem Herzoglichen Konsistorium bis spätestens Ende jedes Jahres einzureichen, welches die betreffenden Gesuche in eins dem Synodalausschusse, wenn irgend möglich, bis zum 1. März jedes Jahres zugehen lassen möge. Herzogliches Konsistorium hat darauf im Schreiben vom 30. Januar 1914 Nr. 1918 jedoch erwidert, daß es eine derartige Maßnahme nicht für angezeigt halten könne, da es befürchten müsse, daß die Kirchengemeinden durch die Vorschrift, bis zu einem bestimmten Termine jährlich die bezüglichen Gesuche einzureichen, sich behindert sehen würden, neue Einrichtungen des kirchlichen Lebens, die für dessen Gedeihen wichtig werden können, dann zu treffen, wenn für deren Inangriffnahme die Umstände günstig erscheinen. Es erscheine ihm daher nicht ausgeschlossen, daß durch die gedachte Maßnahme derartige Einrichtungen zum Schaden des kirchlichen Lebens der Gemeinden verzögert oder ganz in Frage gestellt werden könnten. Oftmals komme es doch vor, daß nur in Rücksicht auf zu erwartende Beihilfen daran gegangen werde, derartige Einrichtungen ins Leben zu rufen. Es habe deshalb davon Abstand genommen, einen bestimmten Termin zur Einreichung der betreffenden Gesuche vorzuschreiben. Um jedoch dem Wunsche des Ausschusses tunlichst entgegenzukommen, werde es, falls nicht die Umstände einzelner Fälle ein anderes erforderten, die bei ihm eingegangenen Gesuche — wie auch

*) In dieser Summe sind 2350 M enthalten, welche schon vor der Berichtszeit für Zwecke des Kunstgesangbuchs aufgewandt waren.

bereits geschehen — eine Zeitlang, etwa ein Vierteljahr ansammeln und in größerer Anzahl zusammen dem Ausschusse zugehen lassen.

Wir haben bedauert, daß Herzogliches Konsistorium sich vorläufig nicht hat entschließen können, unserm Ersuchen vom 25. September 1913 stattzugeben, und haben nach nochmaliger Erwägung der Angelegenheit unser oben ausgesprochenes Ersuchen in einem weiteren Schreiben vom 2. April 1914 Nr. 2 mit dem Hinzufügen wiederholt, daß in besonders eiligen Fällen ausnahmsweise auf Antrag Herzoglichen Konsistoriums unsere Beschlußfassung schriftlich erfolgen, übrigens aber in einer Sitzung über die vorliegenden Gesuche verhandelt werden solle.

5. Die nach § 2 Absatz 1 des Kirchengesetzes vom 17. April 1905 jährlich vom Herzoglichen Konsistorium dem Ausschusse der Landessynode vorzulegenden Jahresrechnungen über Einnahme und Ausgabe des Landeskirchlichen Fonds und der Nachweis des Vermögensbestandes dieses Fonds sind uns zugegangen. Gegen die bereits vom Herzoglichen Finanzkollegium geprüften und abgenommenen Rechnungen (für die Rechnungsjahre 1. April 1912/13, 1913/14, 1914/15 und 1915/16), denen der Vermögensnachweis angehängt ist, und die durch Umlauf den Ausschußmitgliedern vorgelegt worden sind, haben diese Erinnerungen nicht erhoben. Es wird genügen, im Anschluß an die frühere Berichterstattung aus den Rechnungen hier mitzuteilen, daß betragen haben:

1. die Verlagsabgabe für abgegebene Gesangbücher:

| | |
|----------------------------|------------|
| im Jahre 1912/13 | 5 867,25 M |
| " " 1913/14 | 6 024,75 " |
| " " 1914/15 | 7 021,50 " |
| " " 1915/16 | 5 446,58 " |

2. die Zinsen von angesammeltem Kapitale:

| | |
|----------------------------|------------|
| im Jahre 1912/13 | 2 475,06 M |
| " " 1913/14 | 2 240,65 " |
| " " 1914/15 | 2 333,— " |
| " " 1915/16 | 2 351,80 " |

und

daß der Vermögensbestand sich belaufen hat am Schluß des

| | |
|---------------------------------|-------------|
| Rechnungsjahres 1912/13 auf . . | 60 709,95 M |
| " 1913/14 " . . . | 43 149,40 " |
| " 1914/15 " . . . | 44 831,02 " |
| " 1915/16 " . . . | 49 202,54 " |

§ 5.

Gutachtliche Äußerungen und Anregungen des Synodalausschusses.

1. Nachdem in gemeinschaftlicher Beratung des Herzoglichen Konsistoriums und des Synodalausschusses in der Sitzung vom 16. Juni d. Js. Herzogliches Konsistorium die Bedenken, die bei den gegenwärtigen Zeitläuften von der Kirchenregierung gegen die Einberufung einer ordentlichen Landessynode im Herbst d. Js. gehegt werden, dargelegt und mitgeteilt hatte, es werde

beabsichtigt, im Herbst eine außerordentliche Synode, für welche die erforderlichen Ergänzungswahlen vorzunehmen seien, einzuberufen und dieser ein Kirchengesetz vorzulegen, durch das

1. bestimmt wird, daß die nächste ordentliche Landessynode erst im Jahre 1920 einberufen werde,
2. in Abänderung des § 3 des Kirchengesetzes vom 17. April 1905 der Synodalausschuß ermächtigt wird, die nach dieser gesetzlichen Bestimmung zu treffende Vereinbarung über die Höhe der aus dem Landeskirchlichen Fonds für die im § 3 cit. gedachten Zwecke zu verwendenden Summen für die vier Jahre bis 1920 mit der Kirchenregierung abzuschließen,

haben die Mitglieder des Synodalausschusses diesen beabsichtigten Maßnahmen zugestimmt, auch nach eingehender Darlegung eines Vertreters des Herzoglichen Konsistoriums über die finanzielle Lage des Landeskirchlichen Fonds sich einmütig gutachtlich zustimmend dahin geäußert, daß für die Zeit vom 1. April 1917 ab als Höchstbetrag der zu Unterstützungen aus dem Fonds in den nächsten vier Jahren aufzuwendenden Mittel wiederum ein Betrag von 24000 Mk (unter den bisherigen besonderen Bedingungen) in Aussicht genommen werde.

2. Wir hatten Herzogliches Konsistorium ersucht zu erwägen, ob es sich nicht empfehle, vor einschneidenden Veränderungen in der Landeskirche, wie z. B. Aufhebung oder Veränderung von Superintendenturen den Ausschuß der Landessynode gutachtlich zu hören. Darauf hat im Schreiben vom 28. September 1914 Nr. 11807 das Konsistorium erwidert, es habe bisher öfter in Angelegenheiten von vorzüglicher Wichtigkeit, namentlich auch bei Vorbereitung von Vorlagen für die Landessynode, Rat und Gutachten des Synodalausschusses eingeholt. Die Zusammenlegung einiger weniger kleiner Superintendentenbezirke hielt es aber nicht für eine in das Leben der Landeskirche so einschneidende Maßregel, daß sie zu den Angelegenheiten von vorzüglicher Wichtigkeit gerechnet werden könnte und es deshalb angezeigt gewesen wäre, den Synodalausschuß vorher gutachtlich zu hören. In Angelegenheiten von vorzüglicher Wichtigkeit werde es auch in Zukunft gern den Ausschuß der Landessynode um seinen Rat und seine Gutachten angehen.

3. Da wir es für dringend wünschenswert hielten, daß bald Bestimmungen über den Kirchendienst der Diakone erlassen würden, da die jetzt vorhandenen zahlreichen Unklarheiten und die völlig veraltete Dienstinstruktion von 1836 nur dazu angetan seien, Unzuträglichkeiten hervorzurufen, so haben wir unterm 2. Mai 1916 einen dahingehenden Beschluß zur Kenntnis des Herzoglichen Konsistoriums gebracht. Diefes hat uns in einem Rückschreiben vom 17. Mai 1916 Nr. 6662 zu verstehen gegeben, daß, „obgleich es das anerkennenswerte Bestreben des Synodalausschusses, die gedeihliche Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse der Landeskirche zu fördern, nicht verkenne, woraus die Beschlußfassung des Ausschusses nicht nur über den (den Vertrieb des Kunstgesangbuchs betreffenden) ersten, sondern auch über den zweiten der in der Eingabe vom 2. Mai berührten Gegenstände hervorgegangen sei, es doch glaube, im Hinblick auf den zweiten Gegenstand darauf hinweisen zu sollen, daß eine solche Beratung und Beschlußfassung, wie sie in diesem Falle vorliege, den gesetzlichen Bestimmungen gemäß nicht innerhalb des Bereichs der Zuständigkeit des Ausschusses der Landessynode liege.“

Rundgebungen des Synodalausschusses.

1. Wie andere Korporationen des Landes, so hat auch namens der Landesynode deren Ausschuß anläßlich der Vermählung unseres Herzogpaares dem hohen Paare in einem an Seine Königliche Hoheit den Herzog gerichteten Telegramme einen Glückwunsch dargebracht. Durch Telegramm vom 27. Mai 1913 hat Seine Königliche Hoheit der Herzog aufrichtigsten Dank ausgesprochen.

2. In unserer Sitzung vom 13. Juli 1914 wurde von verschiedenen Mitgliedern angeführt, es sei auffallend und auch an vielen Stellen aufgefallen, daß zu den Tauffeierlichkeiten bei der Taufe des Erbprinzen sämtliche Landtagsabgeordnete eine Einladung in den Dom erhalten hätten, während die Mitglieder der Landesynode nicht eingeladen worden seien, auch nicht wenigstens der gesamte Synodalausschuß, sondern nur zwei Mitglieder des Synodalausschusses, von denen eines nur stellvertretendes Mitglied des Ausschusses war. Da für angemessen gehalten wurde, daß die Landesynode oder wenigstens der Ausschuß in Zukunft bei ähnlichen Anlässen in gleicher Weise wie die Landesversammlung und der Ausschuß der Landesversammlung behandelt werde, so haben wir bei Herzoglichem Konfistorium beantragt, das Nötige in die Wege zu leiten. Mit dem Antwortschreiben des Herzoglichen Konfistoriums wurde uns ein Schreiben des Herzoglichen Staatsministeriums vom 10. September 1914 Nr. B 11241 zur Kenntnisaufnahme mitgeteilt, worin es heißt, daß es sich bei Festlichkeiten der angeführten Art um Veranstaltungen handle, die vom Herzoglichen Hofe ausgingen, und es seien für die Vorschläge zu Einladungen im allgemeinen die zuständigen Hofämter zuständig. Das Staatsministerium werde jedoch nach Beendigung des jetzigen Kriegszustandes bei gegebener Veranlassung mit den zuständigen Hofämtern in der Richtung Fühlung zu nehmen suchen, ob dem Wunsche des Ausschusses der Landesynode entsprochen werden könne.

§ 7.

Verschiedenes.

1. In gemeinschaftlicher Beratung des Herzoglichen Konfistoriums und des Ausschusses der Landesynode (Gesetze vom 15. Juni 1890 Nr. 70 und 1. Dezember 1890 Nr. 71) ist die Frage, ob ein Geistlicher (sein Name mag ungenannt bleiben) sich in dem Maße eines amtsunwürdigen Verhaltens schuldig gemacht habe, daß sein ferneres Verbleiben im Amte unzulässig erscheine und daher das Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung einzuleiten sei, nach Prüfung des vom Herzoglichen Konfistorium vorgelegten Materials einstimmig bejaht worden.

2. Des weiteren ist in gemeinschaftlicher Beratung der beiden maßgebenden Faktoren in einer Sitzung vom 29. April 1914 auf Grund § 3 des Emeritierungsgesetzes vom Jahre 1882 einstimmig beschlossen worden, die Emeritierung eines Geistlichen, der an einer dauernden geistigen Zerrüttung litt und sich in einem derartigen geistigen Zustande befand, daß er nicht imstande war, selbst eine Emeritierung zu beantragen (während seine Ehefrau ihr Einverständnis mit der Emeritierung ihres Mannes erklärt hatte), zum 1. Juli 1914 zu beantragen. (Der Betreffende ist inzwischen gestorben.)

3. Auch in der seit dem Schlusse der letzten ordentlichen Landesynode verflossenen Zeit sind uns wiederum Verhandlungen auswärtiger Synoden durch das Herzogliche Konsistorium übermittelt und der Synodalsbibliothek einverleibt worden. Es sind dies die Verhandlungen

- der 12. ordentlichen Anhaltischen Landesynode und der Bericht über die Zustände und Verhältnisse der evangelischen Landeskirche des Herzogtums Anhalt,
- der 12. und der 13. ordentlichen Gesamtsynode der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein 1912 und 1915,
- der ordentlichen Generalsynode der evangelisch-protestantischen Landeskirche im Großherzogtum Baden vom Jahre 1914, und
- der siebenten ordentlichen Generalsynode der evangelischen Landeskirche Preußens vom Jahre 1915.

Ferner hat der Vorstand der unter dem Protektorat Sr. Majestät des Kaisers und Königs von Preußen stehenden Deutschen Evangelischen Missionshilfe mit Schreiben vom 8. Juni 1914 den Bericht über die am 6. Dezember 1913 zu Berlin erfolgte Begründung der Deutschen Evangelischen Missionshilfe sowie ein Exemplar ihrer Verfassung mit der Bitte überreicht, von dieser Stiftung der hochwürdigen Landesynode offizielle Mitteilung zu machen. Die Missionshilfe will die allgemeine Teilnahme für die gesamte deutsche evangelische Mission in unserem Volke erwecken und pflegen; sie rechnet dabei auf die wertvolle Unterstützung auch der synodalen Vertretungen unserer evangelischen Landeskirche und möchte ihnen zugleich hilfreiche Hand leisten, falls sie eine Aufklärungsarbeit auf dem Gebiete der Mission wünschen. Auch diese Schriften haben wir in die Synodalsbibliothek eingereicht.

Braunschweig, den 26. Oktober 1916.

Der Ausschuß der Landesynode.

Degering.

Gronau.

Kunze.

Strube.

Nr. B I 968.

Von Gottes Gnaden, Wir, Ernst August, Herzog zu Braunschweig
und Lüneburg usw.

Der Landessynode lassen Wir hierneben den von dem Herzoglichen Konfistorium vorgelegten und von Uns gebilligten Entwurf eines Kirchengesetzes über die Einberufung der 12. ordentlichen Landessynode nebst Begründung mit dem Ersuchen zugehen, die kirchenverfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Braunschweig, den 8. November 1916.

Auf Höchsten Spezial-Befehl.

C. Wolff.

An
die Landessynode
hier.

Kirchengesetz, betr. die Einberufung der 12. ordentlichen Landessynode.

d. d.

Von Gottes Gnaden, Wir, Ernst August, Herzog zu Braunschweig und
Lüneburg usw.,

erlassen kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt im Beiräte Unseres Herzoglichen Konsistoriums mit Zustimmung der Landessynode nachfolgendes Kirchengesetz:

Artikel I.

Die in Gemäßheit des § 4 des Gesetzes vom 31. Mai 1871 Nr. 34, betr. die Errichtung einer Landessynode und eines Synodalausschusses für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes im laufenden Jahre einzuberufende 12. ordentliche Landessynode findet erst im Jahre 1920 statt. Es bleibt jedoch Unserem Ermeßsen vorbehalten, diese ordentliche Landessynode jederzeit vorher einzuberufen.

Artikel II.

Die nach § 3 des Kirchengesetzes vom 17. April 1905 Nr. 20, die Errichtung eines Landeskirchlichen Fonds usw. betr., mit der ordentlichen Landessynode zu treffende Vereinbarung wird für die 4 Jahre vom 1. April 1917 bis dahin 1921 mit dem Synodalausschusse getroffen.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime Kanzlei-Siegels.

d. d. . . .

Begründung.

Zu Art. I:

In Gemäßheit des § 4 des Gesetzes vom 31. Mai 1871 Nr. 34, betr. Errichtung einer Landessynode usw., würde die 12. ordentliche Landessynode im laufenden Jahre einzuberufen sein. Die durch den Krieg bedingten Verhältnisse lassen es erwünscht erscheinen, den Termin der Einberufung hinauszuschieben. — Einmal würden für die nach dem gesetzlichen Turnus auscheidenden Mitglieder umfangreiche Neuwahlen vorzunehmen sein, die in der gegenwärtigen Zeit besser vermieden werden. Dann aber kommt vor allem in Betracht, daß zu eingehender Beratung kirchlicher Angelegenheiten die nötige Sammlung fehlt. Auch würden namentlich die geistlichen Mitglieder der Synode für eine längere Sitzungsdauer in ihren Gemeinden schwer entbehrt werden. Das Kirchenregiment hat daher geglaubt, von wichtigen Vorlagen für die Synode Abstand nehmen zu sollen. Als Verhandlungsgegenstand für die ordentliche Synode würde daher nur die Beratung der nach § 20 II l. c. ihr zu machenden eingehenden Mitteilungen über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche übrig bleiben. Diese aber wird unbedenklich einige Jahre hinausgeschoben werden können. Insofern der Wunsch bestehen sollte, etwaige gerade bei der jetzigen Zeitlage aus Anlaß des Krieges auftauchende Fragen von besonderem kirchlichen Interesse zu erörtern, so ist hierzu in der außerordentlichen Tagung der Landessynode die Möglichkeit geboten. Der Entwurf schlägt deshalb in Art. I vor, die nächste (12.) ordentliche Landessynode erst im Jahre 1920 stattfinden zu lassen. Die Amtsdauer des gegenwärtigen Synodalausschusses würde damit nach § 26 Abs. 1 ohne weiteres bis zum gleichen Termine verlängert werden. Sollte in der Zwischenzeit sich ein Bedürfnis ergeben, die nächste ordentliche Landessynode schon zu einem früheren Zeitpunkt zusammentreten zu lassen, so würde diesem Bedürfnisse jederzeit auf Grund der im Schlußsatz des Art. I vorgesehenen Befugnisse Rechnung getragen werden können.

Zu Art. II.

Nach § 3 des Kirchengesetzes vom 17. April 1905 Nr. 20, betr. die Errichtung eines Landeskirchlichen Fonds usw. soll über die Höhe der während einer Synodalperiode aus dem fraglichen Fonds zu verwendenden Mittel zwischen der Kirchenregierung und jeder ordentlichen Landessynode Vereinbarung getroffen werden. Da die mit der 11. ordentlichen Landessynode getroffene Vereinbarung mit dem 31. März 1917 abläuft, so empfiehlt es sich, zu bestimmen, daß die weitere Vereinbarung zwischen Kirchenregierung und Synodalausschuß getroffen wird.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches
Konfistorium.

Wolfenbüttel, den 15. November 1916.

Nr. 12491.

Der geehrten außerordentlichen Landessynode lassen wir eine Übersicht über Einnahme und Ausgabe des aus den Erträgnissen des Vertriebs des Gesangbuchs gebildeten Landeskirchlichen Fonds in den vier Rechnungsjahren 1. April 1912/16 und einen Nachweis des am 1. Oktober 1916 vorhandenen Vermögensbestandes des Fonds hierneben zugehen.

Moldenhauer.

An die
außerordentliche Landessynode
in Braunschweig.

Übersicht über Einnahme und Ausgabe

des

aus den Erträgen des Vertriebs des Gesangbuches gebildeten
Landeskirchlichen Fonds

für

die 4 Rechnungsjahre 1. April 1912/16

und

Nachweis des am 1. Oktober 1916 vorhandenen Vermögens.

Die Einnahmen

| im Rechnungs- jahre | Aus dem Verlage und Vertriebe des Gesangbuches: | | | | | | | | | | | |
|---------------------------|--|-----|------------------------------------|-----|--------------------------------------|-----|-------------------------------------|-----|-------------------|-----|-------------------|-----|
| | Schul- gesangbuch in besseren Einbänden | | Oktav- ausgabe ohne Noten | | Taschen- ausgabe ohne Noten | | Taschen- ausgabe mit Noten | | Quart- ausgabe | | Kunst- ausgabe | |
| | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 1912/13 | 53 | — | 206 | — | 5 605 | 50 | — | 75 | 2 | — | — | — |
| 1913/14 | 41 | 50 | 151 | 50 | 5 820 | 75 | 7 | 50 | 3 | 50 | — | — |
| 1914/15 | 62 | — | 207 | — | 5 775 | 75 | 8 | 25 | 2 | — | 850 | 50 |
| 1915/16 | 111 | — | 103 | — | 5 226 | 75 | — | 75 | 5 | — | 349 | 75 |
| Gesamtbetrag | 267 | 50 | 667 | 50 | 22 428 | 75 | 17 | 25 | 12 | 50 | 1 200 | 25 |

Die Ausgaben

| im Rechnungs- jahre | Aufwendungen und Unterstützungen: | | | | | | | | Für die Kunst- ausgabe des Gesang- buches | | Zum Ankauf von Wertpapieren | |
|---------------------------|--|-----|--|-----|---|-----|-----------|-----|--|-----|--------------------------------------|-----|
| | a. zur Erleichte- rung der Ein- führung des Gesangbuches | | b. zur Förderung des Kirchen- gesanges | | c. für Einrichtungen zur Hebung des kirchlichen Lebens | | Insgesamt | | | | | |
| | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 1912/13 | — | — | 740 | — | 5 675 | 12 | 6 415 | 12 | 3 579 | 50 | — | — |
| 1913/14 | — | — | — | — | 4 429 | 35 | 4 429 | 35 | 21 379 | 50 | — | — |
| 1914/15 | — | — | 613 | 35 | 3 350 | — | 3 963 | 35 | 3 230 | 50 | — | — |
| 1915/16 | — | — | 100 | — | 2 506 | 66 | 2 606 | 66 | 101 | — | 749 | 10 |
| Gesamtbetrag | — | — | 1 453 | 35 | 15 961 | 13 | 17 414 | 48 | 28 290 | 50 | 749 | 10 |

haben betragen:

| Zusammen | | an Zinsen | | Gesamt- betrag | | Bemerkungen |
|----------|-----|-----------|-----|-------------------|-----|--|
| M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | |
| 5 867 | 25 | 2 475 | 06 | 8 342 | 31 | * Die Verminderung der Zinsaufkünfte im Rechnungsjahre 1913/14 ist dadurch entstanden, daß zur Bezahlung der Forderung des Professors Pfannschmidt für den Bilderichmuck der Kunstausgabe des Gesangbuchs Werte veräußert werden mußten. |
| 6 024 | 75 | 2 240 | 65* | 8 265 | 40 | |
| 6 905 | 50 | 2 333 | — | 9 238 | 50 | |
| 5 796 | 25 | 2 351 | 80 | 8 148 | 05 | |
| 24 593 | 75 | 9 400 | 51 | 33 994 | 26 | |

haben betragen:

| Verschiedenes | | Gesamt- betrag | | Bemerkungen |
|---------------|-----|-------------------|-----|---|
| M. | Pf. | M. | Pf. | |
| 18 | 10 | 10 012 | 72 | * Zinsen auf das zur Deckung der Kosten der Kunstausgabe des Gesangbuchs bei der Landes-Versicherungsanstalt aufgenommene Darlehn zu ursprünglich 18 000 M. † Wie vorstehend und Entschädigung an Zwißlers Verlag für die an die Firma Joh. Heinr. Meyer überwiesenen Schulgesangbücher. |
| 17 | 10 | 25 825 | 95 | |
| 363 | 03* | 7 556 | 88 | |
| 1 101 | 37† | 4 558 | 13 | |
| 1 499 | 60 | 47 953 | 68 | |

Abschluß:

| | |
|---|---------------------------|
| Barvorrat am 1. April 1912 | 61,96 <i>M</i> |
| Die Einnahmen haben betragen | 33 994,26 <i>M</i> |
| Darlehn der Landes-Versicherungsanstalt | 14 000,00 <i>M</i> |
| Summe | 48 056,22 <i>M</i> |
| Die Ausgaben haben betragen | 47 953,68 <i>M</i> |
| Barvorrat am 1. April 1916 | 102,54 <i>M</i>. |

Vermögensnachweis:

Das Vermögen des Landeskirchlichen Fonds beträgt am 1. Oktober 1916:

| | |
|---------------------------------------|---------------------------|
| 1. Barvorrat | 6,31 <i>M</i> |
| 2. Wertpapiere: zu 3½ v. Hdt. | 33 100,00 <i>M</i> |
| zu 4 v. Hdt. | 27 000,00 <i>M</i> |
| zu 5 v. Hdt. | 8 500,00 <i>M</i> |
| 3. Depositenbuch | 1 035,00 <i>M</i> |
| Summe | 69 641,31 <i>M</i> |

| | |
|---|----------------------------|
| Ab: Darlehn der Landes-Versicherungsanstalt | 12 000,00 <i>M</i> |
| bleibt Vermögen | 57 641,31 <i>M</i>. |

| | |
|-------------------------------------|---------------------------|
| Vermögen am 1. April 1912 | 62 461,96 <i>M</i> |
| Verminderung | 4 820,65 <i>M</i>. |

Zum Vermögen gehören ferner:

- a) 10 338 Gesangbücher der Kunstausgabe, davon 845 Stück gebunden.
- b) 20 837 Bogen Papier im Werte von 334,25 *M*.
- c) Vierfarben-Autotypien: Druckplatten für 7 Vollbilder, 39 Kopfleisten und 5 Initialen im Werte von 1855,75 *M* und
- d) 264 Zweifarbe-Initialen auf Bleisatz im Werte von 407 *M*.

Die Gesangbücher lagern in Zwißler's Verlag hierjelfbst, die unter b, c und d geführten Vermögensstücke bei Bieweg & Sohn in Braunschweig.

Nr. B I 1641.

Von Gottes Gnaden, Wir, Ernst August, Herzog zu Braunschweig
und Lüneburg usw.

Nachdem die Geschäfte der außerordentlichen Landessynode mit dem
heutigen Tage beendigt sind, wollen Wir die Synode hiermit schließen.

Braunschweig, den 1. Dezember 1916.

Auf Höchsten Spezial-Befehl.

C. Wolff.

Nr. 17.

Durchlauchtigster Herzog!
Gnädigster Herzog und Herr!

Euer Königlichen Hoheit meldet der Unterzeichnete, daß die inzwischen geschlossene außerordentliche Landessynode, welche durch Höchsten Erlaß vom 27. Oktober 1916 Nr. 53 einberufen ist, in ihrer Sitzung vom 29. November 1916

1. den ihr durch Höchsten Erlaß vom 8. November 1916 Nr. B I 968 vorgelegten Entwurf eines Kirchengesetzes über die Einberufung der 12. ordentlichen Landessynode beraten und folgende Abänderungen beschlossen hat:

- a) In Artikel I ist statt der Worte „in Gemäßheit des“ das Wort „nach“ zu setzen.

- b) In Artikel I ist das Wort „erst“ durch „spätestens“ zu ersetzen.

- c) Der Satz „Es bleibt jedoch . . . einzuberufen.“ ist zu streichen.

Nachdem der Vertreter der Herzoglichen Kirchenregierung zu diesen Abänderungen die Zustimmung der Kirchenregierung erklärt hat, hat die Landessynode über den Entwurf des bezeichneten Kirchengesetzes im ganzen abgestimmt und zu seinem Erlasse mit den vorstehenden Abänderungen ihre kirchenverfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. bei der Beratung des bezeichneten Geszentwurfes den Synodalausschuß ermächtigt hat, sobald er die Einberufung der vorgesehenen ordentlichen Synode als erwünscht ansieht, sie bei der Kirchenregierung in Anregung zu bringen.

Zur Begründung der vorstehenden Beschlüsse bitte ich auf die Verhandlungen der eingangs bezeichneten Sitzung -- Prot. 2, V -- Bezug nehmen zu dürfen.

In tiefster Ehrfurcht

Euer Königlichen Hoheit

Braunschweig,
den 2. Dezember 1916.

untertänigst-treuehormsamster
Vorsitzender des Ausschusses der Landessynode.

Degering.

Nr. 34.

**Durchlauchtigster Herzog!
Gnädigster Herzog und Herr!**

Euer Königlichcn Hoheit meldet der Unterzeichnete, daß die inzwischen geschlossene außerordentliche Landessynode, welche durch Höchsten Erlaß vom 27. Oktober 1916 Nr. 53 einberufen ist, in ihrer Sitzung vom 30. November 1916 auf einen aus ihrer Mitte gestellten Antrag — Prot. 1, XIV, 2 — beschloffen hat:

die Kirchenregierung zu ersuchen, gesetzliche Maßnahmen herbeizuführen, um die Geistlichen für immer von den Abgaben eines Zwölftels vom Dienstcinkommen und der laufenden Beiträge zu der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt zu befreien.

Zur Begründung des vorstehenden Beschlusses bitte ich auf die Verhandlungen der eingangs bezeichneten Sitzung — Prot. 3, IV -- Bezug nehmen zu dürfen.

In tieffster Ehrfurcht

Euer Königlichcn Hoheit

Braunschweig,
den 2. Dezember 1916.

untertänigst-treuegehorjamster
Vorsitzender des Ausschusses der Landessynode.

Degering.

Nr. 35.

**Durchlauchtigster Herzog!
Gnädigster Herzog und Herr!**

Euer Königlichen Hoheit meldet der Unterzeichnete, daß die inzwischen geschlossene außerordentliche Landessynode, welche durch Höchsten Erlaß vom 27. Oktober 1916 Nr. 53 einberufen ist, in ihrer Sitzung vom 30. November 1916 auf einen aus ihrer Mitte gestellten Antrag — Prot. 1, XIII — beschloffen hat:

1. die Kirchenregierung um die möglichst beschleunigte Vorlegung eines Kirchengesetzes zu ersuchen, durch das dem Herzoglichen Konsistorium die Befugnis verliehen wird, unter besonderen Umständen Abweichungen von der Agenda anzuordnen und die Verwendung anderer als der im Gesangbuche enthaltenen Lieder, die vom Konsistorium zu bestimmen sind, beim Gottesdienste zu gestatten;
2. den Synodalausschuß mit der Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Rechte der Landessynode bei Beratung des bezeichneten Kirchengesetzes zu beauftragen.

Zur Begründung der vorstehenden Beschlüsse bitte ich auf die Verhandlungen der eingangs bezeichneten Sitzung — Prot. 3, VII — Bezug nehmen zu dürfen.

In tiefster Ehrfurcht

Euer Königlichen Hoheit

Braunschweig,
den 2. Dezember 1916.

untertänigst-treuegehorjamster
Vorsitzender des Ausschusses der Landessynode.

Degering.

Durchlauchtigster Herzog!
Gnädigster Herzog und Herr!

Euer Königlichem Hoheit meldet der Unterzeichnete, daß die inzwischen geschlossene außerordentliche Landessynode, welche durch Höchsten Erlaß vom 27. Oktober 1916 Nr. 53 einberufen ist, in ihrer Sitzung vom 1. Dezember 1916 auf einen aus ihrer Mitte gestellten Antrag — Prot. 1, XVI, 1 — beschloffen hat:

Herzogliches Konsistorium wolle für die Zeit, da Pfarrer zum Meeresdienste eingezogen sind, die Geldentschädigungen, welche die betreffenden Pfarrinhaber für Fahrten zur Abhaltung von Gottesdiensten in den Filialen pfarranschlagsmäßig erhalten, zur Bestreitung der Kosten zur Verfügung stellen, die durch die Fahrten des stellvertretenden Geistlichen zu den Gottesdiensten in den ihrer Pfarrer beraubten Pfarochien entstehen.

Zur Begründung des vorstehenden Beschlusses bitte ich auf die Verhandlungen der eingangs bezeichneten Sitzung — Prot. 4, I — Bezug nehmen zu dürfen.

Zu tiefster Ehrfurcht

Euer Königlichem Hoheit

Braunschweig,
den 2. Dezember 1916.

untertänigst-treuegehorhamster
Vorsitzender des Ausschusses der Landessynode.

Degering.

Nr. 37.

Durchlauchtigster Herzog!
Gnädigster Herzog und Herr!

Euer Königlichen Hoheit meldet der Unterzeichnete, daß die inzwischen geschlossene außerordentliche Landessynode, welche durch Höchsten Erlaß vom 27. Oktober 1916 Nr. 53 einberufen ist, in ihrer Sitzung vom 1. Dezember 1916 auf einen aus ihrer Mitte gestellten Antrag — Prot. 1, XIV, 1 — beschloffen hat:

die Kirchenregierung zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, um die Geistlichen von der Verpflichtung, bei ihrer Beurlaubung für ihre Vertretung zu sorgen und bei Erkrankung die Reisekosten usw. für den Vertreter zu tragen, zu entbinden.

Zur Begründung des vorstehenden Beschlusses bitte ich auf die Verhandlungen der eingangs bezeichneten Sitzung — Prot. 4, II — Bezug nehmen zu dürfen.

In tiefster Ehrfurcht

Euer Königlichen Hoheit

Braunschweig,
den 2. Dezember 1916.

untertänigst-treuegehorhamster
Vorsitzender des Ausschusses der Landessynode.

Degering.

Nr. 38.

**Durchlauchtigster Herzog!
Gnädigster Herzog und Herr!**

Euer Königlichen Hoheit meldet der Unterzeichnete, daß die inzwischen geschlossene außerordentliche Landessynode, welche durch Höchsten Erlaß vom 27. Oktober 1916 Nr. 53 einberufen ist, in ihrer Sitzung vom 1. Dezember 1916 auf einen aus ihrer Mitte gestellten Antrag — Prot. 2, VI — beschlossen hat:

an Herzogliches Konsistorium die Bitte zu richten, durch Einwirkung auf die Gemeinden Maßregeln zu treffen, daß Kriegsbeschädigte und Kriegswitwen in kirchlichen Diensten und in der kirchlichen Gemeindepflege in weitestem Umfange angestellt werden, ferner, daß diese Personen die nötige Fachausbildung erhalten.

Zur Begründung des vorstehenden Beschlusses bitte ich auf die Verhandlungen der eingangs bezeichneten Sitzung — Prot. 4, IV — Bezug nehmen zu dürfen.

In tiefster Ehrfurcht

Euer Königlichen Hoheit

Braunschweig,
den 2. Dezember 1916.

untertänigst-treuehormämter
Vorsitzender des Ausschusses der Landessynode.

Degering.

Nr. 33.

Durchlauchtigster Herzog!
Gnädigster Herzog und Herr!

Euer Königlichen Hoheit meldet der Unterzeichnete, daß die inzwischen geschlossene außerordentliche Landessynode, welche durch Höchsten Erlaß vom 27. Oktober 1916 Nr. 53 einberufen ist, in ihrer Sitzung vom 29. November 1916 auf einen aus ihrer Mitte gestellten Antrag — Prot. 2, IV — beschlossen hat:

An die Kirchenregierung wird der Antrag gestellt, daß alle in bezug auf die Kirche, die kirchlichen Ämter und Einrichtungen bisher gebräuchlichen Fremdwörter durch sinngemäße, zum Teil schon in anderen Landeskirchen gebräuchliche gute deutsche Bezeichnungen ersetzt werden.

Zur Begründung des vorstehenden Beschlusses bitte ich auf die Verhandlungen der eingangs bezeichneten Sitzung Bezug nehmen zu dürfen.

In tiefster Ehrfurcht

Euer Königlichen Hoheit

Braunschweig,
den 2. Dezember 1916.

untertänigst-treuegehorjamster
Vorsitzender des Ausschusses der Landessynode.

Degering.

Nr. 20.

**Durchlauchtigster Herzog!
Gnädigster Herzog und Herr!**

Euer Königlichem Hoheit meldet der Unterzeichnete, daß die inzwischen geschlossene außerordentliche Landessynode, welche durch Höchsten Erlaß vom 27. Oktober 1916 Nr. 53 einberufen ist, in ihrer Sitzung vom 30. November 1916 bei Beratung einer ihr zugegangenen Writtschrift des Landespredigervereins im Herzogtum Braunschweig, soweit diese

1. die Feier des Reformations-Jubiläums,
2. kirchliche Arbeit an der konfirmierten Jugend

zum Gegenstande hat, beschlossen hat:

- zu 1. das Herzogliche Konsistorium zu ersuchen, es wolle unter Berücksichtigung der vom Landespredigerverein der Synode vorgeschlagenen Wünsche baldigst geeignete Anordnungen treffen, um das künftige Jahr im kirchlichen Gemeindeleben zu einem Reformations-Gedächtnisjahr auszugestalten,

und

die Kirchenregierung zu ersuchen, die Gedächtnisfeier der Reformation in Kirche und Schule auf den 31. Oktober 1917 anzusetzen und für diesen Tag den staatlichen Schutz der Sonntagsheiligung herbeizuführen;

- zu 2. falls nach dem Kriege die Jugendwehr durch Gesetz zu einer pflichtmäßigen gestaltet werden sollte, wolle Hohe Kirchenregierung dafür eintreten, daß der Kirche in irgendeiner zweckentsprechenden Weise ein Einfluß auf diese Jugendpflege eingeräumt werde.

Eine Abschrift der bezeichneten Writtschrift ist beigelegt.

Zur Begründung der vorstehenden Beschlüsse bitte ich auf die Verhandlungen der eingangs bezeichneten Sitzung — Prot. 3, VI, a und b — Bezug nehmen zu dürfen.

In tiefster Ehrfurcht

Euer Königlichem Hoheit

Braunschweig,
den 2. Dezember 1916.

untertänigst-treuegehorjamster
Voritzender des Ausschusses der Landessynode.

Degering.

Nr. 30.

**Durchlauchtigster Herzog!
Gnädigster Herzog und Herr!**

Euer Königlichcn Hoheit meldet der Unterzeichnete, daß die inzwischen geschlossene außerordentliche Landessynode, welche durch Höchsten Erlaß vom 27. Oktober 1916 Nr. 53 einberufen ist, in ihrer Sitzung vom 1. Dezember 1916 auf die ihr zugegangene Bittschrift des Ausschusses der kirchlichen Arbeitsgemeinschaft um Herbeiführung von Änderungen in Gesetzgebung und Verwaltung zwecks Beseitigung der durch öffentliche und geheime Prostitution hervorgerufenen schweren sittlichen Schäden folgenden Beschluß gefaßt hat:

Angesichts der schweren sittlichen Schäden auf dem Gebiete des menschlichen Geschlechtsverkehrs, die in neuerer Zeit immer offener hervorgetreten sind, eruchtet die Landessynode die Kirchenregierung, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß im Sinne der von der „Kirchlichen Arbeitsgemeinschaft für das Herzogtum Braunschweig“ überreichten Vorschläge eine Änderung in Gesetzgebung und Verwaltung herbeigeführt werde.

Eine Abschrift der bezeichneten Eingabe ist beigelegt.

Zur Begründung des vorstehenden Beschlusses bitte ich auf die Verhandlungen der eingangs bezeichneten Sitzung — Prot. 4, III — Bezug nehmen zu dürfen.

In tiefster Ehrfurcht

Euer Königlichcn Hoheit

Braunschweig,
den 2. Dezember 1916.

untertänigst-treuegehorhsamer
Vorsitzender des Ausschusses der Landessynode.

Degering.

Verhandlungen

der

außerordentlichen Landessynode des Herzogtums Braunschweig,

berufen durch

Landesfürstliche Verordnung vom 27. Oktober 1916 Nr. 53.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung im
Landchaftlichen Hause in Braunschweig am 28. November 1916,
vormittags 11 Uhr 40 Min.

Zu der Eröffnung der durch Landesfürstliche Verordnung vom 27. Oktober 1916 Nr. 53
berufenen außerordentlichen Landessynode hatten sich nach vorausgegangenem feierlichen
Gottesdienste im Dome St. Blasii eingefunden:

als Regierungskommissar Se. Excellenz Staatsminister Wolff in Begleitung des
Geheimen Regierungsrats Albrecht,

als Vertreter des Herzoglichen Konsistoriums Konsistorialpräsident Sievers und
Konsistorial-Vizepräsident Abt Moldenhauer,

sämtliche Abgeordnete:

1. Vollmeier Albrecht in Dölme,
2. Mühlenbesitzer Becker in Oberfichte,
3. Stadtsuperintendent Propst Beste in Wolfenbüttel,
4. Superintendent D. Beste in Schöppenstedt,
5. Amtsrat Deede in Evessen,
6. General- und Stadtsuperintendent Degering in Braunschweig,
7. Generalsuperintendent Drupe in Gandersheim,

8. Stadtdirektor F l o t o in Wolfenbüttel,
9. Pastor G e r l i c h in Braunschweig,
10. Superintendent G r o n a u in Lehre,
11. Rittergutsbesitzer v. G r o n e in Wefsterbrak,
12. Amtmann H a r t m a n n in Roldagien,
13. Fabrikdirektor H e i n e in Teichhütte,
14. Superintendent K n o p f in Holzminden,
15. Landgerichtsrat a. D. K u l e m a n n in Braunschweig,
16. Oberamtsrichter K u n z e in Salder,
17. Landwirt M e i e r in Zweidorf,
18. Superintendent M e y e r in Vorsfelde,
19. Landwirt R i e ß in Kl. Sissbeck,
20. Superintendent P a l m e r in Blankenburg,
21. Pastor P e r l in Beierstedt,
22. Oberbürgermeister R e t e m e y e r in Braunschweig,
23. Gemeindevorsteher R ö t t g e r in Dannhausen,
24. Pastor K u n t e in Braunschweig,
25. Aclermann S c h ä f e r in Wobes,
26. Forstmeister S c h o m b u r g in Helmstedt,
27. Hofsägermeister Graf v o n d e r S c h u l e n b u r g in Blankenburg,
28. Superintendent Geh. Kirchenrat S c h u l z in Halle a. d. Weiser,
29. Geh. Justizrat Rechtsanwält und Notar S e m l e r in Braunschweig.
30. Pastor prim. S t r u v e in Greene,
31. Oberlandesgerichtsrat W i t t e n in Braunschweig,
32. Pastor Z i e g e l e r in Wolfenbüttel.

und

der unterzeichnete Sekretär.

I. Seine Excellenz Staatsminister Wolff richtete die in der Drucksache 1 enthaltene Rede an die Versammlung, eröffnete die Synode und nahm dann

II. den in die Synode eintretenden Abgeordneten:

1. Generalsuperintendent D r u d e ,
2. Amtmann H a r t m a n n ,
3. Fabrikdirektor H e i n e ,
4. Landgerichtsrat a. D. K u l e m a n n ,
5. Landwirt Julius M e i e r ,
6. Superintendent P a l m e r ,
7. Geheimen Justizrat S e m l e r ,
8. Oberlandesgerichtsrat W i t t e n ,

den nach § 8 der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Eid ab

III. Darauf übernahm den Vorsitz über die Versammlung als Alterspräsident der Abgeordnete Schulz, der jedoch seinerseits, nachdem dieses Verfahren von der Synode und dem Regierungsvertreter für zulässig erachtet war, den Vorsitz an den Stellvertreter des bisherigen Präsidenten, den Abgeordneten Degering, abtrat. Unter seiner Leitung wurde, nachdem der Regierungskommissar und die Mitglieder des Herzoglichen Konsistoriums für diese Zeit den Sitzungsaal verlassen hatten, die Wahl der Beamten vorgenommen, und zwar zunächst die der Schriftführer. Hierzu schlug der Abgeordnete Knopf die Abgeordneten Kunte und Meyer (Vorsfelde) vor, welche gewählt wurden. Die Abstimmung erfolgte auf Anregung des Vorsitzenden und unter Zustimmung der Versammlung durch Zuvuf.

Die darauf folgende Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters geschah durch Stimmzettel; sie hatte nachstehenden Ausfall:

1. Stadtdirektor Floto, Wolfenbüttel,
2. General- und Stadtsuperintendent Degering, Braunschweig,
3. Forstmeister Schomburg, Helmstedt.

Über dieses Ergebnis wurde durch das in Drucksache 2 vorliegende Präsentationschreiben berichtet.

IV. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung verließ der stellvertretende Vorsitzende das Höchste Reskript vom heutigen Tage, durch das der Abgeordnete Floto als Vorsitzender und der Abgeordnete Degering als sein Stellvertreter bestätigt werden — Drucksache 3 —. Auf Aufforderung des letzteren übernahm jener den Vorsitz und sprach der Synode für die auf ihn gefallene Wahl seinen Dank aus.

V. Es folgte dann die Wahl der Wahl-Prüfungskommission (§ 11 der Gesch.-Ordn.). Zu ihren Mitgliedern wurden von dem Abgeordneten Kulemann die zur Zeit dem Ausschusse angehörenden vier Abgeordneten: Degering, Gronau, Kunze und Struve sowie von dem Abgeordneten Ketemeyer als ferneres Mitglied der Abgeordnete Witten vorgeschlagen. Auf Anregung des Vorsitzenden, gegen die kein Widerspruch erhoben wurde, erfolgte die Abstimmung durch Zuvuf; sie ergab die Annahme der Vorschläge.

VI. Der Vorsitzende gedachte darauf ehrenvoll der verstorbenen Abgeordneten Bohnsack, Dannenbaum, Hauswaldt, Langerfeldt, Rehfuß und Wollemann. Die Versammlung erhob sich zu ihrem Andenken von den Eichen.

VII. Es wurde beschloffen, daß auf die Eröffnungsrede keine Antwort an den Landesfürsten zu erteilen sei.

VIII. Der Vorsitzende teilte mit, daß aus dem Ausschusse vier Mitglieder, zwei ordentliche: Langerfeldt und Wollemann, sowie zwei stellvertretende: Dannenbaum und Hauswaldt, ausgeschieden seien. In Übereinstimmung mit der Versammlung vertrat er die Ansicht, daß der Ausschuss während der tagenden außerordentlichen Synode fortbestehe, daß

indessen Ergänzungswahlen wünschenswert seien. Diese wurden durch Zurf — Widerspruch gegen diese Art der Abstimmung war nicht eingelegt — vorgenommen; es wurden gewählt für den Abgeordneten Langerfeldt der Abgeordnete Floto, für den Abgeordneten Wolle=mann der Abgeordnete Gronau, zu seinem Vertreter der Abgeordnete Beste=Schöppenstedt und für die Ausschußstellvertreter Dannenbaum und Hauswaldt die Abgeordneten Kulemann und Schomburg, jener demnach als Vertreter des Abgeordneten Kunze, dieser als der des Abgeordneten Floto.

IX. Dieser teilte dann mit, daß folgende Eingänge vorlägen:

1. Mitteilung des Herzoglichen Staatsministeriums über die Vertretung der Kirchen=regierung und des Herzoglichen Konsistoriums auf der außerordentlichen Landes=synode — Drucksache 4.
2. Mitteilung der Kirchenregierung über Ernennung des Oberlandesgerichtsrats Witten zum Abgeordneten — Drucksache 5.
3. Mitteilung des Herzoglichen Staatsministeriums über die Beordnung eines protokollführenden Sekretärs und Beauftragung eines Beamten mit Wahrnehmung der Registraturgeschäfte, Kassen= und Rechnungsführung der Synode. — Druck. 6.
4. Bericht des Synodal=Ausschusses über seine seit dem Schlusse der 11. ordentlichen Landes=synode entfaltete Wirksamkeit. — Drucksache 7.
5. Entwurf eines Kirchengesetzes, die Einberufung der 12. ordentlichen Landes=synode betr., nebst Begründung — Drucksache 8 —,
6. Mitteilung des Herzoglichen Konsistoriums, enthaltend eine Übersicht über Einnahme und Ausgabe des aus den Erträgen des Vertriebes des Gesangbuches gebildeten Landeskirchlichen Fonds in den 4 Rechnungsjahren 1. April 1912/16 und einen Nachweis des am 1. Oktober 1916 vorhandenen Vermögensbestandes des Fonds — Drucksache 9 —,
7. eine Bittschrift des Landes=Predigervereins im Herzogtum Braunschweig, betreffend:
 - a) die Feier des Reformations=Jubiläums,
 - b) kirchliche Arbeit an der konfirmierten Jugend,
 - c) Förderung der Heimstättenfrage durch die Kirche,
 - d) Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden bzw. für die kriegsbeschädigten Theologen.

X. Durch Anfrage des Vorsitzenden wurde festgestellt, daß noch weitere Eingänge zu erwarten wären; infolgedessen beschloß die Versammlung, zwei fernere Kommissionen — durch Zurf — zu bilden. In diese wurden auf Vorschlag des Abgeordneten Kunte gewählt:

- A. in die I., sog. liturgische Kommission die Abgeordneten Gerlich, Gronau, Knopf, Kunze und Schomburg;
- B. in die II., sog. kirchenrechtliche Kommission die Abgeordneten Kulemann, Berl, Graf v. d. Schulenburg, Strube und Ziegeler.

XI. Nach Bejahung der Anfrage des Vorsitzenden, ob Anträge zu erwarten wären, wurde auf Anregung des Abgeordneten Strube beschlossen, daß solche bis zum 29. November 1916 eingegangen sein müßten. Dieser Beschluß wurde infolge eines Einwurfes des Abgeordneten Kulemann von der Versammlung dahin ausgelegt, daß hierbei nur an solche Anträge gedacht wäre, die von Abgeordneten gestellt werden sollten.

XII. Nach Eintritt in die Beratung ergriff der Abgeordnete Runte das Wort zur Begründung des folgenden, von ihm verlesenen Antrages, der bereits schriftlich genügend unterstützt war:

„Die Landessynode wolle folgenden „Gruß an unsere evangelischen Landsleute im Felde“ beschließen:

Beim Zusammentritt der Landessynode in dieser Kriegszeit gedenken wir in aufrichtiger Dankbarkeit unserer im Felde stehenden Brüder, die in Tapferkeit, Pflichttreue und Vaterlandsliebe für uns streiten. Wir senden ihnen treudeutschen Gruß und evangelischen Segenswunsch und geloben, ihnen betend und fürsorgend für ihre zurückgebliebenen Familienglieder treu zur Seite zu stehen und mit unserem ganzen deutschen Volke willig alle Opfer fürs Vaterland auf uns zu nehmen, bis uns durch Gottes Gnade ein ehrenvoller Friede geschenkt werden wird.“

Das Kirchenregiment wird um Übermittlung dieses Grußes der Landessynode an die zuständige Stelle gebeten.

Der Vorsitzende wies darauf hin, daß sich der Übermittlung des Grußes, wie sie beabsichtigt sei, erhebliche Schwierigkeiten in den Weg stellen würden, und gab anheim, sich mit der Veröffentlichung durch die Presse zu begnügen. Mit dieser Änderung wurde der Antrag, dessen letzten Satz der Abgeordnete Runte zurücknahm, nach genügender Unterstützung ohne weitere Beratung einstimmig angenommen.

XIII. Es folgte ein Antrag des Abgeordneten Gerlich:

„In Erwägung, daß

1. die geltende Agend, wie die Erfahrung gezeigt hat, unvorhergesehenen Ereignissen und außerordentlichen Verhältnissen nicht ausreichend Rechnung trägt, insbesondere die vorgeesehenen Kollekten und Kirchengebete naturgemäß auf die durch den Krieg geschaffene Lage keine Rücksicht nehmen, und
2. neben den Glaubens- und Trostliedern des Gesangbuchs manche geistlichen Lieder teils aus älterer Zeit vorhanden, teils jetzt erst entstanden sind, die nach Form und Inhalt für den gottesdienstlichen Gebrauch in der Gegenwart besonders geeignet sind und für die Erbauung der Gemeinde wertvolle Dienste leisten können, wolle die Landessynode beschließen:

1. die Kirchenregierung um die möglichst beschleunigte Vorlegung eines Kirchengesetzes zu ersuchen, durch das dem Herzoglichen Konsistorium die Befugnis

verliehen wird, unter besonderen Umständen Abweichungen von der Agende anzuordnen und die Verwendung anderer als der im Gesangbuche enthaltenen Lieder beim Gottesdienste zu gestatten,

2. den Synodalausschuß mit der Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Rechte der Landesynode bei Beratung des bezeichneten Kirchengesetzes zu beauftragen."

Nachdem der Abgeordnete Gerlich seinen Antrag kurz begründet hatte, stellte der Vorsitzende fest, daß er genügend unterstützt wäre, überwies ihn an die liturgische Kommission zum Bericht und

XIV. erteilte das Wort dem Abgeordneten Strube zur Begründung seiner beiden Anträge:

1. „Synode wolle die Kirchenregierung ersuchen:
Maßnahmen zu treffen, um die Geistlichen von der Verpflichtung, bei ihrer Beurlaubung für ihre Vertretung zu sorgen und bei Erkrankung die Reisekosten usw. für den Vertreter zu tragen, zu entbinden."
2. „Synode wolle die Kirchenregierung ersuchen:
Gegenseitige Maßnahmen herbeizuführen, um die Geistlichen für immer von den Abgaben eines Zwölftels vom Dienst Einkommen und der laufenden Beiträge zu der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt zu befreien."

Beide Anträge wurden aus der Versammlung genügend unterstützt und der staatsrechtlichen Kommission zur Berichterstattung überwiesen.

XV. Ferner überantwortete ihr der Vorsitzende zu dem gleichen Zwecke den Entwurf eines Kirchengesetzes über die Einberufung der 12. ordentlichen Landesynode nebst Begründung — Drucksache 8.

XVI. Darauf meldete der Abgeordnete Drude zwei Anträge an, die er verlas und kurz begründete. Sie lauteten:

1. „Herzogl. Konsistorium wolle für die Zeit, da Pfarrer zum Heeresdienste eingezogen sind, die Geldentschädigungen, welche die betreffenden Pfarrinhaber für Fahrten zur Abhaltung von Gottesdiensten in den Filialen pfarranschlagsmäßig erhalten, zur Bestreitung der Kosten zur Verfügung stellen, die durch die Fahrten des stellvertretenden Geistlichen zu den Gottesdiensten in den ihrer Pfarrer beraubten Pfarochien entstehen."
2. „Herzogl. Konsistorium wolle für die Geistlichen, welche zum Heeresdienste einberufene Pfarrer in ihrem Amte vertreten, eine angemessene Entschädigung baldigst zu erwirken suchen."

Beide Anträge wurden vom Vorsitzenden, nachdem sie von ihm verlesen und aus der Versammlung genügend unterstützt waren, der kirchenrechtlichen Kommission überwiesen,

XVII. während die Aufstellung der Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Gesangbuchsfonds (Drucksache 9, vgl. IX., 6 des Prot.) und die unter den Eingängen (IX. 7 des Prot.) näher bezeichnete Bittschrift des Landes-Predigervereins die liturgische Kommission zur Berichterstattung erhielt.

XVIII. Der Vorsitzende teilte darauf mit, daß soeben eine vom Abg. Struve unterschriebene „Bittschrift des Ausschusses der Kirchlichen Arbeitsgemeinschaft um Herbeiführung von Änderungen in Gesetzgebung und Verwaltung zwecks Beseitigung der schweren sittlichen Schäden durch öffentliche und geheime Prostitution“ eingegangen sei, wies kurz auf ihren Inhalt hin und verlas die auf der Eingabe befindlichen, aber nur abschriftlich wiedergegebenen Namen der Mitglieder des bezeichneten Ausschusses. Die Bittschrift wurde der kirchenrechtlichen Kommission zu Berichterstattung überwiesen.

XIX. Auf Anregung des Vorsitzenden beschloß die Versammlung, daß an Seine Kgl. Hoheit den Herzog ein Huldigungstelegramm gesandt werden solle; seine Fassung wurde dem Vorsitzenden übertragen.

XX. Hierauf verkündete dieser die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die er auf Mittwoch, den 29. November 1916, vormittags 10¹/₄ Uhr, ansetzte, und schloß die Sitzung.

Plato.

Vorsitzender.

Kaulitz,

protokollführender Sekretär.

Verhandlungen

der

außerordentlichen Landessynode des Herzogtums Braunschweig.

Geschehen im SitzungsSaale der Landesversammlung im
Landschaftlichen Hause in Braunschweig am 29. November 1916,
vormittags 10¹/₄ Uhr.

Gegenwärtig: Die Mitglieder der Synode, außer dem Abgeordneten Meier, Zweiborf,
als Regierungskommissar Se. Excellenz Staatsminister Wolff,

als Vertreter des Konsistoriums Konsistorialpräsident Sievers und Konsistorial-
Vizepräsident Abt Moldenhauer sowie

der Sekretär.

I. Nach Verlesung eines Schriftwortes durch den Abgeordneten Degering teilte der
Vorsitzende folgende Eingänge mit:

1. Eingabe der Nationalvereinigung der Evangelischen Jünglingsbündnisse Deutsch-
lands E. V. in Barmen nebst Abschrift einer an den Herrn Reichskanzler ge-
richteten Eingabe über militärische Jugendvorbereitung und nebst Abdruck eines
Auszuges aus den Verhandlungen der Nationalvertreterversammlung in Bielefeld,
2. Schreiben des Ausschusses für die Aufstellung „Heinrichs des Löwen in Eisen“
in Braunschweig, enthaltend die Anregung, daß die Mitglieder der Landessynode
sich an der Nagelung beteiligen möchten.

Jene Eingabe legte der Vorsitzende zur Kenntnisnahme aus, zu dieser äußerte er sich
dahin, die Mitglieder der Synode möchten von den Tagegeldern je 3 M. stehen lassen und
das Präsidium mit der Verfügung über den auf diese Weise gesammelten Betrag betrauen.
Der Vorschlag fand allseitige Billigung.

II. Sodann erteilte der Vorsitzende dem Abgeordneten Meier, Zweidorf, für den 28. und 29., dem Abgeordneten Struve für den 29. und dem Abgeordneten Heine — soweit erforderlich — für den 30. November und den 1. Dezember 1916 Urlaub.

III. Die Versammlung trat in die Tagesordnung ein. Zu ihrem ersten Punkte: „Bericht der Wahlprüfungskommission über die Ergänzungswahlen“ nahm als Bericht-erstatte der bezeichneten Kommission der Abgeordnete Struve das Wort:

Es seien zwar Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen vorgekommen, indessen seien sie für das Ergebnis der Wahlen ohne Bedeutung. Daher stelle er namens der Kommission den Antrag:

„Die Landessynode möge über die Formfehler hinweggehen und die Wahlen für gültig erklären.“

Nachdem die Beratung hierüber eröffnet war und niemand um das Wort gebeten hatte, beschloß die Versammlung antragsgemäß.

IV. Bei der Beratung des Rechenschaftsberichts des Synodalausschusses — Drucksache 7 — äußerte der Abgeordnete Kunze, es seien Bedenken laut geworden, ob überhaupt der Synodalausschuß zur Erstattung des Berichts berechtigt und verpflichtet gewesen wäre; er selbst bejahe die Frage. Demgegenüber stellte sich der Konsistorialpräsident Sievers auf den Standpunkt, daß eine Abweichung von der Vorschrift des § 27 des Gesetzes über die Errichtung einer Landessynode usw. vorliege, sie fände indessen die Genehmigung der Kirchenregierung; auch würde wohl die Versammlung selbst ihr Einverständnis erklären.

Dieses wurde durch den Vorsitzenden festgestellt, der dann die Beratung über § 1 des Ausschuchsberichts eröffnete. Während hierzu niemand das Wort ergriff, bekämpfte zu § 2 der Abgeordnete Kunze den Gebrauch von Fremdwörtern und der Kanzleiausdrücke in längeren Ausführungen. Anknüpfend daran stellte der Abgeordnete Ziegeler den schriftlich unterstützten Antrag:

„Die Landessynode wolle beschließen, an die Kirchenregierung den Antrag zu stellen, daß alle in bezug auf die Kirche, die kirchlichen Ämter und Einrichtungen bisher gebräuchlichen Fremdwörter durch sinngemäße, z. T. schon in anderen Landeskirchen gebräuchliche gute deutsche Bezeichnungen ersetzt werden“, und begründete ihn, der sodann zur Beratung gestellt wurde.

Der Abgeordnete Perl richtete an die Kirchenregierung zwei Anfragen über die Gebühren der Geistlichen bei Vornahme der Beerdigungsfeierlichkeiten sowie der Lehrer für ihre Mitwirkung bei an Wochentagen stattfindenden Taufen, Trauungen und Begräbnissen. Die Anfragen gingen dahin:

1. Darf der Geistliche, wenn er im eigenen Interesse die Begräbnisfeier im Hause abhalten will, die Zahlungspflichtigen aber nur 3 M entrichten wollen, sich mit diesem Satze zufriedengeben?
2. Sind die Lehrer berechtigt, für Hilfsleistungen bei kirchendienstlichen Handlungen an Wochentagen regelmäßig Gebühren zu erheben?

Der Konsistorialpräsident Sievers bejahte die erste Frage unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Zustimmung des Kirchenvorstandes und erwiderte auf die zweite, daß von dem Konsistorium ein Gesetzentwurf über die in Frage stehenden Gebühren dem Herzoglichen Staatsministerium eingereicht sei, daß aber die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien.

Nachdem sich zu dem Antrage des Abgeordneten Ziegeler dieser, sowie die Abgeordneten Witten und Kunze geäußert hatten, wurde die Beratung geschlossen und jener Antrag angenommen.

Zu § 3 ergriff als Berichterstatter der Kommission der Abgeordnete Schomburg das Wort, bedauernd, daß die Kunstgefangbücher einen ungünstigen Abzug fänden, und seitens der Kommission anheimgebend, Herzogliches Konsistorium möge dagegen, abgesehen von den bereits geplanten Maßnahmen, noch weitere ergreifen.

Nachdem sich über diesen Punkt der Konsistorial-Vizepräsident Abt Moldenhauer und der Abgeordnete Knopf geäußert hatten, wurde zu § 4 übergegangen; gleichzeitig wurde in die Besprechung der Drucksache 9 (Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben und Vermögensnachweis des Landeskirchlichen Gesangbuchfonds) eingetreten. Hierzu gab die Kommission I bekannt, daß sie die Erstattung eines Reports nicht für erforderlich gehalten habe. Da niemand zu diesem Punkte das Wort erbat, wurde in der Besprechung fortgefahren.

Zu § 5 sprach der Abgeordnete Kunze. Er tabelte die in § 5 Ziffer 3 der Drucksache 8 abgedruckte Antwort Herzoglichen Konsistoriums. Hieran schloß sich eine längere Aussprache, an der sich, abgesehen von dem bereits erwähnten Abgeordneten Kunze, die Abgeordneten Ketemeyer, Struve und Kul'mann sowie der Konsistorialpräsident Sievers beteiligten, und die sich im wesentlichen darum drehte, ob der Synodalausschuß berechtigt wäre, dem Herzoglichen Konsistorium Anregungen zukommen zu lassen, und ob dieses sie ohne weiteres zurückweisen dürfe. Bestimmte Grundsätze hierüber wurden nicht vereinbart.

Schließlich richtete der Abgeordnete Knopf die Bitte an das Konsistorium, daß bei Zusammenlegung von Superintendenturen die davon Betroffenen vorher verständigt würden.

Zu § 6 sprach der Abgeordnete Struve, und zwar zu Ziffer 2. Er erklärte, daß die darin wiedergegebene Antwort des Staatsministeriums nicht befriedigend wäre.

Nachdem sich zu § 7 niemand zum Wort gemeldet hatte, wurde die Besprechung der Drucksache 7 für abgeschlossen erklärt.

V. Den Bericht der kirchenrechtlichen Kommission über den Entwurf eines Kirchengesetzes, die Einberufung der 12. ordentlichen Landesynode betreffend — Drucksache 8 —, erstattete der Abgeordnete Kul'mann. In eingehender Rede begründete er den Kommissionsantrag:

1. In Artikel I ist des Wort „erst“ durch „spätestens“ zu ersetzen;
2. Der Satz „Es bleibt jedoch . . . einzuberufen“ ist zu streichen;
3. In Artikel I ist folgender Zusatz einzufügen:

„Der Synodalausschuß wird ermächtigt, wenn er die Einberufung einer solchen für angezeigt hält, sie bei der Kirchenregierung anzuregen.“

Der Vorsitzende wies darauf hin, daß eine Beratung der Vorlage mit Rücksicht auf § 43 der Geschäftsordnung nicht erfolgen dürfe; er gebe aber anheim, die Zustimmung zu erteilen, daß bereits jetzt in die Beratung eingetreten werden dürfe. Die Landessynode und die Kirchenregierung erklärten ihr Einverständnis. Darauf eröffnete der Vorsitzende die Besprechung. Der Regierungskommissar erklärte zu dem von der Kommission unter 3 gestellten Antrage, daß die Kirchenregierung sachlich gegen die gewünschte Ermächtigung des Synodalausschusses nichts einzuwenden habe, jedoch gegen die Aufnahme einer solchen Bestimmung in das Gesetz Bedenken erheben müßte. Er gab deshalb anheim, die Ermächtigung außerhalb des Gesetzes in einem besonderen Beschluß zum Ausdruck zu bringen.

Der Abgeordnete Kulemann setzte namens der Kommission an Stelle des Absatz 3 des ursprünglichen Antrages folgenden neuen:

Die Landessynode wolle den Synodalausschuß ermächtigen, sobald er die Einberufung der vorgeesehenen ordentlichen Synode als erwünscht ansieht, sie bei der Kirchenregierung in Anregung zu bringen.

Im Verlaufe der Besprechung begründete und stellte der Abgeordnete Kunze den Antrag: „In Art. I statt der Worte „in Gemäßheit des“ zu setzen „nach“.

Der Vorsitzende stellte fest, daß dieser Antrag ordnungsgemäß unterstützt war.

Nach Schluß der Beratung wurde zur Abstimmung über den Entwurf geschritten. Eingang und Titel wurden angenommen, desgleichen der Antrag des Abgeordneten Kunze und der der Kommission in beiden Teilen. In der hierdurch abgeänderten Form wurde Artikel I und darauf Artikel II des Entwurfes angenommen.

Mit Zustimmung der Kirchenregierung wurde danach der Gesetzentwurf im ganzen zur Abstimmung gestellt und einstimmig — in der abgeänderten Form — angenommen. Das gleiche geschah mit dem Antrage des Abgeordneten Kulemann.

VI. Nach einer kurzen Bemerkung dieses Abgeordneten zur Geschäftsordnung verlas der Abgeordnete Ziegeler den Antrag:

„Die Landessynode wolle Herzogliches Konsistorium ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß der nächsten Tagung eine Vorlage gemacht wird, die verordnet:

1. daß Kriegswitwen und Kriegsverletzte in möglichst weitem Umfange im Dienste der Kirche und der kirchlichen Gemeindeglieder (insbesondere die Witwen als Gemeindegliedern und -helferinnen), sowie im Organistenamt zur Verwendung gelangen;

2. daß die hierfür erforderlichen Einrichtungen getroffen, insbesondere Lehrgänge zur Ausbildung eingerichtet bzw. die bereits vorhandenen für diese Zwecke nutzbar gemacht werden;

3. daß die Geldmittel zur Durchführung derartiger Maßregeln beschafft werden, insbesondere durch Wiedergabe der Opfersteine zu ihrem ursprünglichen Zwecke, sowie durch Erschließung anderer Geldquellen.“

Dieser Antrag wurde von seinem Urheber begründet und nach der Feststellung, daß er ordnungsmäßig unterstützt war, der kirchenrechtlichen Kommission zum Bericht überwiesen.

VII. Diese erhielt dann ferner den Antrag des Abgeordneten Knopf:

„Die Synode wolle folgenden Antrag an die Kirchenregierung richten:

Hohe Kirchenregierung wolle unverzüglich Maßnahmen treffen, daß den Pfarrwitwen und -waisen wenigstens für die Dauer der Kriegsteuerung erhöhte Bezüge oder Teuerungszulagen gewährt werden.“

Der Abgeordnete begründete seinen Antrag, die Unterstützungsfrage wurde bejaht.

VIII. Der Vorsitzende teilte mit, daß ihm eine von 6 Mitgliedern unterschriebene Interpellation, die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts in den Gemeindeschulen betreffend, überreicht sei, die er der Kirchenregierung abschriftlich mit dem Ersuchen um Erklärung darüber mitgeteilt habe, ob und wann sie beantwortet werden sollte. Namens der Kirchenregierung erklärte der Konsistorialpräsident die Bereitschaft zur Beantwortung.

IX. Der Abgeordnete Perl sprach dann noch zur Geschäftsordnung und beantragte, die bei dem feierlichen Gottesdienst im Dome am 28. November gehaltene Predigt drucken zu lassen. Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis.

X. Hierauf verkündete der Vorsitzende die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die er auf den 30. November 1916, vormittags 10¹/₄ Uhr, anberaumte, und schloß die Sitzung.

Das Protokoll der Sitzung vom 28. November hat von 10¹/₄ bis 12¹/₄ Uhr zur Einsicht ausgelegen, ohne daß gegen seine Form und Fassung Einspruch erhoben wäre.

Stoto.

Vorsitzender.

Raulitz,

protokollführender Sekretär.

Verhandlungen

der

außerordentlichen Landessynode des Herzogtums Braunschweig.

Geschehen im SitzungsSaale der Landesversammlung im
Landschaftlichen Hause in Braunschweig am 30. November 1916,
vormittags 10¹/₄ Uhr.

Gegenwärtig: Die Abgeordneten mit Ausnahme der Abgeordneten Becker, Meier-
Zweidorf, und Struve,

am Regierungstische: Se. Excellenz Staatsminister Wolff, Konsistorialpräsident Sievers,
Konsistorial-Vizepräsident Abt Moldenhauer und

der Sekretär.

I. Nach Verlesung eines Bibelwortes durch den Abgeordneten Degering teilte der
Vorsitzende ein Danktelegramm Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs mit, das folgender-
maßen lautete:

Durch die Erfüllung einer schweren und schmerzlichen Pflicht dem Herzogtume
fern, spreche ich der außerordentlichen Landessynode Meinen herzlichen Dank aus
für die Begrüßung, die sie zu Beginn ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit an Mich
gerichtet hat. Gott wolle der Arbeit der Landessynode in dieser ernsten Zeit seinen
Segen geben.

Ernst August.

Darauf hielt er an die Versammlung eine Ansprache zum Gedächtnis Seiner Majestät
des Kaisers Franz Joseph.

Die Abgeordneten nahmen diese Anreden stehend entgegen.

II. Der Vorsitzende erteilte dem Abgeordneten Becker für den 30. November, 1. und 2. Dezember, und dem Abgeordneten Perl für den letzten Teil der heutigen Sitzung Urlaub.

III. Zur Geschäftsordnung machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß er beabsichtigt hätte, die beiden Anträge des Abgeordneten Struve (Prot. 1, XIV) heute zur Verhandlung zu bringen, daß aber die kirchenrechtliche Kommission ihm erklärt hätte, mit der Beratung über den ersten der Anträge, die Vertretung von beurlaubten Geistlichen usw. betr., noch nicht abgeschlossen zu haben; über den Antrag 2 könne jedoch Bericht erstattet werden; er bäte, diesen voranzunehmen. Nachdem die Landessynode entsprechend beschlossen hatte und in die damit abgeänderte Tagesordnung eingetreten war, nahm

IV. als Berichterstatter der Kommission der Abgeordnete Perl das Wort und stellte unter eingehender Begründung den Antrag, den des Abgeordneten Struve anzunehmen. Im Laufe der hieran anknüpfenden eingehenden Besprechung wurde vom Staatsminister Wolff und vom Konsistorialpräsidenten Sievers darauf hingewiesen, daß bereits durch Staatsgesetz vom 9. April 1906 (Art. 5 G. u. V. S. S. 237) festgelegt wäre, daß die laufenden Beiträge und die einmalige Abgabe der Teilnehmer an der Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt bis auf weiteres nicht zur Hebung kommen sollten; nur eine Ausnahme bestände hiervon, nämlich für den Fall, daß die laufenden Einnahmen der Anstalt zur Bestreitung der Jahresausgaben während vier aufeinander folgender Rechnungsjahre nicht ausgereicht hätten; es sei selbstverständlich, daß eine Abänderung dieser Bestimmungen nur durch Gesetz erfolgen könnte.

Infolgedessen beantragte der Abgeordnete Kulemann:

„die Synode wolle beschließen, mit Rücksicht auf die von den Vertretern der Kirchen- und Staatsregierung abgegebenen Erklärungen über den Antrag der Kommission zur Tagesordnung überzugehen“.

Nachdem dann noch seitens des Regierungskommissars geäußert war, daß von der Kirchenregierung gegen die Annahme des Kommissionsantrages keine Bedenken beständen, und nachdem der Antrag des Abgeordneten Kulemann genügend unterstützt und zur Beratung gestellt war, wurde dieser abgelehnt, während jener angenommen wurde.

V. Der Abgeordnete Kulemann bemängelte die Fassung des Protokolls 2 vom 29. November, das seinem Vorschlage entsprechend eingebessert wurde.

VI. Darauf wurde in der Erledigung der Tagesordnung, Berichterstattung der liturgischen Kommission über die Bittschrift des Landespredigervereins (vgl. Prot. 1, IX, 7), fortgefahren.

a) Zu a der Bittschrift, die Feier des Reformations-Jubiläums betreffend, trug der Abgeordnete Gerlich namens der Kommission darauf an:

„die Synode wolle beschließen, das Herzogliche Konsistorium zu ersuchen, es wolle unter Berücksichtigung der vom Landespredigerverein der Synode vorgetragenen Wünsche baldigst geeignete Anordnungen treffen, um das künftige

Jahr im kirchlichen Gemeindeleben zu einem Reformationsgedächtnisjahr auszugestalten."

Diesen Antrag stellte, nachdem er begründet war, der Vorsitzende nach vorheriger Anfrage zur Beratung, ohne daß Widerspruch dagegen erfolgt wäre; er wurde angenommen.

b) Zu Punkt b der Bittschrift (kirchliche Arbeit an der konfirmierten Jugend) sprach der Abgeordnete Knopf und stellte als Berichterstatter den Antrag:

"Synode wolle in Abänderung des Antrages des Landes-Predigervereins, folgendem Antrage zustimmen:

Falls nach dem Kriege die Jugendwehr durch Gesetz zu einer pflichtmäßigen gestaltet werden sollte, wolle Hohe Kirchenregierung dafür eintreten, daß der Kirche in irgendeiner zweckentsprechenden Weise ein Einfluß auf diese Jugendpflege eingeräumt werde."

Auch dieser Antrag wurde nach seiner Begründung mit Einwilligung der Versammlung zur Beratung gestellt, auch an ihn knüpfte sich eine eingehende Besprechung an, die zum Ergebnis seine Annahme hatte.

Hier wurde die Beratung durch den Abgeordneten Gerlich unterbrochen, der, nachdem seiner Bitte, die Beratung zu Punkt a der Bittschrift nochmals zu eröffnen, von der Versammlung mit Zwei-Drittel-Mehrheit auf Grund der §§ 64, 85 der Geschäftsordnung unter Zustimmung der Kirchenregierung stattgegeben war, den Antrag stellte und begründete:

"Die Synode wolle beschließen, die Kirchenregierung zu ersuchen, die Gedächtnisfeier der Reformation in Kirche und Schule auf den 31. Oktober 1917 anzusetzen und für diesen Tag den staatlichen Schutz der Sonntagsheiligung zu beantragen."

Der Antrag wurde nach Beratung angenommen.

c) Die Versammlung nahm darauf den weiteren Bericht der liturgischen Kommission (zu Punkt c der Bittschrift) entgegen, für welche der Abgeordnete Schomburg sprach und den Antrag begründete:

"über den Antrag des Landes-Predigervereins zur Tagesordnung überzugehen."

Diesem Begehren wurde ohne weiteres stattgegeben.

d) Zum vierten Punkt der Bittschrift (Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden bzw. für die kriegsbeschädigten Theologen) nahm der Abgeordnete Gronau als Berichterstatter das Wort und trug unter Begründung darauf an:

"Die Synode wolle den Antrag 4 des Landes-Predigervereins durch die Erklärung des Herzoglichen Konsistoriums als erledigt ansehen."

Nachdem der Konsistorial-Vizepräsident Moldenhauer erklärt hatte, daß auf Theologie studierende Kriegsteilnehmer und auf kriegsbeschädigte Theologen die weitgehendste Rücksicht genommen werde und werden würde, beschloß die Versammlung antragsgemäß.

VII. Zum Antrage des Abgeordneten Gerlich (vgl. Prot. 1, XIII) äußerte sich der Kommissionsberichterstatter, der Abgeordnete Knopf, wie folgt:

„Die Kommission hat sich dem nicht verschließen können, daß in der Tat unser Gesangbuch und die Agende in ihren Kollekten und Kirchengebeten für die besonderen Bedürfnisse der jetzigen Kriegszeit nicht völlig ausreichen. Sie möchte deshalb dem im Antrage Gerlich Geforderten in der Weise Rechnung tragen, daß sie nach einstimmigem Beschluß die Synode bittet, folgenden Antrag an die Kirchenbehörde zu richten:

Herzogl. Konsistorium wolle ungesäumt unter Hinzuziehung der Mitglieder der liturgischen Kommission ein Kriegslieder-Buch mit etwa 20 Liedern und mit angefügten für die Kriegszeit passenden Kollekten und Kirchengebeten für den Gebrauch im Gemeindegottesdienst herausgeben.

Wegen der Herausgabe und des Vertriebes der Bücher wird der Synodalausschuß beauftragt, das Weitere mit Herzogl. Konsistorium zu beschließen.“

Nachdem dieser Antrag begründet war, stellte der Vorsitzende fest, daß auf Seiten der Versammlung und der Kirchenregierung keine Bedenken gegen sofortige Beratung beständen, und eröffnete diese. Auch sie führte zu längeren Auseinandersetzungen, die den Abgeordneten Kulemann zur Stellung des Antrages:

„den Antrag Gerlich zur nochmaligen Beratung und Berichterstattung an die liturgische Kommission zurückzuverweisen,“

und den Antragsteller zu einer Ergänzung des seinigen in der Richtung veranlaßten, daß er ihm folgenden Zusatz gab: im ersten Antrage wird hinter dem Worte Lieder eingeschoben:

„die vom Konsistorium zu bestimmen sind.“

Dieser veränderte Antrag des Abgeordneten Gerlich wurde angenommen, nachdem die beiden anderen, der des Abgeordneten Kulemann und der der Kommission, abgelehnt waren.

VIII. Nach Mitteilung der Tagesordnung für den folgenden Sitzungstag setzte der Vorsitzende diesen auf den 1. Dezember 1915, vormittags 10¹/₄ Uhr, an und schloß die Sitzung.

Stoto.

Vorsitzender.

Kaulitz,

protokollführender Sekretär.

Verhandlungen

der

außerordentlichen Landessynode des Herzogtums Braunschweig.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung im
Landschaftlichen Hause in Braunschweig am 1. Dezember 1916,
vormittags 10¹/₄ Uhr.

Gegenwärtig: Die Abgeordneten mit Ausnahme der Abgeordneten Becker, Heine und
Meier-Zweidorf,

am Regierungstische: Se. Excellenz Staatsminister Wolff, Konsistorialpräsident Sievers,
Konsistorial-Vizepräsident Abt Moldenhauer sowie

der Sekretär.

I. Nach Verlesung eines Bibelwortes durch den Abgeordneten Degering wurde vom
Vorsitzenden die Beratung über Punkt 1 der Tagesordnung, Anträge des Abgeordneten Drude
(vgl. Prot. 1, XVI, S. 6), eröffnet und das Wort hierzu dem Berichterstatter der kirchenrechtlichen
Kommission, Abgeordneten Ziegeler, erteilt, der zunächst den ersten Antrag des Abgeordneten
Drude verlas und dann in dessen Namen erklärte, daß dieser seinen zweiten Antrag im
Einverständnis mit Herzoglichem Konsistorium zurückgezogen habe. Der Redner hob beson-
ders hervor, daß es bei der langen Dauer der Vertretungen wünschenswert sei, daß den
Gemeinden die erheblichen Fahrtkosten abgenommen würden. Im Laufe der Besprechung
äußerte Konsistorialpräsident Sievers, daß hierfür keine Mittel zur Verfügung ständen,
und Konsistorial-Vizepräsident Abt Moldenhauer erklärte, daß dem Konsistorium kein Fall
bekannt geworden sei, in dem sich eine Gemeinde geweigert hätte, die Fahrtkosten zu zahlen.
Im Anschluß hieran wies Abgeordneter Kulemann darauf hin, daß es doch zweckmäßig
gewesen wäre, den Instanzenweg zu beschreiten und die Entscheidung des Konsistoriums dar-

über anzurufen, wer denn eigentlich der Zahlungspflichtige wäre; in anderen Parlamenten würde mit Rücksicht auf diese Unterlassung der Antrag abgelehnt werden. Diesen Ausführungen stimmte der Staatsminister Wolff zu und bat dringend darum, man möge, ehe man in der Synode einen Antrag an die Regierung stellte, die Entscheidung der zuständigen Behörde herbeiführen.

Nachdem der Antrag angenommen worden war, wandte sich die Versammlung

II. zu Punkt 3 der Tagesordnung, zu dem im Protokolle 1 unter XIV, 1 wiedergegebenen Antrage des Abgeordneten Strube. Der Berichterstatter der kirchenrechtlichen Kommission, Abgeordneter Perl, wies unter anderem darauf hin, daß es in früheren Zeiten, z. Bt. des Pfründenwesens, wohl berechtigt gewesen wäre, die Geistlichen im Falle der Beurlaubung für ihre Vertretung sorgen und bei Erkrankung Reisekosten usw. tragen zu lassen; denn damals wäre die Pfründe eben für alles aufgekomen, jetzt aber nähmen die Geistlichen eine Stellung ein, die sie den Beamten gleichstellte. Er bat namens der Kommission, den Antrag anzunehmen. Staatsminister Wolff erkannte die innere Berechtigung des dargelegten Wunsches an, meinte jedoch, er lähe zu seiner Erfüllung vorläufig keinen Weg; eine Kirchensteuer gäbe es bislang nicht, und an ein staatliches Entgegenkommen sei z. Bt. mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten nicht zu denken; indessen würde alles geschehen, um dem Antrage zu entsprechen. Dieser wurde darauf angenommen.

III. Der von der gleichen Kommission erstattete Bericht über den 4. Punkt der Tagesordnung, Bittschrift der kirchlichen Arbeitsgemeinschaft, Maßregeln gegen die Unsitlichkeit betrag, lag in den Händen des Abgeordneten Kulemann. Er betonte, man müsse in dem Kampfe gegen die Unsitlichkeit sich auf den Boden der Wirklichkeit stellen und sich mit dem Erreichbaren begnügen; Staat und Kirche sollten dabei zusammenhalten; jener müsse zwar die Hauptsache leisten, diese könne ihn aber unterstützen. Namens der kirchenrechtlichen Kommission beantragte er:

„Die Landessynode wolle angesichts der schweren sittlichen Schäden auf dem Gebiete des menschlichen Geschlechtsverkehrs, die in neuerer Zeit immer offener hervorgetreten sind, die Kirchenregierung ersuchen, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß im Sinne der von der „kirchlichen Arbeitsgemeinschaft für das Herzogtum Braunschweig“ überreichten Leitsätze eine Änderung in Gesetzgebung und Verwaltung herbeigeführt werde.“

Nach kurzer Beratung wurde der Antrag angenommen.

IV. Nach Verlesung des Antrages Ziegeler (vgl. Prot. 2, VI, S. 12) gab der Berichterstatter, Abgeordneter Perl, bekannt, daß die kirchenrechtliche Kommission den Antrag mit Zustimmung des Abgeordneten Ziegeler folgendermaßen abgeändert habe:

„Synode richtet an Herzogliches Konsistorium die Bitte, durch Einwirkung auf die Gemeinden Maßregeln zu treffen; daß Kriegsbeschädigte und Kriegswitwen in kirchlichen Diensten und in der kirchlichen Gemeindepflege in weitestem Umfange angestellt werden, ferner, daß diese Personen die nötige Fachausbildung erhalten.“

Der Berichterstatter betonte, daß die Sorge für die genannten Personen selbstverständlich sei, daß sich zweifellos für sie im Kirchendienste Stellen finden oder einrichten ließen, und daß wohl auch die Mittel zu ihrer Ausbildung vorhanden wären. Der Konsistorialpräsident Sievers erklärte dazu, daß er mit dem Zweck des Antrages vollständig einverstanden wäre, und daß das Konsistorium bereits vor einem halben Jahre die Anstellung von Kriegsbeschädigten bei den Gemeinden und Kirchen in Anregung gebracht hätte. Abgeordneter Palmer äußerte Bedenken gegen den Wortlaut des Antrages; er meinte, durch seine Annahme könnte der Anschein erweckt werden, als ob die Synode eine Ersetzung der männlichen durch weibliche Organisten wünsche; das sei doch nicht der Fall. Der Abgeordnete Perl entgegnete, in dem neuen Antrage wäre die Wendung, die der Abgeordnete Palmer im Auge habe, nicht enthalten, sondern lediglich in seiner alten Fassung. Zu dieser bemerkte der Abgeordnete Ziegeler, wenn darin von Opfereiprüfende die Rede wäre, so hätte damit nur eine der Quellen bezeichnet werden sollen, aus denen die nötigen Geldmittel fließen sollten. Sein Antrag wurde in der von der Kommission vorgeschlagenen Form angenommen.

V. Als Berichterstatter der gleichen Kommission erhielt der Abgeordnete Ziegeler dann das Wort zu dem Antrage des Abgeordneten Knopf, betr. Gewährung erhöhter Bezüge oder Teuerungszulagen an Pfarr-Witwen und -Waisen (Prot. 2, VII). Mit diesem Antrage, der verlesen wurde, hatte sich die kirchenrechtliche Kommission mit Rücksicht darauf nicht einverstanden erklärt, daß er nicht ersehen lasse, woher die Mittel zu nehmen wären. Sie hatte an seine Stelle folgenden vom Berichterstatter verlesenen Antrag gesetzt:

„Synode wolle beschließen, unter Ablehnung des Antrages Knopf dem Herzoglichen Konsistorium gegenüber den Wunsch auszusprechen, den Pfarr-Witwen und -Waisen, die infolge der durch den Krieg geschaffenen Teuerung in Not geraten sind, nach Maßgabe des Art. 2 des Gesetzes vom 9. April 1906 aus den Mitteln der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt angemessene Unterstützungen zu gewähren.“

Der Berichterstatter meinte selbst, der Antrag würde voraussichtlich abgelehnt werden; denn, wie er erfahren hätte, ständen der bezeichneten Anstalt nicht genügend Mittel zur Verfügung. Das wurde vom Konsistorialpräsidenten Sievers bestätigt. Staatsminister Wolff setzte hinzu, daß die Unterstützung der Pfarr-Witwen und -Waisen aus der Klosterreinertragskasse erfolge, soweit wirkliche Bedürftigkeit vorläge. Der Abgeordnete Knopf zog darauf seinen, der Abgeordnete Kulemann den Antrag der Kommission mit Zustimmung ihrer Mitglieder zurück.

VI. Es folgte Punkt B der Tagesordnung: Interpellation des Abgeordneten Knopf. Sie lautete:

„Hohe Kirchenregierung wird um Auskunft darüber gebeten, warum die Verfügungen über die Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes in den Gemeindeschulen durch die Organe der Kirche noch nicht erlassen sind, und ob darauf zu rechnen ist, daß eine Beaufsichtigung durch die Superintendenten und Pastoren,

wie sie von der letzten ordentlichen Landesynode gefordert wurde, in Kürze angeordnet wird."

Die Begründung dieser Interpellation hatte der Abgeordnete Gronau übernommen, dem dazu auch vom Vorsitzenden ohne Widerspruch der Versammlung das Wort erteilt wurde. Er hob hervor, daß keine Störung des Burgfriedens beabsichtigt sei; aber er wünsche, daß die Rechte der Kirche nicht geschmälert würden. Der Konsistorialpräsident Sievers erwiderte, daß weder das Konsistorium noch das Staatsministerium die feststehenden Rechte der Kirche auf Beaufsichtigung des Religionsunterrichts schmälern wollte; der Erlaß der erforderlichen Ausführungsbestimmungen, der sich aus besonderen Gründen verzögert hätte, werde baldmöglichst erfolgen. Außerdem sei im gewissen Umfange auch bis jetzt für die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts durch das Konsistorium selbst gesorgt worden. Hieran schloß sich eine eingehende Besprechung, bei der fast alle Redner darum baten, in Ausführung des Gemeindegesetzes den Superintendenten oder einen Pfarrer des Bezirks baldmöglichst mit der Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes zu betrauen. Nach Abschluß der Besprechung ergriff

VII. noch der Abgeordnete Knopf das Wort zu der folgenden Äußerung: In Pfarren und den ihnen nahestehenden Kreisen herrschte über den Erlaß des Konsistoriums, die Sonntagsarbeit betr., tiefe Mißstimmung. Seine Fassung wäre so, als ob sie, die Pfarrer, die Gemeinde vom Kirchenbesuch abhalten sollten. An diese Ausführungen knüpfte er die Frage, ob es nicht möglich wäre, durch klärende Worte dem Unfrieden zu steuern. Konsistorial-Vizepräsident Abt Moldenhauer erwiderte: Die beliebte Auffassung wäre falsch; das habe bei einigem Nachdenken jeder erkennen müssen. Das Konsistorium hätte nicht auf den Nichtbesuch des Gottesdienstes hingewirkt; das wäre ein Umding bei dem bereits herrschenden mangelhaften Kirchgange. Aus der Not heraus sei der Erlaß entstanden; die Ernte hätte eingebracht werden müssen, und Werke der Not und der Liebe wären erlaubt.

VIII. Der Vorsitzende stellte fest, daß nunmehr sämtliche Eingänge und sonstige Gegenstände der Beratung ihre Erledigung gefunden hätten, und verlas eine ihm vom Staatsminister Wolff überreichte Höchste Verfügung vom heutigen Tage, nach welcher die außerordentliche Synode geschlossen wird — Drucksache 10. Er schloß daran ein dreimaliges Hoch auf Seine Königliche Hoheit den Herzog, in welches die Versammlung lebhaft einstimmte, und schloß die Sitzung.

IX. Das Protokoll 3 vom 30. November 1916 lag während der ersten zwei Stunden dieser Sitzung zur Einsicht aus, ohne daß Einspruch erfolgt wäre.

Dieses Protokoll — vom 1. Dezember 1916 — ist, nachdem die infolge der Beschlüsse der Landesynode zu erlassenden Schreiben, welche betreffen:

1. den Entwurf eines Kirchengesetzes über die Einberufung der 12. ordentlichen Landesynode — Drucksache 11,
2. das Ersuchen auf Erlassung von gesetzlichen Maßnahmen über die dauernde Befreiung der Geistlichen von Beiträgen zur Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt — Drucksache 12,

3. das Ersuchen auf Vorlegung eines Kirchengesetzes über zulässige Abweichungen von der Agende und Verwendung nicht im Gesangbuche enthaltener Lieder im Gottesdienst — Drucksache 13,
 4. das Ersuchen um Gewährung von Fahrtkosten an stellvertretende Geistliche, welche sich zu Gottesdiensten in Filialorten begeben — Drucksache 14,
 5. das Ersuchen um Erlassung von Maßnahmen, durch die beurlaubte und erkrankte Geistliche von der Verpflichtung zur Tragung der Reisekosten usw. ihrer Vertreter befreit werden — Drucksache 15,
 6. das Ersuchen um Erlassung von Maßregeln zum Zweck der Verwendung von Kriegsbeschädigten und Kriegswitwen in kirchlichen Diensten und in der kirchlichen Gemeindepflege — Drucksache 16,
 7. das Ersuchen um Ersetzung der in bezug auf die Kirche, die kirchlichen Aemter und Einrichtungen bisher gebrauchten Fremdwörter durch gute deutsche Wörter — Drucksache 17,
 8. die Bittschrift des Landes-Predigervereins, soweit sie die Feier des Reformation=jubiläums und kirchliche Arbeit an der konfirmierten Jugend zum Gegenstande hat — Drucksache 18,
 9. die Bittschrift des „Ausschusses der kirchlichen Arbeitsgemeinschaft“ um Herbeiführung von Änderungen in Gesetzgebung und Verwaltung zum Zwecke der Einschränkung der durch die Prostitution entstandenen Schäden — Drucksache 19
- vom Vorsitzenden des Ausschusses an die Herzogliche Kirchenregierung abgesandt sind, vom Ausschusse der Landesynode genehmigt und unterschrieben, wie folgt:

Degering. Floto. Gronau. Kunze. Strube.

Kanitz,
protokollführender Sekretär.

Sitzungsbericht 1

vom 28. November 1916.

Verhandlungen der außerordentlichen Landessynode des Herzogtums Braunschweig,

berufen durch Landesfürstliche Verordnung vom 27. Oktober 1916, Nr. 53.

Nachdem sich auf Grund der eingangs angeführten Landesfürstlichen Verordnung nach vorausgegangenem feierlichen Gottesdienst die im Protokolle vom heutigen Tage (Protokoll 1) verzeichneten Abgeordneten im Landschaftlichen Hause versammelt hatten, wurde das Anmelde- und Legitimations-Verfahren erledigt und seitens des Synodalausschusses Seiner Königlichen Hoheit dem Herzog Kenntnis gegeben, daß zwei Dritteile der gewählten Abgeordneten erschienen und vom Ausschusse als vorläufig legitimiert anerkannt seien. Seine Königliche Hoheit hatte darauf, wie durch Höchsten Erlaß vom heutigen Tage (B I 1632) dem Synodalausschuß mitgeteilt ist, zu beschließen geruht, daß die feierliche Eröffnung der außerordentlichen Landessynode am heutigen Vermittage, 10⁴⁰ Uhr, stattfinden solle.

Zu der Eröffnungssitzung hatten sich eingefunden:

als Regierungskommissar: Se. Excellenz Staatsminister **Wolff** in Begleitung des Geheimen Regierungsrats **Albrecht**,

als Vertreter des Herzoglichen Konsistoriums: Konsistorialpräsident **Sievers** und Konsistorial-Vizepräsident, **Abt Moldenhauer**,
sämtliche Abgeordnete sowie der unterzeichnete Sekretär.

I. Zunächst verlas Se. Excellenz Staatsminister **Wolff** folgende Eröffnungsrede:

Meine Herren Abgeordneten!

Seine Königliche Hoheit der Herzog, unser gnädigster Landesherr, haben mich zu beauftragen geruht, Sie, meine Herren, als die zeitigen Mitglieder der Landessynode im Namen Seiner Königlichen Hoheit willkommen zu heißen.

Das Kirchenregiment hat sich veranlaßt gesehen, in Übereinstimmung mit dem Synodalausschusse eine außerordentliche Synode einzuberufen, um mittels eines inzwischen eingebrachten Kirchengesetzes die an sich noch in diesem Jahre erforderliche Berufung der 12. ordentlichen Landessynode und damit die für diesen Fall gesetzlich vorgesehene Neuwahl der Hälfte der jetzigen Synodalen zu vermeiden. Ich darf auf die Begründung des Gesetzes verweisen, hebe aber auch an dieser Stelle hervor, daß die Fassung des Gesetzes die jederzeitige Einberufung der nächsten ordentlichen Synode zuläßt.

Möge der allgütige Gott unserm geliebten deutschen Vaterland und damit dem ganzen Erdenrund in Bälde einen edlen Frieden bescheren, und möge damit die Zeit nahegerückt sein, in der auch das Gedeihen unserer Landeskirche nach Kräften zu fördern ist.

Auf Befehl Seiner Königlichen Hoheit erkläre ich die außerordentliche Landessynode damit für eröffnet!

II. Es folgte sodann die von dem Regierungskommissar vorgenommene Vereidigung der neu eintretenden Abgeordneten:

1. Generalsuperintendent Drude, Sandersheim,
2. Amtmann Karl Hartmann, Voldagien,
3. Fabrikdirektor Heine, Teichhütte,
4. Landgerichtsrat a. D. Kulemann, Braunschweig,
5. Landwirt Meier, Zweidorf,
6. Superintendent Palmer, Blankenburg a. S.
7. Geheimer Justizrat Semler, Braunschweig,
8. Oberlandesgerichtsrat Witten, Braunschweig.

III. Als der an Lebensjahren älteste Abgeordnete übernahm der Geheime Kirchenrat **Schulz** den Vorsitz, hat indessen den Abgeordneten Degering als den Stellvertreter des Vorsitzenden, die nunmehr anstehende Wahl der Beamten zu leiten.

Bei den über die Zulässigkeit dieser Maßnahme sich ergebenden Meinungsverschiedenheiten ergriffen das Wort:

Erzelenz Staatsminister **Wolff**: Es ist die Frage aufgetaucht, ob nicht mangels besonderer Vorschriften der bisherige Präsident bzw. sein Stellvertreter den Vorsitz zu übernehmen hat. Ich halte dies nicht für richtig, würde aber dankbar sein, wenn von den Herren Abgeordneten zu dieser Frage Stellung genommen würde. Ein Ausweg ließe sich zur Zeit insofern finden, als der Herr Vorsitzende sein Amt auf das ihm an Lebensalter nächst stehende Mitglied der Versammlung übertragen kann.

Abgeordneter **Kunze**: Ich schließe mich der Ansicht des Herrn Kultusministers an. Der Alterspräsident muß die Wahlen der Beamten leiten.

Auf Anregung des Vorsitzenden äußerten sich dann noch:

Abgeordneter **Struve**: Das Vorgehen des Alterspräsidenten halte ich für richtig: Der Stellvertreter des Vorsitzenden ist im Amte geblieben. Es finden sowohl bezüglich des Präsidiums, wie auch der Kommissionen, nur Ergänzungswahlen statt.

Abgeordneter **Kulemann**: Der Präsident und sein Stellvertreter werden, nachdem wir Vorschläge gemacht haben, erst bestätigt, einerlei, ob es sich um eine ordentliche oder eine

außerordentliche Synode handelt; stets ist es eine neue, und stets sind neue Wahlen erforderlich. Jedenfalls haben wir, wie aus § 11 der Geschäftsordnung folgt, bezüglich der Kommissionswahlen freie Hand.

Abgeordneter **Semler**: Mir gefällt am besten der § 85 der Geschäftsordnung. Ich gebe anheim, auf Grund dieser Vorschrift von den sonst für die Wahlen bestehenden Bestimmungen abzuweichen und im Anschluß an das Vorgehen des Vorsitzenden den bisherigen stellvertretenden Präsidenten als im Amte verblieben anzusehen.

Eine Anfrage des Vorsitzenden, ob der bisherige zweite Präsident die Wahlleitung zu übernehmen habe, wurde darauf einstimmig bejaht. Dementsprechend trat der Abgeordnete Degering unter Zustimmung des Regierungskommissars in den Vorsitz ein. Dieser, sowie die Mitglieder des Herzoglichen Konsistoriums verließen für die Dauer der Beamtenwahlen den Sitzungssaal. Von diesen wurde zunächst die der Schriftführer vorgenommen, zu denen der Abgeordnete **Knopf** die Abgeordneten Kunte und Meyer-Vorsfelde vorschlug, welche gewählt wurden. Die Abstimmung erfolgte auf Anregung des Vorsitzenden unter Zustimmung der Versammlung durch Zuruf.

Diese ging zur Wahl des Präsidiums über, beschränkte sie indessen auf die des Vorsitzenden. Der Verhandlungsleiter bat, die Namen dreier Abgeordneten auf einen Stimmzettel zu schreiben. Diesem Verfahren widersprachen die Abgeordneten **Strube** und **Kettemeyer**, letzterer unter Hinweis auf § 63 der Geschäftsordnung. Dementsprechend ordnete der Vorsitzende an, daß über jeden der zu präsentierenden Abgeordneten in getrenntem Wahlgange abzustimmen sei. Bei dem ersten Wahlgange entfielen 29 Stimmen auf den Abgeordneten Floto, und je eine Stimme auf die Abgeordneten Kettemeyer und Semler; bei dem zweiten Wahlgange 23 auf den Abgeordneten Degering, 6 auf den Abgeordneten Kettemeyer und 2 auf den Abgeordneten Deecke; bei dem dritten Wahlgange 28 auf den Abgeordneten Schomburg und je 1 auf die Abgeordneten Deecke und Semler.

Der **Vorsitzende** machte die Versammlung auf inzwischen aufgetauchte Bedenken aufmerksam, welche dahin gingen, ob die Beschränkung der Wahl auf den Vorsitzenden zulässig sei, oder ob sie nicht auf seinen Stellvertreter erstreckt werden müßte. Hierzu nahm das Wort der

Abgeordnete **Kettemeyer**: Drei Abgeordnete müssen der Kirchenregierung zur Besetzung der Stelle des Vorsitzenden und seines Stellvertreters in Vorschlag gebracht werden. Im Landtage ist das Verfahren ein anderes; dort müssen je drei Personen benannt werden.

Nachdem sodann der Abgeordnete **Berl** auf die Vorschrift in § 63 II der Geschäftsordnung verwiesen hatte, nahm die Versammlung den Vorschlag des Präsidenten, daß die vorgenommenen Abstimmungen auch die Wahl des Vorsitzenden und Stellvertreters umfassen sollten, einstimmig an. Es wurde festgestellt, daß die Abgeordneten Floto, Degering und Schomburg Seiner königlichen Hoheit dem Herzoge als Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende zu präsentieren seien. Ein Schreiben dieses Inhalts wurde sogleich abgesandt.

IV. Nach kurzer Unterbrechung verlas der Vorsitzende die Höchste Verfügung vom heutigen Tage, durch welche der Abgeordnete Floto als Vorsitzender und der Abgeordnete Degering als sein Stellvertreter bestätigt sind.

Nach Übernahme des Vorsitzes dankte der Abgeordnete **Floto** der Versammlung für das ihm erwiesene Vertrauen und sprach die Hoffnung aus, daß er mit ihrer Unterstützung den Anforderungen des neuen Amtes gerecht werden würde, und

V. leitete die Wahl der nach § 11 der Geschäftsordnung zu bildenden Kommission ein. Auf eine Anregung erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß sie durch Zuzufolgen solle, und auf seine Aufforderung, aus der Versammlung Vorschläge zu machen, nahm das Wort

Abgeordneter **Rulemann**: Wir haben früher keine besondere Wahlprüfungskommission gehabt, ihre Arbeit wurde durch den Ausschuß erledigt. Ich schlage vor, die Mitglieder desselben in die Kommission zu wählen.

Abgeordneter **Struve**: Gegen dieses Verfahren trage ich Bedenken, da ja dem Ausschusse bereits die Vorprüfung nach § 11 Absatz 2 zugewiesen ist. Sein Berichterstatter würde also lediglich den dem Ausschusse gehaltenen Vortrag wiederholen. Außerdem würde noch ein fünftes Kommissionsmitglied zu wählen sein.

Nachdem als solches von dem Abgeordneten **Kettemeyer** der Abgeordnete **Witten** vorgeschlagen war, führte dieser aus:

Nach dem Sinne der Geschäftsordnung muß die Wahlprüfungskommission anders als der Ausschuß zusammengesetzt sein, sonst hat dessen Vorprüfung keine Bedeutung.

Nachdem seitens des **Vorsitzenden** erklärt war, daß seiner Ansicht nach rechtliche Bedenken gegen die Wahl der Ausschußmitglieder nicht beständen, diese vielleicht gerade für die Wahlprüfung geeignet seien, wurden sie, nämlich die Abgeordneten: Degering, Gronau, Kunze und Struve, sowie als fünftes Mitglied der Wahlprüfungskommission der Abgeordnete Witten in diese von der Versammlung durch Zuzufolgen gewählt.

VI. Der **Vorsitzende** gedachte darauf ehrenvoll der verstorbenen Abgeordneten Bohnjad, Dammernbaum, Hauswaldt, Langerfeldt, Rehkuh und Wollemann. Die Versammlung erhob sich zu ihrem Andenken von ihren Sitzen.

VII. Dem Vorschlage des Vorsitzenden, auf die Eröffnungsrede keine Antwort an den Landesfürsten zu erteilen, wurde allseitig zugestimmt.

VIII. **Vorsitzender**: Aus dem Synodalausschusse sind die ordentlichen Mitglieder Langerfeldt und Wollemann sowie die stellvertretenden Dammernbaum und Hauswaldt durch den Tod ausgeschieden. Nach Ansicht der Regierung besteht der Ausschuß auch während der jetzigen außerordentlichen Synode fort. Man kann über diese Frage auch anderer Ansicht sein; denn jede außerordentliche Synode hat ihren besonderen Charakter, steht selbständig neben der ordentlichen Synode. Indessen heißt es in § 26 des Gesetzes von 1871 betr. die Landessynode, daß der Ausschuß bis zur nächsten ordentlichen Synode fortbesteht. Jedenfalls aber müssen Ergänzungswahlen vorgenommen werden.

Nachdem die Versammlung die vorgetragene Auffassung ohne Widerspruch gebilligt hatte, schlug der Abgeordnete **Anopf** folgende Ergänzungswahlen vor: für den Abgeordneten Langer-

feldt den Abgeordneten Floto, für den Abgeordneten Wollemann den Abgeordneten Gronau, für diesen, der nunmehr als stellvertretendes Mitglied ausscheidet, den Abgeordneten Beste-Schöppenstedt, für den Abgeordneten Dammann, den Vertreter des Abgeordneten Kunze, den Abgeordneten Kulemann und für den Abgeordneten Hauswaldt, den Vertreter des Abgeordneten Langerfeldt, den Abgeordneten Schomburg. Widerspruch gegen diesen Vorschlag wurde nicht erhoben, und die Wahl der genannten Abgeordneten durch Zuzuf vollzogen.

Auf eine Anregung des Abgeordneten Struve bezüglich der Wahlen der übrigen Kommissionen teilte der **Vorsitzende** mit, daß diese später erfolgen sollten, daß er zunächst

IX. die Eingänge mitteilen würde. Diese gab er der Versammlung bekannt, wie folgt:

1. Mitteilung des Herzoglichen Staatsministeriums über die Vertretung der Kirchenregierung und des Herzoglichen Konsistoriums auf der außerordentlichen Landes-synode — Drucksache 4 a, Anlage 4 zum Protokoll 1. —
2. Mitteilung der Kirchenregierung über Ernennung des Oberlandesgerichtsrats Witten zum Abgeordneten — Drucksache 5, Anlage 5 zum Protokoll 1. —
3. Mitteilung des Herzoglichen Staatsministeriums über die Beordnung eines protokollführenden Sekretärs und Beauftragung eines Beamten mit Wahrnehmung der Registraturgeschäfte, Kassen- und Rechnungsführung der Synode. — Drucksache 6, Anlage 6 zum Protokoll 1. —
4. Bericht des Synodal-Ausschusses über seine seit dem Schlusse der 11. ordentlichen Landes-synode entfaltete Wirksamkeit. — Drucksache 7, Anlage 7 zum Protokoll 1. —
5. Entwurf eines Kirchengesetzes, die Einberufung der 12. ordentlichen Landes-synode betr., nebst Begründung — Drucksache 8, Anlage 8 zum Protokoll 1. —
6. Mitteilung des Herzoglichen Konsistoriums, enthaltend eine Übersicht über Einnahme und Ausgabe des aus den Erträgen des Vertriebes des Gesangbuches gebildeten Landeskirchlichen Fonds in den 4 Rechnungsjahren 1. April 1912/16 und einen Nachweis des am 1. Oktober 1916 vorhandenen Vermögensbestandes des Fonds — Drucksache 9, Anlage 9 zum Protokoll 1. —
7. eine Bittschrift des Landes-Predigervereins im Herzogtum Braunschweig, betreffend:
 - a) die Feier des Reformations-Jubiläums,
 - b) kirchliche Arbeit an der konfirmierten Jugend,
 - c) Förderung der Heimstättenfrage durch die Kirche,
 - d) Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden bzw. für die kriegsbeschädigten Theologen.

X. Durch Anfrage des Vorsitzenden an die Versammlung wurde festgestellt, daß noch weitere Eingänge bzw. daß Anträge seitens der Abgeordneten zu erwarten wären. Infolgedessen beschloß die Versammlung, zwei fernere Kommissionen zu bilden, und zwar durch Zuzuf. Zu diese wurden auf Vorschlag des Abgeordneten **Kunze** gewählt:

- A. in die I., sog. liturgische Kommission die Abgeordneten Gerlich, Gronau, Kunze, Kunze und Schomburg;
- B. in die II., sog. kirchenrechtliche Kommission die Abgeordneten Kulemann, Perl, Graf v. d. Schulenburg, Struve und Ziegeler.

XI. Auf Anregung des Abgeordneten **Struve** wurde beschlossen, daß Anträge bis zum 29. November 1916 eingegangen sein müßten. Dieser Beschluß wurde infolge eines Einwurfs des Abgeordneten **Rulemann** von der Versammlung dahin ausgelegt, daß er sich nur auf die von Abgeordneten zu stellenden Anträge bezöge.

XII. Nach Eintritt in die Beratung ergriff das Wort der Abgeordnete **Runte**:

Gleich zu Beginn der Beratung muß ich einen Antrag stellen.

Voll Stolz und Befriedigung haben wir vernommen, daß unsere Krieger in den Braunschweigischen Regimentern überall — im Ansturm und in der Verteidigung — ihre Pflicht und Schuldigkeit im vollen Maße tun. Ein Teil von ihnen gehört sogar zur eisernen Brigade. Ihnen gebührt unser Dank. Das wollen wir dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir unseren evangelischen Landsleuten im Felde einen Gruß senden.

Der Abgeordnete verlas sodann seinen Antrag:

„Die Landessynode wolle folgenden „Gruß an unsere evangelischen Landsleute im Felde“ beschließen:

Beim Zusammentritt der Landessynode in dieser Kriegszeit gedenken wir in aufrichtiger Dankbarkeit unserer im Felde stehenden Brüder, die in Tapferkeit, Pflichttreue und Vaterlandsliebe für uns streiten. Wir senden ihnen treudeutschen Gruß und evangelischen Segenswunsch und geloben, ihnen betend und fürsorgend für ihre zurückgebliebenen Familienglieder treu zur Seite zu stehen und mit unserem ganzen deutschen Volke willig alle Opfer fürs Vaterland auf uns zu nehmen, bis uns durch Gottes Gnade ein ehrenvoller Friede geschenkt werden wird.“

Das Kirchenregiment wird um Übermittlung dieses Grußes der Landessynode an die zuständige Stelle gebeten.

Vorsitzender: Mit dem Gedanken des Abgeordneten Runte sind wir wohl alle einverstanden. Nur wird die Übermittlung des Grußes, wie er sie beabsichtigt, auf Schwierigkeiten stoßen; denn unsere evangelischen Landsleute sind in vielen Truppenteilen verstreut; selbst unsere Braunschweigischen Truppenteile sind auseinandergerissen. Ich halte die Befanntschaft des Grußes durch die Presse für angebracht; unsere Landsleute draußen bekommen ja die hiesigen Zeitungen zu Gesicht.

Nachdem darauf der Abgeordnete **Runte** den Schlußsatz seines Antrages zurückgenommen hatte, wurde er nach genügender Unterstützung einstimmig angenommen.

XIII. Es folgte ein Antrag des Abgeordneten **Gerlich**, den er verlas:

„In Erwägung, daß

1. die geltende Agende, wie die Erfahrung gezeigt hat, unvorhergesehenen Ereignissen und außerordentlichen Verhältnissen nicht ausreichend Rechnung trägt, insbesondere die vorgesehenen Kollekten und Kirchengebete naturgemäß auf die durch den Krieg geschaffene Lage keine Rücksicht nehmen, und

2. neben den Glaubens- und Trostliedern des Gesangbuches manche geistliche Lieder theils aus älterer Zeit vorhanden, theils jetzt erst entstanden sind, die nach Form und Inhalt für den gottesdienstlichen Gebrauch in der Gegenwart besonders geeignet sind und für die Erbauung der Gemeinde wertvolle Dienste leisten können, wolle die Landessynode beschließen:

1. die Kirchenregierung um die möglichst beschleunigte Vorlegung eines Kirchengesetzes zu ersuchen, durch das dem Herzoglichen Konsistorium die Befugnis verliehen wird, unter besonderen Umständen Abweichungen von der Agende anzuordnen und die Verwendung anderer als der im Gesangbuche enthaltenen Lieder beim Gottesdienste zu gestatten,
2. den Synodalausschuß mit der Wahrnehmung der verfassungsmäßigen Rechte der Landessynode bei Beratung des bezeichneten Kirchengesetzes zu beauftragen "

Der Abgeordnete **Gericke** begründete diesen Antrag:

Es ist erklärlich, daß die Agende nicht den Zeiten entspricht. Eine Abweichung davon ist den Predigern nicht gestattet; sie würden damit gegen das Gesetz verstoßen. Das Konsistorium wäre zum Einschreiten gezwungen. Dasselbe gilt von den Kollekten und Kirchengebeten sowie von den Liedern des Gesangbuches. Es gibt viele andere Gesänge, die für die jetzigen Verhältnisse passen würden, z. B.: „Wir treten zum Beten . .“, „Wachet auf, ruft uns der Wächter . .“ usw. Indessen, sie dürfen nicht gesungen werden, da sie im Gesangbuch nicht enthalten sind. Gegen diese Lieder ist — auch seitens des Konsistoriums — nichts einzuwenden.

Nach genügender Unterstützung des Antrages wurde er der liturgischen Kommission zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

XIV. Abgeordneter **Struve** trug zur Begründung eines selbständigen Antrages vor: Der Antrag, den ich stellen will, erscheint auf den ersten Blick in den jetzigen Verhältnissen nicht angebracht. Aber er hängt dennoch mit der durch den Krieg geschaffenen Not zusammen, und man soll nicht unterlassen, bessernde Hand an veraltete Einrichtungen zu legen. Mancher Geistliche bedarf der Erholung; Vertretung kann er aber schwer beschaffen. Die Sorge dafür ist den Opferleuten und Organisten bereits abgenommen. Das sollte auch bezüglich der Geistlichen geschehen.

Der Abgeordnete verlas darauf den Antrag:

„Synode wolle die Kirchenregierung ersuchen:

Maßnahmen zu treffen, um die Geistlichen von der Verpflichtung, bei ihrer Beurlaubung für ihre Vertretung zu sorgen, und bei Erkrankung die Reisekosten usw. für den Vertreter zu tragen, zu entbinden.“

Abgeordneter **Struve** fortjährend: Ich habe noch einen Antrag zu stellen.

Dem Landtage ist der Entwurf eines Gesetzes, die Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Landes-Warwitwen-Verorgungsanstalt betreffend, zugegangen. Diese Änderung bezweckt die Vereinigung des Reservefonds der Anstalt mit ihrem Kapitalvermögen. Aus der Begründung des Entwurfes ist zu entnehmen, daß die laufenden Einnahmen (112 000 M.) stets den Zwecken der Anstalt genügen werden, die etwa 108 000 M. erfordern.

Trotzdem besteht noch immer die Bestimmung, daß die Geistlichen zur Entrichtung eines Zwölftels vom Dienst Einkommen und der laufenden Beiträge der Teilnehmer der Anstalt verpflichtet sind. Diese Vorschrift ist überflüssig.

Daher stelle ich den Antrag:

„Synode wolle die Kirchenregierung ersuchen:

Gesetzliche Maßnahmen herbeizuführen, um die Geistlichen für immer von den Abgaben eines Zwölftels vom Dienst Einkommen und der laufenden Beiträge zu der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt zu befreien.“

Beide Anträge wurden nach genügender Unterstützung der kirchenrechtlichen Kommission zur Berichterstattung überwiesen.

XV. Das gleiche geschah mit dem Entwurfe eines Kirchengesetzes über die Einberufung der 12. ordentlichen Landessynode nebst Begründung — Drucksache 8.

XVI. Zwei weitere Anträge verlas der Abgeordnete **Drude**:

1. „Herzogl. Konsistorium wolle für die Zeit, da Pfarrer zum Seeressdienste eingezogen sind, die Geldentschädigungen, welche die betreffenden Pfarrinhaber für Fahrten zur Abhaltung von Gottesdiensten in den Filialen pfarranschlagsmäßig erhalten, zur Bestreitung der Kosten zur Verfügung stellen, die durch die Fahrten des stellvertretenden Geistlichen zu den Gottesdiensten in den ihrer Pfarrer beraubten Parochien entstehen.“
2. „Herzogl. Konsistorium wolle für die Geistlichen, welche zum Seeressdienste einberufene Pfarrer in ihrem Amte vertreten, eine angemessene Entschädigung baldigst zu erwirken suchen.“

und begründete sie:

Beide Anträge sind durch die Kriegsnot hervorgerufen.

Transportkosten für Fahrten nach den Filialen stehen wohl den Geistlichen, nicht aber ihren Stellvertretern zu. Nach Auskunft des Konsistoriums fallen die entstehenden Unkosten den Gemeinden zur Last, die sich indessen weigern, sie zu tragen. Daher sind die stellvertretenden Geistlichen gezwungen, die Wege zu Fuß zu machen. Das ist manchem nicht zuträglich, und mehrere sind bereits infolgedessen erkrankt. Es liegt kein Grund vor, weshalb der Anspruch auf die Beförderungskosten nicht auf die Stellvertreter übertragen werden sollte. Schwierigkeiten sind nicht vorhanden.

Angemessen ist es, den Vertretern eine genügende Entschädigung zu gewähren, wie es in Preußen bereits der Fall ist. Einzelne Amtsbrüder sind seit zwei Jahren eingezogen. Der Vertreter hat Unkosten für Verpflegung. Zu berücksichtigen ist auch, daß er bei dem Besuche der Filialen den Unbilden von Wind und Wetter ausgesetzt ist.

XVII. Die Anträge wurden, nachdem die Unterstützungsfrage bejaht war, der kirchenrechtlichen Kommission zum Bericht überwiesen, während die Aufstellung der Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Gesangbuchs fonds (Drucksache 9, vgl. Sitzungsbericht 1, IX, 6) und die unter den Eingängen (IX, 7) näher bezeichnete Bittschrift des Landes-Predigervereins — erstere auf Anregung des Abgeordneten Perl — die liturgische Kommission zur Berichterstattung erhielt.

XVIII. Der **Vorsitzende** teilte darauf mit, daß soeben eine vom Abg. Struve unterschriebene „Bittschrift des Ausschusses der Kirchlichen Arbeitsgemeinschaft um Herbeiführung von Änderungen in Gesetzgebung und Verwaltung zwecks Beseitigung der schweren sittlichen Schäden durch öffentliche und geheime Prostitution“ eingegangen sei, wies kurz auf ihren Inhalt hin und verlas die auf der Eingabe befindlichen, aber nur abschriftlich wiedergegebenen Namen der Mitglieder des bezeichneten Ausschusses. Diese Bittschrift wurde dem Vorschlage des Abgeordneten Gerlich entsprechend der kirchenrechtlichen Kommission zur Berichterstattung überwiesen.

XIX. Auf Anregung des **Vorsitzenden** beschloß die Versammlung, an Seine Maj. Hoheit den Herzog ein Huldigungstelegramm zu richten, dessen Fassung sie dem Vorsitzenden übertrug.

XX. Hierauf verkündete der **Vorsitzende** die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die er auf Mittwoch, den 29. November 1916, vormittags 10¹/₄ Uhr, anberaumte, und schloß die Sitzung.

Kaulitz, Gerichtsassessor,
protokollführender Sekretär.

Sitzungsbericht 2

vom 29. November 1916.

Verhandlungen der außerordentlichen Landessynode des Herzogtums Braunschweig,

Gegenwärtig:

die Mitglieder der Landessynode mit Ausnahme des Abgeordneten **Meier**, Zweidorf,
als Regierungskommissar **Se. Excellenz Staatsminister Wolff**,

als Vertreter des Herzogl. Konsistoriums Konsistorialpräsident **Sievers** und Konsistorial-
Vizepräsident, **Abt Moldenhauer**, sowie
der Sekretär.

I. Nach Verlesung eines Schriftwortes durch den Abgeordneten **Degering** gab der **Vorsitzende** die Eingänge bekannt:

1. Eingabe der Nationalvereinigung der Evangelischen Jünglingsbündnisse Deutschlands E. V. in Barmer nebst Abschrift einer an den Herrn Reichskanzler gerichteten Eingabe über militärische Jugendvorbereitung und nebst Abdruck eines Auszuges aus den Verhandlungen der Nationalvertreterversammlung in Bielefeld,
2. Schreiben des Ausschusses für die Aufstellung „Heinrichs des Löwen in Eisen“ in Braunschweig, enthaltend die Anregung, daß die Mitglieder der Landessynode sich an der Nagelung beteiligen möchten.

Gene Eingabe legte der Vorsitzende zur Kenntnisnahme aus, zu dieser äußerte er sich dahin, die Mitglieder der Synode möchten von den Tagesgebern je 3 M. stehen lassen und das Präsidium mit der Verfügung über den auf diese Weise gesammelten Betrag betrauen. Der Vorschlag fand allseitige Billigung.

II. Sodann erteilte der Vorsitzende dem Abgeordneten Meier-Zweidorf für den 28. und 29., dem Abgeordneten Strube für den 29. und dem Abgeordneten Heine — soweit erforderlich — für den 30. November und den 1. Dezember 1916 Urlaub.

III. Die Versammlung trat in die Tagesordnung ein. Zu ihrem ersten Punkte: „Bericht der Wahlprüfungskommission über die Ergänzungswahlen“ nahm als Berichtserstatter der bezeichneten Kommission der

Abgeordnete **Strube** das Wort: Zur Vorbereitung des Wahlprüfungsverfahrens der durch Höchstes Wahlausschreiben vom 15. September d. J., veröffentlicht am 23. desj. M., angeordneten Ergänzungswahlen zum Erjaze der seit dem Schlusse der 11. ordentlichen Landesynode ausgeschiedenen Mitglieder sind mit der Wahlakten der 7 neu gewählten Mitglieder am 16. Oktober zur Prüfung überandt.

Über den Befund berichte ich, wie folgt: Herzogl. Konsistorium hat durch Verfügung vom 21. September d. J. darauf hingewiesen, daß die behufs Wahl von Abgeordneten zu der 11. ordentlichen Landesynode im Jahre 1912 gewählten weltlichen Wahlmänner auch für die jetzt erforderlich gewordenen Ergänzungswahlen zuständig seien, und daß nur da, wo der betreffende Wahlmann inzwischen verstorben oder sein Mandat durch Verlust der Eigenschaften, durch welche es erworben werden konnte, oder durch die Erklärung, daß das Mandat aufgegeben sei, erloschen sein sollte, ohne Verzug die anderweite Wahl eines weltlichen Wahlmannes vorzunehmen sei. Es waren aber außer in den hier angeführten Fällen überall da Erjatzwahlen der Wahlmänner vorzunehmen — und sind tatsächlich vorgenommen, wo der 1912 gewählte Wahlmann zum Kriegsdienst eingezogen und somit behindert war, seiner Wahlpflicht zu genügen.

Das Wahlausschreiben datiert vom 15. September d. J., die Bekanntmachung desselben im Amtsblatte vom 21., doch ist die betreffende Nummer des Amtsblattes den Vorsitzenden des Kirchengemeinderats erst am 26. September zugegangen. Somit blieb ihnen für die Vornahme der Wahl der Wahlmänner nur sehr beschränkte Zeit übrig, da die Wahlen zur Landesynode in der Zeit vom 1. bis 8. Oktober vorgenommen werden sollten. Für einige ländliche Wahlkörper war auf eine wünschenswerte Beteiligung an der Wahl nur zu rechnen, wenn diese an einem Sonntage, dem Erntedankfesttage, stattfinden konnte. Bei dieser Sachlage war es für die meisten Vorsitzenden des K. G. K. schwer, wenn nicht unmöglich, die in § 34 III der K. G. O. gegebenen Vorschriften (Einladung schriftlich und eine Woche vor der Versammlung) zu erfüllen, wie die meisten Wahlprotokolle von Wahlmännern ausweisen.

Zu den Wahlmänner-Wahlen sind wieder die alten, noch vor Erlaß der K. G. O. gedruckten Formulare für Wahlprotokolle benutzt worden, mit dem Erfolge, daß in zahlreichen Fällen die alten statt der neuen Bestimmungen bei der Wahl Platz gegriffen haben. So haben in vielen Fällen die Vorsitzenden des K. G. K. ihre Stimme nicht mit abgegeben, obgleich sie nach den Bestimmungen der K. G. O. dazu berechtigt waren. Auch § 37 K. G. O. ist vielfach übersehen, wie aus den Unterschriften der Protokolle ersichtlich wird. Alle diese Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen sind aber für die Wahl der Wahlmänner, die fast alle mit großer Mehrheit gewählt sind, bedeutungslos geblieben und haben auch in den Fällen, wo die Wahl eines Wahlmannes ernstlich zu beanstanden gewesen wäre, keinen Einfluß auf die Erjatzwahlen zur Landesynode ausüben können, weil die Zahl der Erjatzmänner nur gering war und den großen Mehrheiten der Gewählten kaum hätte Abbruch tun können. Die Synodalkwahlen selbst sind mit einer Ausnahme den gesetzlichen Vorschriften gemäß verlaufen.

In Braunschweig—Stadt sind gewählt:

Geheimer Justizrat Semler mit 28 von 31 abgegebenen Stimmen
und

Landgerichtsrat a. D. Kulemann mit 26 von 31 abgegebenen Stimmen.

Hierbei waren 7 neue Wahlmänner tätig.

In Braunschweig—Land sind gewählt:

Landwirt Meier-Zweidorf mit 44 von 46 abgegebenen Stimmen.

Dabei waren 11 neue Wahlmänner beteiligt.

In Gandersheim sind gewählt:

Generalsuperintendent Drude mit 62 von 64 abgegebenen Stimmen,

Antmann Hartmann " 52 " 74 " "

Fabrikdirektor Heine " 74 " 74 " "

unter Beteiligung von 9 neuen Wahlmännern.

In Blankenburg:

Superintendent Palmer mit 29 von 41 abgegebenen Stimmen bei 7 neuen
Wahlmännern.

Die Gewählten haben sämtlich angenommen.

Im Anschluß an die Entschließung der Wahlkörper und des Synodalausschusses stelle ich namens der Wahlprüfungskommission den Antrag:

„Die Landesynode möge über die Formfehler hinwegsehen und die Wahlen
für gültig erklären.“

Nachdem die Beratung hierüber eröffnet war und niemand um das Wort gebeten hatte, beschloß die Versammlung antragsgemäß.

IV. Bei der Beratung des Rechenschaftsberichts des Synodalausschusses äußerte der Abgeordnete **Runze**:

Der Ausschuß hat der außerordentlichen Synode einen Bericht erstattet. Man könnte fragen: Wie kommt er dazu? Ist er dazu verpflichtet? Ist er dazu berechtigt?

In § 27 letzter Absatz des Gesetzes über Errichtung einer Landesynode heißt es: „Über seine Wirksamkeit hat der Synodalausschuß der nächsten ordentlichen Versammlung der Landesynode Bericht zu erstatten.“ Also nur an die ordentliche Synode soll sein Bericht gehen; die jetzt tagende ist aber eine außerordentliche. Indessen muß man bei diesen zwischen den gewöhnlichen und den besonderen unterscheiden. Wir bilden eine der letzteren Art; denn sie tritt an die Stelle der 12. ordentlichen Synode. Daher bestand auch für den Ausschuß die Pflicht, über seine Tätigkeit der jetzigen außerordentlichen Synode zu berichten. Will man die Worte nicht drücken und drängen, so muß man meiner Auffassung beitreten. Über das Recht des Ausschusses, den Bericht zu erstatten, kann wohl kein Zweifel bestehen. Sollte meine Ansicht von der Versammlung abgelehnt werden, so wäre es sehr zu bedauern; dann wäre der Bericht zwecklos. Der Ausschuß hielt ihn jedenfalls für erforderlich.

Konsistorialpräsident **Sievers**: Die Erstattung des Rechenschaftsberichts an die außerordentliche Synode ist eine Abweichung von der Vorschrift aus § 27 des Gesetzes über Errichtung einer Synode. Aber wenn diese mit dem Verfahren sich einverstanden erklärt — die Kirchenregierung gibt ihre Zustimmung.

Der **Vorsitzende** stellte das Einvernehmen der Versammlung mit dem Vorgehen des Ausschusses fest und eröffnete die Beratung über § 1 des Berichts. Während hierzu niemand das Wort ergriff, äußerte sich zu § 2 der

Abgeordnete **Kunze**: Am Schlusse des § 2 wird auf die Ausmerzungen der Fremdwörter hingewiesen. Ich wünsche, daß sie aus allen Gesetzestexten verschwinden. Das Wort „Missilitieren“ zu beseitigen hat sehr viel Mühe gekostet; das Konsistorium scheint ordentlich darin verliert zu sein. Aber es ist farblos. Von Höchster Stelle wurden Vorschläge zu seinem Erlasse gemacht, die jedoch unannehmbar waren. Die Synode hat den Ausdruck „Mitwirken“ gewählt. Das ist ein gutes Wort. Der Geistliche wirkt mit, er assistiert nicht. Das Konsistorium kann mit dem Tausch zufrieden sein.

Es ist überhaupt ein eigen Ding mit den Fremdwörtern. Als i. Jt. der selige Stephan sie abschaffen und durch deutsche ersetzen wollte, wurde gelächelt. Aber wer spricht heute noch von „Rekommandieren“? Das versteht kein Mensch mehr; man sagt „Einschreiben“. Die Fremdwörter sind bald zu beseitigen. Man denke nur an „Adieu“. Verabschiedet sich jemand hiermit, so klingt ein „Auf Wiedersehen“ zurück. Das „Formular“ ist zum „Vordruck“ geworden. Schwierigkeiten, die fremden Ausdrücke zu beseitigen, bestehen nicht; für jeden gibt es ein gutes deutsches Wort. Viele behaupten, das Wort „Interesse“ ließe sich nicht übersezen. Was bezeichnet man überhaupt damit? Es ist nichts als eine billige Scheidemünze, die stets gebraucht wird, wenn sich etwas auch nur fingerbreit über das gewöhnliche Maß erhebt. Für „Interesse“ gibt das Buch des Deutschen Sprachvereins allein 37 Möglichkeiten der Wiedergabe an. Daraus ist doch zu entnehmen, daß jeder fremdländische Ausdruck ersetzt werden kann. Aber manche sind verliert in die Fremdwörter, sie erblicken eine Bereicherung der deutschen Sprache darin. Das ist grundfalsch. Wenn man etwas beweisen will, so muß man gründlich auf die Sache eingehen, und deshalb schildere ich Ihnen einige Erlebnisse, bei denen der Mißbrauch, der mit den Fremdwörtern getrieben wird, sich deutlich zeigt.

Nachdem der Redner dies getan hatte, wurde er von dem **Vorsitzenden** gebeten, seine Ausführungen mit Rücksicht auf die zu Gebote stehende Zeit einzuschränken.

Abgeordneter **Kunze** fortsetzend: Der Kampf gegen die Fremdwörter entspringt einem Herzensbedürfnis, und daher bin ich sehr ausführlich geworden. Das schadet nichts; denn der Gegenstand verdient eine eingehende Behandlung. Bekommt man doch sogar aus den Schützengräben Anfragen: Wo lernt man gutes Deutsch? Darauf kann man nur antworten: In den Heeresberichten und in den Erlassen des Deutschen Kaisers.

Aber nicht den Fremdwörtern allein gilt mein Kampf, auch den Kanzleiausdrücken. Auch sie müssen verschwinden; sie beschweren die Sprache. So findet sich in einem einzigen Sage eines Gesetzes viermal das Wort „derselbe“. Schachtelsätze sind ebenfalls streng zu vermeiden; sie verhindern die Übersicht. Gesetze und Verordnungen werden deshalb noch nicht wie Novellen geschrieben; einen solchen Wunsch, den mir gelegentlich ein guter Freund unterstellte, hege ich nicht.

Ich bitte — ohne einen Antrag stellen zu wollen — die Kirchenregierung, dafür zu sorgen, daß alle Fremdwörter und Kanzleiausdrücke vermieden werden und gutes Deutsch geschrieben wird.

Vorsitzender: Ich unterschätze die Bedeutung der Ausführungen des Abgeordneten **Kunze** nicht im mindesten. Auch ich bin ein Feind der Fremdwörter und hoffe, daß die Bitte des

Vorredners nicht vergeblich getan ist. Aber die Zeit für unsere Verhandlungen ist knapp bemessen; daher ersuche ich alle Herren, sich kurz zu fassen.

An die Worte des Abgeordneten Kunze anknüpfend, stellte der Abgeordnete Ziegeler den schriftlich unterstützten Antrag:

„Die Landessynode wolle beschließen, an die Kirchenregierung den Antrag zu stellen, daß alle in bezug auf die Kirche, die kirchlichen Ämter und Einrichtungen bisher gebräuchlichen Fremdwörter durch sinngemäße, z. T. schon in anderen Landeskirchen gebräuchliche gute deutsche Bezeichnungen ersetzt werden“,

und begründete ihn:

Ich bin über die feurigen Worte des Abgeordneten Kunze hoch erfreut. Ich möchte sie durch meinen Antrag für die Landeskirche fruchtbar machen.

In dieser ernststen Kriegszeit bestimmen wir uns und kehren zu urdeutscher Art zurück. Deutschland steht gegen die ganze Welt. Da soll auch das deutsche Wort herrschen.

Abgeordneter **Bertl**: In § 2 des Berichtes ist die Rede von Dingen, deren Regelung sehr wünschenswert ist, nämlich von den Gebühren der Geistlichen bei Vornahme von Amtshandlungen und von denen der Lehrer für die Mitwirkung bei den an Wochentagen stattfindenden Taufen, Trauungen und Beerdigungen.

Die Gebühren der Geistlichen sind zwar durch das Kirchengesetz vom 11. Juni 1913 und eine dazu erlassene Kirchenverordnung festgesetzt. Aber es bestehen in einer Hinsicht Zweifel über sie. Der Geistliche ist nämlich berechtigt, bei Begräbnisfeierlichkeiten, die im Hause stattfinden, 5 *M.*, und bei solchen außerhalb desselben 3 *M.* zu erheben. Wollen die Leidtragenden nur diesen Betrag bezahlen, so ist der Geistliche gezwungen, die Feierlichkeit auf dem Friedhofe bei jedem Wind und Wetter — eine Friedhofskapelle ist auf dem Lande häufig nicht vorhanden — abzuhalten. Früher geschah dies stets im Hause. Aber jetzt darf das nicht mehr geschehen, da sonst die höhere Gebühr fällig ist, welche die Leidtragenden nicht entrichten wollen. Diese würden zwar mit der Hausfeierlichkeit einverstanden sein, wenn sie nur den geringeren Satz zu zahlen hätten. Würde der Pfarrer sich mit diesem einverstanden erklären, so würde er — streng genommen — gegen das Gesetz verstoßen. Zwar ist ihm das Recht beigelegt, die Gebühr zu erlassen, aber doch nur im Falle der Bedürftigkeit des Zahlungspflichtigen. Diese ist indessen nicht immer ausschlaggebend für die Entscheidung, daß die Feierlichkeit außerhalb des Hauses stattfinden soll.

Das Folgende bezieht sich auf Ziffer 4 des § 1: „Gebühren für Mitwirkung der Lehrer bei an Wochentagen stattfindenden Taufen usw.“ Ob hierüber eine kirchengesetzliche Bestimmung getroffen werden muß, will ich nicht beurteilen. Jedenfalls herrscht Unsicherheit, inwieweit die früher bestehenden Gebühren noch erhoben werden dürfen. In der Begründung des „Entwurfes eines Kirchengesetzes zu einzelnen Bestimmungen des Gemeindeschulgesetzes“ ist gesagt, daß die Landesregierung gewünscht hätte, die Höchstvergütung von 450 *M.* bei allwöchentlichem Dienst allgemein zu gewähren, und im Gemeindeschulgesetz selbst ist die Vergütung auf 450 *M.* festgesetzt, wenn der Kirchendienst eines Lehrers regelmäßig alle Sonntage vormittags und nachmittags zu leisten ist. Nun ist den beteiligten Kreisen nicht klar, ob den Lehrern für besonders häufige Mitwirkung oder für solche an Wochentagen oder für solche besonderer Art Gebühren zustehen. In meiner Gemeinde z. B. wird für kirchendienstliche Leistungen des Lehrers an Wochentagen gezahlt.

Vol. An-
lage 25 zum
Protokoll 2
der 11. ordent-
lichen Lande-
synode.
(§ 50 3. 4)

Daher richte ich an die Kirchenregierung nachfolgende Anfragen:

1. Darf der Geistliche, wenn er im eigenen Interesse die Begräbnisfeier im Hause abhalten will, die Zahlungspflichtigen aber nur 3 *M* entrichten wollen, sich mit diesem Satze zufriedengeben?
2. Sind die Lehrer berechtigt, für Hilfeleistungen bei kirchendienstlichen Handlungen an Wochentagen regelmäßig Gebühren zu erheben?

Konfistorialpräsident **Sievers**: Die erste Frage ist unbedenklich zu bejahen; nur ist die Ermäßigung der Gebühr von der Zustimmung des Kirchenvorstandes abhängig.

Was die Gebühren der Lehrer anbetrifft, so kann ich nur erwidern, daß das Konsistorium hierüber einen Gesetzentwurf ausgearbeitet und dem Staatsministerium eingereicht hat. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen.

Abgeordneter **Berl**: Also der Kirchenvorstand muß seine Einwilligung zur Herabsetzung der an sich fälligen Gebühr erteilen. Das wird mitunter schwer zu erreichen sein. Die Bedenken bleiben demnach bestehen.

Abgeordneter **Struve**: Die letzte Synode hatte sich dahin ausgesprochen, daß den Lehrern für Orgelspiel in der Woche eine Entschädigung zu zahlen sei. Ich hatte dabei aber nur an stark beschäftigte Lehrer gedacht. Meiner Ansicht nach sind im Regelfalle keine Gebühren zu zahlen.

Vgl. Verhandlungen
der
11. Landes-
synode
S. 105.

Zum Antrage des Abgeordneten Ziegeler äußerte sich Abgeordneter **Witten**: Der Antrag des Abgeordneten erscheint mir zu weitgehend. Es ist doch ausgeschlossen, daß alle früheren Gesetze und Verordnungen auf Fremdwörter durchgeprüft und diese daraus beseitigt werden. Soweit der Antrag sich auf die Zukunft richtet, bin ich mit ihm einverstanden.

Abgeordneter **Ziegeler**: Ich will nicht, daß eingebürgerte Worte ausgeschieden werden. Es ist nicht richtig, hier mit eisernem Besen auszufahren. Aber es gibt oftangewandte Worte, die in das Volksempfinden nicht eingedrungen sind, so Generalsuperintendent, Konsistorium. Derartige Bezeichnungen müssen ausgemerzt werden. Dazu besteht die Möglichkeit. Bestimmte Vorschläge will ich nicht machen. Aber kirchliche und amtliche Benennungen müssen übersetzt werden, und zwar sinngemäß. Warum soll man für Generalsuperintendent nicht Abt oder Bischof sagen? Wo der neue Ausdruck nicht sogleich in allen Beziehungen paßt, wird ihm mit der Zeit die richtige Bedeutung beigelegt werden.

Abgeordneter **Kunze**: Ich hatte lediglich gebeten, Fremdwörter und Kanzleiausdrücke aus Gesetzesvorlagen herauszulassen. Daraus ergibt sich, daß die Bedenken des Abgeordneten Witten, soweit sie gegen meine Worte gerichtet waren, nicht bestehen können.

Vorsitzender: Wenn der Antrag Ziegeler angenommen werden sollte, so erwarten wir nicht, daß die Kirchenregierung alle bestehenden Gesetze usw. auf Fremdwörter prüft.

Darauf wurde die Beratung geschlossen und der Antrag Ziegeler angenommen.

Zu § 3 ergriff als Berichterstatter der Kommission der Abgeordnete **Schomburg** das Wort: Der Sitzung der Kommission wohnte seitens des Konsistoriums Vizepräsident **Abt**

Moldenhauer bei. Aus seinen Erklärungen teile ich mit, daß von den Kunstgesangbüchern in zwei Jahren für etwa 1100 M verkauft sind, d. h. im Jahre etwa 50 Stück. Das ist eine bedauerlich geringe Zahl. Das Konsistorium ist um ihre Erhöhung bemüht und hat durch Schreiben vom 17. Mai d. J. ausgesprochen:

„Wir haben deshalb bereits seit längerer Zeit Mittel und Wege in Erwägung genommen, einen besonderen Absatz des Kunstgesangbuches herbeizuführen. Jedoch erscheint die jetzige Zeitslage wegen der durch den Krieg herbeigeführten Verhältnisse nicht geeignet, ein sicheres Urteil über die Notwendigkeit einschneidender Änderungen an den für seinen Vertrieb bestehenden Bestimmungen behufs der Abhilfe des unzulänglichen Absatzes zu gewinnen. Wir haben uns deshalb bisher darauf beschränkt, einer Anregung des Verlanges nachgebend, zu genehmigen, daß im Herbst dieses Jahres den guten Buch- und Papierhandlungen ein Exemplar mit Rücksendungsrecht geliefert wird, damit diese Ausgabe des Gesangbuches den Käufern von Gesangbüchern regelmäßig mit vorgelegt wird, um auf diese Weise das Interesse der Verkäufer an dem Vertriebe des Kunstgesangbuches zu heben und weitere Kreise mit der Beschaffenheit der Kunstausgabe bekannt zu machen. Zur Beratung weiterer Mittel und Wege, die geeignet sind, einen besseren Absatz des Kunstgesangbuches herbeizuführen, wobei auch die in der Eingabe angeführten in Erwägung gezogen werden können, werden wir demnächst den Landesynodalausschuß zu einer gemeinsamen Sitzung mit uns berufen.“

Die Kommission ist im Zweifel, ob der vom Konsistorium eingeschlagene Weg zum Ziele führt. Sie gibt deshalb für den Fall, daß in absehbarer Zeit eine Steigerung des Absatzes nicht zu erwarten ist, anheim, weitere Maßregeln zu ergreifen.

Konsistorial-Vizepräsident **Abt Moldenhauer**: Daß die Kunstgesangbücher nur in geringem Umfange verkauft werden, ist bedauerlich. Man muß indessen bedenken, daß ihr Erscheinen in eine äußerst ungünstige Zeit fiel. Eine Überlastung des Gesangbuchfonds durch ihren Nichtverkauf ist nicht zu befürchten. Denn die dadurch entstandenen und entstehenden Mindereinnahmen werden durch die höhere Abgabe der anderen Ausgabe wettgemacht. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß die vom Konsistorium angewandten Mittel wirken. Die Kunstgesangbücher müssen weiteren Kreisen bekannt werden. Der bewilligte größere Rabatt wird die Buchhändler veranlassen, das Publikum auf sie aufmerksam zu machen. Die schönen Bilder des Buches werden das Ihrige tun. Um sie zeigen zu können, ist den Buch- und besseren Papierhandlungen je ein Exemplar gegen Rücksendungsrecht zur Verfügung gestellt. Dadurch schon wird der Verkauf gehoben werden. Für den Fall, daß diese Hoffnung fehlschlägt, sind weitere Verhandlungen mit dem Ausschuß in Aussicht genommen, um einen gesteigerten Vertrieb in die Wege zu leiten. Indessen steht das Konsistorium auf dem Standpunkt, daß zu neuen Maßnahmen eben die Zeit nicht günstig ist.

Abgeordneter **Knopf**: Ich halte eine Bekanntgabe der Gesangbuchbilder in weiteren Kreisen für zweckmäßig. Aus der Drucksache 7, § 3 am Ende geht hervor, daß von ihnen Lichtbilder hergestellt sind. Diese sollten in den Gemeinden vorgeführt werden. Wenn sie die Eltern der Konfirmanden gesehen haben, würden sie sich dazu leichter verstehen, den Wunsch der Kinder nach einem Kunstgesangbuch zu erfüllen. Den Konfirmanden aber müßte anheimgegeben werden, sich ein Kunstgesangbuch zu wünschen. Die Zeitverhältnisse sind vielleicht für ein lebhafteres Anbieten nicht günstig. Indessen wird ihr Einfluß wohl überschätzt. Wer vor dem Kriege die größere Ausgabe für ein Kunstgesangbuch aufgewandt haben würde, wird es auch jetzt tun. Die mit religiösen Schriften — selbst teuren — handelnden Kolporteurs machen auf dem Lande noch immer ein gutes Geschäft. Ich gebe daher anheim, die Lichtbilder baldmöglichst fertigzustellen und sie in den Gemeinden vorzuführen.

Vgl. Druckf.
S. 6.

Nach dem Übergange zu § 4 wurde gleichzeitig in die Besprechung der Drucksache 9 (Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben sowie Vermögensnachweis des Landeskirchlichen Gesangbuchfonds) eingetreten.

Abgeordneter **Runze**: Ich weise darauf hin, daß für die Zahlen in § 4 der Drucksache 7 die Zeit seit dem Schluß der letzten Synode maßgebend gewesen ist, während sich die in der Drucksache 9 auf die Rechnungsjahre 1. April 1912/16 beziehen.

Zu dieser besonders zu berichten, hielt die Kommission nicht für erforderlich.

Da niemand zu diesem Punkte das Wort ergriff, wurde in der Besprechung der Drucksache 7 fortgefahren.

Zu § 5 äußerte sich der letztgenannte Redner zu Ziffer 3: Da der Ausschuß es für dringend wünschenswert hielt, daß bald Bestimmungen über den Kirchendienst der Opferleute erlassen würden, da die jetzt vorhandenen zahlreichen Unklarheiten und die völlig veraltete Dienstinstruktion von 1836 nur dazu angetan wären, Unzuträglichkeiten hervorzurufen, so haben wir unterm 2. Mai 1916 einen dahingehenden Beschluß zur Kenntnis des Herzoglichen Konsistoriums gebracht. Dieses hat uns in einem Rückschreiben vom 17. Mai 1916 Nr. 6662 zu verstehen gegeben, daß, „obgleich es das aner kennenswerte Bestreben des Synodalausschusses, die gedeihliche Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse der Landeskirche zu fördern, nicht verkenne, woraus die Beschlußfassung des Ausschusses nicht nur über den (den Vertrieb des Kunstgesangbuchs betreffenden) ersten, sondern auch über den zweiten der in der Eingabe vom 2. Mai berührten Gegenstände hervorgegangen sei, es doch glaube, im Hinblick auf den zweiten Gegenstand darauf hinweisen zu sollen, daß eine solche Beratung und Beschlußfassung, wie sie in diesem Falle vorliege, den gesetzlichen Bestimmungen gemäß nicht innerhalb des Bereichs der Zuständigkeit des Ausschusses der Landessynode liege.“

Es ist mir sehr zweifelhaft, ob das Konsistorium zur Erteilung einer solchen Antwort ein Recht hatte. Jedenfalls ist sie nicht geeignet, das Einvernehmen zwischen ihm und der Synode zu fördern; sie ist eine überzuckerte Pille. Der § 27, 1 des Gesetzes von 1871, die Errichtung einer Landesynode betreffend, spricht zwar davon, daß der Ausschuß „auf Erfordern“ der Kirchenregierung in Tätigkeit zu treten habe. Wenn sich das Konsistorium auf den Wortlaut dieser Bestimmung berufen will, so hat es zwar formell Recht, den Ausschuß in die ihm gesetzten Schranken zurückzuweisen. Dann aber muß man sich fragen: Was liegt denn eigentlich dem Ausschusse ob? Soll er denn nur bei wichtigen Geschäften und auch dann nur auf Anfordern sich äußern dürfen? Er kommt mir dann vor wie ein Mensch, der schläft und bisweilen angestoßen wird. Vorschläge muß der Ausschuß auch ohne Anfordern machen dürfen. Die Kirchenregierung mag erwägen, ob der Wirkungskreis des Ausschusses nicht wenigstens insoweit zu erweitern ist, als sie und das Konsistorium verpflichtet sind, seine Anträge anzunehmen.

Wir haben die Antwort des Konsistoriums nicht verdient. Wir haben doch nichts Unrechtes getan, wir haben es gut gemeint. Ich bitte, das Ersuchen zu überlegen.

Konsistorialpräsident **Sievers**: Der Wirkungskreis des Synodalausschusses ist in § 27 des Gesetzes von 1871 fest umschrieben. Weitere Befugnisse können ihm nur durch Beschluß der Synode erteilt werden, die ihm Vollmacht gibt. Ein Recht auf Initiative, ein Recht, Anträge zu stellen, wie er es hier gemacht hat, steht ihm keinesfalls zu. Das kann ihm auch nicht eingeräumt werden; er könnte sonst der Ansicht der Synode vorgreifen, die möglicherweise einen andern Standpunkt als er vertritt. Weise und klug ist die dem Ausschuß durch das Gesetz auferlegte Beschränkung.

Vgl. Drucksache 7 § 5, 3.

Abgeordneter Metemeyer: Ich kann die Stellungnahme des Herzoglichen Konsistoriums nur bedauern. Richtig ist zwar seine Auffassung von der gesetzlichen Vorschrift. Aber es geht denn doch zu weit, dem Ausschusse zu sagen: „Wir sind nicht in der Lage, die Anregung entgegenzunehmen.“ Eine solche Antwort setzt das Ansehen des Ausschusses herab. So sollte man nicht urteilen, wenn der Ausschuß den Wunsch hat, zu einer Frage Stellung zu nehmen. Er handelte in gutem Glauben, er hielt sich zu seinem Vorgehen berechtigt, auch ohne daß ihm Vollmacht dazu erteilt war. Wir werden nachher Gelegenheit nehmen, von diesem Rechte bei der Beratung des Gesetzesentwurfes über die Einberufung der nächsten ordentlichen Synode Gebrauch zu machen.

Konsistorialpräsident Sievers: Das Konsistorium verhält sich den Vorschlägen des Ausschusses gegenüber keineswegs immer ablehnend, wie ja aus §§ 2, 5^a der Drucksache 7 hervorgeht. Auf seine Anregungen hat es stets Antwort erteilt. Um eine solche handelt es sich aber nicht, sondern um einen Initiativantrag. Da mußte das Konsistorium den Ausschuß in freundschaftlicher Weise darauf aufmerksam machen, daß er sich außerhalb des Kreises seiner Befugnisse befand.

Abgeordneter Runze: Der Ausschuß hält sich zu Anregungen, gleich welcher Art, berechtigt. In anderen Fällen hat er Antworten erhalten. Da ist es nicht angängig, daß das Konsistorium ihn aus formellen Gründen abweist, weil sein Vorschlag nicht gefällt.

Abgeordneter Struve: Ein Vergleich zwischen Landtag und Synode, zwischen der Behandlung des Landtagsausschusses durch das Staatsministerium und der des Synodalausschusses durch das Konsistorium ist hier naheliegend. Er fällt sehr zuungunsten unseres Ausschusses aus. Wir kommen nur bei den Sachen zu Worte, die das Konsistorium für wichtig erachtet. Aber was ist wichtig? Wir verstehen darunter z. B. auch die Änderung der Inspektionsbezirke, wenn z. B. Seelen zu groß wird. Das Konsistorium verneint ihre Bedeutung. Eine Erweiterung des Geschäftsbereichs des Ausschusses, die auch ich befürworte, bedeutet gleichzeitig die der Synode selbst. Wenn einmal die Kirche eine parlamentarische Verwaltung hat, gibt es kein Zurück zur selbstherrlichen Verwaltung.

Die Synode wird ihrem Ausschusse genügende Vollmachten erteilen und dabei sehr vorsichtig zu Werke gehen. Doch auch hierbei ist es ja notwendig, daß die Kirchenregierung zustimmt.

Abgeordneter Rulemann: Es ist zu prüfen, ob das Verfahren des Konsistoriums bei den heutigen gesetzlichen Vorschriften zu billigen oder nicht und ob vielleicht ihre Änderung wünschenswert ist.

Ich muß zugeben, daß ich zunächst die gleiche Ansicht wie das Konsistorium hatte. Es ist indessen nach der Bedeutung des Wortes „Anregung“ zu fragen. Zu einem Gesetzesvorschlage kann die Regierung naturgemäß keine Stellung nehmen, ohne zuvor die Synode selbst gehört zu haben. Eine „Anregung“ jedoch kann von jeder Seite erfolgen; das kann niemand bestritten werden. Demnach können auch vom Ausschusse Anregungen ausgehen. Lediglich auf eine mißverständliche Auslegung des Wortes „Anregung“ ist die Haltung des Konsistoriums zurückzuführen. Die Annahme des Ausschußvorschlages war unbedenklich. Dem Einwande des Konsistorialpräsidenten kann ich nicht zustimmen. Es sind zwei ganz verschiedene Begriffe: Anregung und Gesetzesvorschlag. Diesen kann man auf die Eingabe des Ausschusses nicht anwenden. Durch ihre Annahme ist auch kaum ein Gegensatz zwischen ihm und der Synode zu befürchten gewesen. Seine Einwirkung in ihr ist doch immerhin von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Sollte meine Ansicht nicht geteilt werden, so kann ich nur den Worten der Abgeordneten beistimmen, die für eine Erweiterung der Befugnisse des Ausschusses eingetreten sind.

Abgeordneter **Knopf**: Ich habe an das Konsistorium eine bescheidene Bitte zu Ziffer 2 des Paragraphen zu richten. Es handelt sich um die Zusammenlegung kleinerer Superintendentenbezirke. Ich selbst habe sechs Gemeinden zubezogen. Zwar habe ich nicht angenommen, daß darüber der Ausschuß zuvor gehört sei. Indessen halte ich eine zuvorige Benachrichtigung des in Frage kommenden Superintendenten für angemessen. Ich habe aber keine schriftliche Mitteilung oder Aufforderung erhalten, dem Superintendenten Göbel einen Teil seiner Geschäfte abzunehmen. Ich habe von der Verlegung nur durch die Zeitung erfahren. Ich bitte Herzogliches Konsistorium, in Zukunft den zuständigen Superintendenturen von Erweiterungen und Verringerungen ihres Dienstbezirkes Kenntnis zu geben.

Nach Übergang zu § 6 ergriff der Abgeordnete **Struve** das Wort zu Ziffer 2 desselben: Die Antwort, welche uns auf unsere Anfrage vom Herzogl. Konsistorium bzw. vom Herzogl. Staatsministerium zugegangen ist, kann als befriedigend nicht bezeichnet werden.

Vol Druck-
sache 7
§ 6 3. 2.

Nachdem sich zu § 7 niemand zum Wort gemeldet hatte, wurde die Besprechung der Drucksache 7 für abgeschlossen erklärt.

V. Den Bericht der kirchenrechtlichen Kommission über den Entwurf eines Kirchengesetzes, die Einberufung der 12. ordentlichen Landesynode betreffend, — Drucksache 8 — erstattete der

Abgeordnete **Kulemann**: Die kirchenrechtliche Kommission ist sofort zur Beratung zusammengetreten. Sie ist nicht nach den Vorschriften der Geschäftsordnung verfahren; sie hat mangels Zeit die nach § 23 der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Mitteilungen unterlassen. Indessen hege ich keine formellen Bedenken, da der konsistorial-Vizepräsident Abt Mosdenhauer Kenntnis von unserer Beratung erhalten hatte und ihr beigewohnt hat.

Was die Sachlage anbetrifft, so erchiene von vornherein Gegenjage unvermeidlich. Es wurde von Mitgliedern berichtet, daß über die Nichteinberufung der ordentlichen Synode starke Mißstimmung herrsche; sie solle augenscheinlich ausgeschaltet werden. Der Landtag dagegen werde einberufen. Die Arbeit der Synode liegt auf kirchlichem, die des Landtages auf staatlichem Gebiete. Hier kann manches, das großer Beschleunigung nicht bedarf, zurückgestellt werden. Aber die Aufgaben der Kirche liegen auf sittlich-religiösem Gebiet; da gibt es kein Aufschieben. Ist eine erledigt, tritt eine andere hervor. In der Kommission ist auf die Eröffnungsrede hingewiesen. In ihr wurden die Erscheinungen der Kriegszeit geschildert. In den ersten Monaten überwog das Gefühl der Opferfreudigkeit, des Aufgehens in den Zwecken und Zielen des Vaterlandes. Jetzt machen sich Habgucht und Mißgunst breit, Gefühlsäußerungen, die auf sittlichem Gebiete liegen. Ein zweiter Punkt ist die zunehmende Verrohung der Jugend, und schließlich gedachte die Predigt noch der Fülle der sozialen Arbeit, die ihrer Erledigung harret.

Aus den Schützengräben werden Briefe religiösen Inhalts in die Heimat gesandt. Selbst die Sozialdemokratie erkennt ein Wachsen des religiösen Gefühls an. Diesen Umstand müssen die Organe des kirchlichen Lebens nutzen. Jetzt müssen sie ihren Einfluß geltend machen; später ist es vielleicht nicht mehr möglich.

Diese Sachlage hat die Kommission zu der Auffassung gebracht, daß die Synode, die parlamentarische Vertretung der evangelischen Kirche, nicht ausgeschaltet werden dürfe. Die Regierung und insbesondere das Konsistorium haben nicht beachtet, daß das geplante Gesetz dieses bewirken würde, daß aber für die Kirche in sittlich-religiöser Beziehung große Aufgaben

ihrer Lösung harren. Der Vertreter des Konsistoriums hat in der Kommission erklärt, daß nur äußere Gründe den Gesetzesentwurf veranlaßt hätten, daß er im übrigen unsere Darlegungen als richtig anerkenne.

Erfreulich ist, daß demnach nur ein Mißverständnis vorliegt, daß ein Beiseiteschieben der Synode nicht beabsichtigt ist. Aber die Kommission hat sich nicht überzeugen können, daß lediglich äußere Umstände die Regierung zur Einbringung des Gesetzes veranlaßt haben. Die Ausführung in seiner Begründung, daß als Verhandlungsgegenstand für die ordentliche Synode nur die Beratung der zu machenden eingehenden Mitteilungen über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche übrigbleiben würde, läßt darauf schließen, daß in dieser Beziehung die Mitwirkung der Synode für überflüssig erachtet wird, daß sie ausgeschaltet werden soll.

Nachdem nunmehr der Zweck des Gesetzes festgestellt ist, erhebt sich die Frage: Wie will man die Rechte der Synode schützen?

Das Nächstliegende ist, die Vorlage abzulehnen. Doch daran hat die Kommission nicht ernstlich gedacht. Das würde bei der Kürze der Zeit, die für die Verhandlungen dieser außerordentlichen Synode zur Verfügung steht, untunlich sein; ein neuer Entwurf könnte nicht eingebracht werden. Außerdem würde die Ablehnung der Vorlage nur unnötige Verbitterung zwischen Kirchenregierung und Synode erregen. Aber auch eine Annahme des unveränderten Entwurfes war ausgeschlossen. An der Forderung, daß die ordentliche Synode so bald wie möglich einberufen wird, müssen wir festhalten. Deshalb hat die Kommission einen Worteratz vorgenommen und für „erst“ „spätestens“ eingestellt. Wird dieser Vorschlag angenommen, so ist der Schlußsatz des Art. I überflüssig. Der Vertreter des Konsistoriums hat der Kommission gegenüber ausgesprochen, es sei die Absicht der Kirchenregierung, die ordentliche Synode so früh wie möglich und, sobald es erforderlich sei, einzuberufen.

Durch die geplante Änderung tritt eine Verschiebung des Zusammenhanges ein. Nach dem Entwurfe war die Einberufung der ordentlichen Synode für 1920 das Normale, eine frühere wurde nur durch außergewöhnliche Umstände gerechtfertigt. Das Umgekehrte lag in der Absicht der Kommission, und diese Absicht kommt im Gesetze selbst zum Ausdruck, wenn der gestellte Antrag angenommen wird. Sachlich ist zwar nichts geändert; denn nach wie vor bestimmt die Regierung allein den Zeitpunkt des Zusammentretens der Synode.

Die Kommission beschloß, noch einen Schritt weiter zu gehen und die Mitwirkung des Ausschusses einzufügen. Hier taucht nochmals die Frage auf, ob der Ausschuß eine selbständige Stellung erhalten soll. Die Kirchenregierung muß sich jetzt dazu entscheidend äußern. Ihre Rechte werden gewahrt. Will sie dem Ausschuß nicht die Befugnis einräumen, wie sie die Landessynode hat und wie sie in Vorschlag gebracht wird, so ist ein Mißverständnis nicht mehr möglich. Die Verantwortung der Entscheidung trägt die Regierung. Enst aber wird jede Zwietracht vermieden durch die Annahme und regierungsseitige Billigung des Vorschlages, dem Ausschusse das Recht der Anregung zur Einberufung der ordentlichen Synode zu geben.

Dementsprechend hat die Kommission drei Änderungen des Gesetzesentwurfes beschlossen; ihr Antrag lautet:

1. In Artikel I ist das Wort „erst“ durch „spätestens“ zu ersetzen;
2. der Satz „Es bleibt jedoch . . . einzuberufen“ ist zu streichen;
3. in Artikel I ist folgender Zusatz einzufügen:

„Der Synodalausschuß wird ermächtigt, wenn er die Einberufung einer solchen für angezeigt hält, sie bei der Kirchenregierung anzuregen.“

Ich bemerke, daß der Beschluß einstimmig gefaßt ist.

Jetzt noch eine formelle Bemerkung. Wir sind nach § 23 der Geschäftsordnung verpflichtet, den Beschluß der Kirchenregierung zur Kenntnis zu bringen. Ein schriftlicher Bericht war nicht möglich, wir mußten uns also auf eine Anzeige beschränken. Diese muß an die Kirchenregierung erfolgen. Es wurde die Ansicht geäußert, daß sie demnach an Seine Königliche Hoheit den Herzog gerichtet werden müsse. Mir erscheint das nicht richtig. Die Geschäftsordnung ist neu und ihre Ausdrucksweise dem Zweifel unterworfen. Auf staatsrechtlichem Gebiet versteht man unter Landesregierung auch nicht den Landesfürsten, möglicherweise diesen und das Ministerium zusammen. Aber das Volk denkt bei dem Worte „Regierung“ nur an das ausführende Organ, an das Staatsministerium. Diese Auffassung ist auf das kirchliche Gebiet zu übertragen; daher waren wir der Überzeugung, daß die Anzeige an Herzogl. Staatsministerium und nicht an Seine Königliche Hoheit abzugeben sei.

Staatsminister Wolff: Zu dem letzten Punkte verweise ich auf § 23 des Gesetzes von 1871 über die Errichtung einer Landesynode. Die Anzeige, daß der Staatsminister zum Vertreter der Kirchenregierung bestellt ist, ist an die außerordentliche Synode ergangen. Daher muß ihm jener Beschluß mitgeteilt werden.

Wenn so trübe Ansichten über die Absichten der Kirchenregierung bestehen, wenn geäußert wird, sie wolle die Synode ungebührlich ausschalten, so ist uns das unverständlich. Dem widerspricht doch schon der Umstand, daß sie vor Einbringung des Entwurfes den Ausschuß gehört hat. Eine ordentliche Synode einzuberufen, bestand keine Veranlassung. Verhandlungsgegenstände lagen nicht vor. Gesetzgeberische Entwürfe sind in Bearbeitung, es war jedoch nicht möglich, sie in diesem Jahre vorzulegen. Ich hebe hervor, daß die Kirchenregierung selbst bestrebt ist, die ordentliche Synode, sobald tunlich, einzuberufen.

Mit der Umänderung des Wortes „erst“ in „spätestens“, sowie mit der Streichung des letzten Satzes im ersten Artikel bin ich einverstanden. Damit wird an dem Entwurfe sachlich nichts geändert; die Regierung hat nicht die Absicht, den Zusammentritt der ordentlichen Synode zu verzögern. Es ist ferner unbedenklich, den Ausschuß zu bevollmächtigen, daß er die Anregung zu einer Einberufung gibt, sobald es ihm angemessen erscheint. Ich bin mit dem Auftrage durchaus einverstanden.

Nur bitte ich, ihn nicht in das Gesetz einzufügen — denn dahin gehört er nicht —, sondern ihn in einen besonderen Antrag aufzunehmen.

Der **Vorsitzende** wies darauf hin, daß eine Beratung der Vorlage mit Rücksicht auf § 43 der Geschäftsordnung nicht erfolgen dürfe; er gebe aber anheim, die Zustimmung zu erteilen, daß bereits jetzt in die Beratung eingetreten werden dürfe.

Die Landesynode und die Kirchenregierung erklärten ihr Einverständnis. Darauf eröffnete der Vorsitzende die Besprechung.

Abgeordneter **Kulemann:** Ich bin der Kirchenregierung dankbar, daß sie sich inhaltlich dem Kommissionsantrage anschließt. Der Vorschlag des Herrn Staatsministers ist mir indessen nicht vollständig klar geworden. Die Tätigkeit des Ausschusses ist eine doppelte: eine beratende und unter Umständen eine gesetzgeberische. Diese dürfte hier in Frage kommen. Wie soll der vom Staatsminister gewünschte Antrag gefaßt werden?

Staatsminister Wolff: In ein Gesetz sollen tunlichst nur Rechtsvorschriften aufgenommen werden; um solche handelt es sich bei der Vollmachtserteilung nicht. Mit der Tendenz des

Antrages bin ich vollständig einverstanden. Das Recht der Synode, bestimmte Geschäfte dem Ausschusse zu übertragen, folgt aus dem Gesetze vom 16. Juni 1893.

Die Kirchenregierung erteilt der Bevollmächtigung ihre Zustimmung.

Vgl. Ges. u.
Ver. S. 1893
Nr. 34,
S. 261.

Abgeordneter **Struve**: Wenn ich den Herrn Staatsminister recht verstanden habe, ist er der Meinung, daß in der Kommission gegen die Absichten der Regierung Mißtrauen bestanden habe. Das ist nicht der Fall. Aber die Frage, ob die Kriegserfahrungen bald zu verwerten sind oder erst nach Friedensschluß, läßt verschiedene Beurteilung zu. Ich will nicht unerwähnt lassen, daß der Entwurf sehr unerwartet an den Ausschuß herangetreten ist.

Abgeordneter **Ketemeyer**: Es ist meiner Ansicht nach vollständig unbedenklich, dem Anheingeben der Kirchenregierung zu folgen und auf die Ermächtigung zu verzichten. Man könnte zwar sagen, daß das Konsistorium Weiterungen machen werde. Aber das ist doch nach der Erklärung der Kirchenregierung, daß sie der Vollmacht zustimme, ausgeschlossen. Außerdem hat sie selbst ein Interesse daran, daß die ordentliche Synode baldmöglichst einberufen wird.

Aber es ist noch eine Frage zu erörtern. Wenn uns nun der Frieden 1917 beschieden und die ordentliche Synode dann einberufen wird, gehen dann 7 Jahre bis zu ihrem folgenden Zusammentritte ins Land?

Staatsminister **Wolff**: Ich bitte nochmals, die Vollmacht außerhalb des Gesetzes zu erteilen. Sachlich kommt es dem Kommissionsantrage gleich.

Abgeordneter **Kulemann**: Ich schließe mich der Ansicht des Herrn Staatsministers an und lasse namens der Kommission Ziffer 3 ihres Antrages fallen und stelle den selbständigen Antrag:

Die Landesversammlung wolle den Synodalausschuß ermächtigen, sobald er die Einberufung der vorgesehenen ordentlichen Synode als erwünscht ansieht, sie bei der Kirchenregierung in Anregung zu bringen.

Dem Vorschlage des Abgeordneten Ketemeyer, die Bevollmächtigung fallen zu lassen, schließe ich mich nicht an. Wenn auch die Kirchenregierung nicht in der Lage ist, Gesetzesentwürfe einzubringen, so doch vielleicht die Synode aus ihrem Schoße. Daher muß für den Ausschuß das Recht bestehen bleiben, die Anregung zur Einberufung einer ordentlichen Synode zu geben.

Abgeordneter **Perl**: Durch den Abgeordneten Ketemeyer ist die Frage angeschnitten, wann nach der kommenden die nächste ordentliche Synode einzuberufen sein würde. Ich unterstelle, daß sie nicht 1920, sondern 1917 oder 1918 zusammentritt. Dann ist zu entscheiden, wann findet die nächste ordentliche Synode statt. Ich war der Ansicht, daß sie alle vier Jahre zusammenzutreten hat. Wenn jetzt nun eine Verschiebung erfolgt, so muß nach Ansicht der Mehrheit die ordentliche Synode vier Jahre nach stattgehabter letzter ordentlicher Synode, also z. B. 1917 — 1921 — einberufen werden. Vielleicht äußert sich der Herr Regierungskommissar dazu.

Staatsminister **Wolff**: Ich stimme dem Abgeordneten Perl bei. Nach § 4 des Gesetzes vom 31. Mai 1871 ist es zweifellos, daß vier Jahre nach der letzten ordentlichen Synode die folgende ordentliche einzuberufen ist.

Wenn jemand die Ansicht gehabt haben sollte, auf Seiten der Regierung bestände die Absicht, die Synode von der Mitentscheidung über kirchliche Fragen fernzuhalten, so beziehe ich mich demgegenüber auf die Begründung des Gesetzesentwurfes. Dort heißt es:

Vgl. Druck-
sache 8,
Begründung
zu Art. I.

„Inwieweit der Wunsch bestehen sollte, etwaige gerade bei der jetzigen Zeitlage aus Anlaß des Krieges auftauchende Fragen von besonderem kirchlichen Interesse zu erörtern, so ist hierzu in der außerordentlichen Tagung der Landes-synode die Möglichkeit geboten“.

Vergegenwärtigen wir uns aber die Möglichkeit, die nicht von der Hand zu weisen ist, daß der Krieg noch lange dauert, und daß diese oder jene Angelegenheit entscheidungsreif wird, so steht doch nichts im Wege, nochmals eine außerordentliche Synode einzuberufen.

Abgeordneter **Kunze**: Es ist gleichgültig, ob wir zu einer ordentlichen oder einer außerordentlichen Synode zusammentreten. Wir können stets alles besprechen und beantragen, was uns am Herzen liegt.

Das Gesetz enthält einen Schönheitsfehler. In Artikel I heißt es im Kanzleiausdruck: „Die „in Gemäßheit“ des § 4 . . .“, während Artikel II in gutem Deutsch sagt: „Die „nach“ § 3 . . .“. Es hat fast den Anschein, als ob die Kirchenregierung uns hat auf die Probe stellen wollen, ob wir die Verschiedenheit des Ausdrucks bemerkten. Ich bitte und beantrage:

„In Artikel I statt der Worte „in Gemäßheit des“ zu setzen „nach“.

Der Vorsitzende stellte fest, daß dieser Antrag ordnungsgemäß unterstützt war.

Konfistorial-Vizepräsident Abt **Moldenhauer**: Durch den Krieg entstehen für die Kirche große Aufgaben. Das wird von der Kirchenregierung vollauf gewürdigt. Es ist daher ganz unmöglich, daß der Gedanke Platz greift, sie beabsichtige, die Synode auszuschalten. Es kommt noch eins in Betracht.

Die Erfahrungen, die durch den Krieg gewonnen sind, sind doch noch gar nicht abgeschlossen, die sittlichen und religiösen Aufgaben lassen sich noch gar nicht abschließend übersehen. Ohne Frage wird allen diesen Aufgaben die größte Aufmerksamkeit geschenkt, aber da die Sachen noch alle im Fluß sind, so lassen sich gesetzliche Maßnahmen einstweilen noch nicht treffen. Etwas Festes läßt sich noch nicht schaffen. Daher lag es nahe, von der Einberufung einer ordentlichen Synode Abstand zu nehmen, und daher kann, wie auch seitens des Ausschusses bemerkt ist, gegen die Absichten der Regierung kein Mißtrauen Platz greifen.

Abgeordneter **Rulemann**: Nach der Äußerung des Staatsministers ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß der Krieg noch Jahre dauert. Man muß mit ihr rechnen. Dann würde die ordentliche Synode erst 1920 einberufen werden, und von da an würden die vierjährigen Fristen für ihren Zusammentritt wieder laufen. Eine außerordentliche kann ja zwar in den Zwischenzeiten verammelt werden. Sie dient aber nicht den gleichen Zwecken wie jene. Ihr werden keine eingehenden Mitteilungen über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche gemacht, an sie erstattet der Ausschuß keinen Bericht über seine Wirksamkeit. Daher ist es zweckmäßig, dem Antrage der Kommission entsprechend die Möglichkeit der Anregung zu einer früheren Einberufung der ordentlichen Synode offenzuhalten, um von dieser Befugnis gegebenenfalls Gebrauch machen zu können.

Der **Vorsitzende** verlas den Antrag der Kommission über die Bevollmächtigung des Ausschusses und erklärte:

Mir sind Bedenken gegen die Fassung des Vorschlages gekommen. Ich halte es für richtiger und genauer, wenn statt der „vorgeesehenen“ gesagt wird der „12“.

Abgeordneter **Kulemann**: Die Bevollmächtigung des Ausschusses ist auf diesen hier zur Beratung stehenden Fall beschränkt. Sie gilt nicht für alle Zukunft. Das ergibt die Fassung dieses Antrages in Verbindung mit dem Gesetzentwurfe. Ich halte sie für unbedenklich.

Nach Schluß der Beratung wurde zur Abstimmung über den Entwurf geschritten. Eingang und Titel wurden angenommen, desgleichen der Antrag des Abgeordneten Kunze und der der Kommission in beiden Teilen. In der hierdurch abgeänderten Form wurde Artikel I und darauf Artikel II des Entwurfes angenommen.

Mit Zustimmung der Kirchenregierung wurde danach der Gesetzentwurf im ganzen zur Abstimmung gestellt und einstimmig — in der abgeänderten Form — angenommen. Das gleiche geschah mit dem Antrage des Abgeordneten Kulemann.

Sodann erhielt zur Geschäftsordnung das Wort der Abgeordnete **Kulemann**:

Ich habe zur Geschäftsordnung eine kurze Bemerkung zu machen, die zwar jetzt ohne Bedeutung ist, indessen später von Wichtigkeit werden kann.

Nach dem Antrage der Kommission sollte der Satz: „Es bleibt jedoch vorbehalten . . .“ gestrichen werden. Der Vorsitzende hat diesen Vorschlag in positiver Form zur Abstimmung gestellt. Was geschieht bei Stimmengleichheit? Bei Ablehnung eines Gesetzentwurfes ist stets Stimmenmehrheit erforderlich. Im Reichstage war, wenn ein Antrag auf Streichung einer gesetzlichen Bestimmung zur Abstimmung stand, die Fragestellung, wer im Widerspruche zu dem Antrage der Kommission usw. die Streichung ablehne. Ich gebe die Prüfung anheim, welches Verfahren das richtige ist.

Der **Vorsitzende** erklärte, daß er die bisher beliebte Fragestellung für nicht verhänglich halte, da ja bei Stimmengleichheit seine Stimme stets den Ausschlag gebe,

VI. verlas den Antrag des Abgeordneten Ziegeler:

„Die Landesynode wolle Herzogliches Konjistorium ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß der nächsten Tagung eine Vorlage gemacht wird, die verordnet:

1. daß Kriegswitwen und Kriegsverletzte in möglichst weitem Umfange im Dienste der Kirche und der kirchlichen Gemeindetätigkeit (insbesondere die Witwen als Gemeindegewestern und -helferinnen), sowie im Organistenamt zur Verwendung gelangen;

2. daß die hierfür erforderlichen Einrichtungen getroffen, insbesondere Lehrgänge zur Ausbildung eingerichtet bzw. die bereits vorhandenen für diese Zwecke nutzbar gemacht werden;

3. daß die Geldmittel zur Durchführung derartiger Maßregeln beschafft werden, insbesondere durch Wiedergabe der Opfereinkünfte zu ihrem ursprünglichen Zwecke sowie durch Erschließung anderer Geldquellen.“

und erteilte dem Abgeordneten das Wort zur Begründung seines Antrages.

Abgeordneter **Ziegeler**: Der Krieg schafft viele Witwen, denen es schwer wird, ihren Lebensunterhalt zu beschaffen. Schwer wird es auch den Kriegs-Verletzten und-Verstümmelten, eine

passende Stellung zu finden. Es ist immer geklagt, daß Helferinnen, die zur Ausgestaltung des kirchlichen Lebens sehr wertvoll sind, fehlten. Hier ist eine Gelegenheit, um den Kriegswitwen Arbeit zu verschaffen; sie können als Helferinnen eintreten. Ihre Ausbildung dürfte nicht auf Schwierigkeiten stoßen; sie könnten sie in Krankenhäusern und Kinder-Pflegeanstalten erhalten. Die dazu erforderlichen Geldmittel sind nicht bedeutend. Die bezeichneten Personen können auch das Amt eines Organisten oder einer Organistin übernehmen. Dazu ist allerdings eine teurere Vorbildung erforderlich; die Mittel dazu werden nicht ohne weiteres zur Verfügung stehen. Aber vielleicht kann die Landeskirchenkasse helfen. Angebracht würde es sein, die Einkünfte der Opfereipfründen zu diesem Zwecke heranzuziehen und sie somit ihrem ursprünglichen Zwecke wiederzugeben. Man kann auch auf die Mildtätigkeit von Privatpersonen rechnen, und schließlich dürften auch die politischen Gemeinden ihre Mitwirkung nicht versagen; denn ihr Nutzen ist es und es liegt auch in ihrem Sinne, wenn die Kriegswitwen und die Kriegsbeschädigten auskömmliche Stellungen erhalten.

Dieser Antrag wurde nach der Feststellung, daß er ordnungsmäßig unterstützt war, der kirchenrechtlichen Kommission zum Bericht überwiesen.

VII. Der **Vorsitzende** verlas einen Antrag des Abgeordneten Knopf:

„Die Synode wolle folgenden Antrag an die Kirchenregierung richten:

Hohe Kirchenregierung wolle unverzüglich Maßnahmen treffen, daß den Pfarrwitwen und -waisen wenigstens für die Dauer der Kriegsteuerung erhöhte Bezüge oder Teuerungszulagen gewährt werden.“

Der Abgeordnete begründete seinen Antrag wie folgt:

Pfarrwitwen und Pfarrwaisen sind durch die Kriegsteuerung in arge Bedrängnis geraten. Sie sind hier nicht so gut gestellt wie in Preußen. Dort sind für die Kinder besondere Zulagen bewilligt. Wie wir wissen, ist der Stand der Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt ein günstiger. Ihre Überschüsse sollten den Witwen und Waisen zugutekommen.

Nachdem der **Vorsitzende** diesen Antrag ebenfalls der kirchenrechtlichen Kommission überwiesen hatte,

VIII. teilte er mit, daß ihm eine von 6 Mitgliedern unterschriebene Interpellation, die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts in den Gemeindeschulen betreffend, überreicht sei, die er der Kirchenregierung abschriftlich mit dem Ersuchen um Erklärung darüber mitgeteilt habe, ob und wann sie beantwortet werden sollte. Namens der Kirchenregierung erklärte der Konsistorialpräsident die Bereitschaft zur Beantwortung.

IX. Der Abgeordnete **Pertl** sprach dann noch zur Geschäftsordnung und beantragte, die bei dem feierlichen Gottesdienst im Dome am 28. November gehaltene Predigt drucken zu lassen. Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis.

X. Hierauf verkündete der **Vorsitzende** die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die er auf den 30. November 1916, vormittags 10 $\frac{1}{4}$ Uhr, anberaumte, und schloß die Sitzung.

Das Protokoll der Sitzung vom 28. November hat von 10 $\frac{1}{4}$ bis 12 $\frac{1}{4}$ Uhr zur Einsicht ausgelegen, ohne daß gegen seine Form und Fassung Einspruch erhoben wäre.

Kaulitz,
protokollführender Sekretär.

Sitzungsbericht 3

vom 30. November 1916.

Verhandlungen der außerordentlichen Landessynode des Herzogtums Braunschweig.

Gegenwärtig: Die Abgeordneten mit Ausnahme der Abgeordneten **Beder, Meier-Zweidorf**
und **Struve**,
am Regierungstische: Se. Excellenz Staatsminister **Wolff**, Konsistorialpräsident **Sievers**,
Konsistorial-Vizepräsident **Abt Moldenhauer** und
der Sekretär.

I. Nach Verlesung eines Bibelwortes durch den Abgeordneten **Degering** teilte der
Vorsitzende ein Danktelegramm Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs mit, das folgender-
maßen lautete:

Durch die Erfüllung einer schweren und schmerzlichen Pflicht dem Herzogtume
fern, spreche ich der außerordentlichen Landessynode Meinen herzlichen Dank aus
für die Begrüßung, die sie zu Beginn ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit an Mich
gerichtet hat. Gott wolle der Arbeit der Landessynode in dieser ernsten Zeit seinen
Segen geben. Ernst August.

Darauf hielt er an die Versammlung folgende Ansprache zum Gedächtnis Seiner
Majestät des Kaisers Franz Joseph:

Meine Herren!

Am heutigen Tage findet in Wien die Beisetzung des Kaisers Franz Joseph statt. Die
deutschen Fürsten haben es sich nicht nehmen lassen, nach Wien zu eilen und ihm die letzte
Ehre zu erweisen. Da wollen auch wir dieses Fürsten gedenken, der so viel Schweres im
Leben ertragen, aber auch so viel Freude erfahren hat. Denn die Liebe seiner Völker hat
ihn über allen Kummer des Lebens hinweggetragen, und mit seinem trauernden Volke steht

auch das verbündete deutsche Volk heute bewegten Herzens an seiner Bahre. Ein tragisches Geschick hat ihn von uns genommen, ehe die schweren Opfer dieses furchtbaren Ringens den verbündeten Mächten einen entscheidenden Sieg gebracht haben. Wir dürfen aber vertrauen, daß der Kaiser in dem festen Bewußtsein von uns gegangen ist, das unverbrüchliche Zusammenhalten Deutschlands und Oesterreichs werde bald diesen Sieg erringen, und dieses Bewußtsein erfüllt auch uns, wenn wir heute seiner in Trauer gedenken und geloben, ihm ein treues Andenken zu bewahren.

Beide Anreden nahm die Versammlung stehend entgegen.

II. Der Vorsitzende erteilte dem Abgeordneten Becker für den 30. November, 1. und 2. Dezember, und dem Abgeordneten Perl für den letzten Teil der heutigen Sitzung Urlaub.

III. Zur Geschäftsordnung machte der **Vorsitzende** die Mitteilung, daß er beabsichtigt hätte, die beiden Anträge des Abgeordneten Struve (Prot. 1, XIV) heute zur Verhandlung zu bringen, daß aber die kirchenrechtliche Kommission ihm erklärt hätte, mit der Beratung über den ersten der Anträge, die Vertretung von beurlaubten Geistlichen ujm. betr., noch nicht abgeschlossen zu haben; über den Antrag 2 könnte jedoch Bericht erstattet werden; er bäte, diesen voranzunehmen. Nachdem die Landessynode entsprechend beschlossen hatte und in die damit abgeänderte Tagesordnung eingetreten war, verlas

IV. als Berichterstatter der Kommission der Abgeordnete **Perl** den zweiten Antrag des Abgeordneten Struve und führte aus:

Der Abgeordnete Struve hat erklärt, daß sein Antrag nicht mit dem Kriege im Zusammenhange stehe, sondern durch andere Umstände veranlaßt sei. Unter den Druckfachen des Landtages befände sich eine Vorlage, welche die Änderung der Gesetze über die Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt betreffe. Da er, der Antragsteller, und die gesamte Geistlichkeit den Wunsch hätten, endgültig von den im Antrage bezeichneten Abgaben befreit zu werden, so habe er mit Rücksicht auf jene Vorlage die jetzige Zeit für geeignet gehalten, seinen Antrag einzubringen.

Die Kommission hat diesen Ausführungen beipflichtet. Es ist jetzt der rechte Augenblick, um das Gesetz im Sinne des Antragstellers zu ändern. Später geschieht es doch nicht. Zwar will ich nicht auf das Gesetz über die Errichtung einer Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt im einzelnen eingehen, aber manche Punkte daraus und über seine Entstehung muß ich dennoch erwähnen.

Das Gesetz ist 1889 als Staatsgesetz, nicht als Kirchengesetz herausgegeben, obwohl dies vielleicht auch möglich gewesen wäre. Der Entwurf dazu ist f. Zt. der Synode zur Äußerung vorgelegt; ihre Wünsche sind erfüllt. Das Gesetz bezweckt die Versorgung der Witwen und Waisen von Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche. Vorher war die Versorgung verschieden geregelt. Die Pensionen wurden aus den Pfarrwitwentums- bzw. Pfarrwitwenhauskassen gezahlt, bestanden auch teils in Naturalien. Manche Geistliche waren Teilnehmer der Beamten-Witwen- und -Waisen-Versorgungsanstalt, zum Teil allerdings nicht mit dem vollen Pensionsbetrage, sondern nur mit der Fehlsomme. Eine einheitliche Regelung ist durch das Gesetz von 1889 geschaffen. Es wurde eine besondere Pfarr-Witwen- und -Waisen-Versorgungsanstalt errichtet. Ihr wurde das Kapitalvermögen der bei den einzelnen Pfarrstellen bereits bestehenden bzw. noch zu bildenden Pfarrwitwentumskassen bzw. Pfarrwitwenhauskassen sowie ferner die Kapitalien überwiesen, welche bei Ablösung von Naturalbezügen gezahlt werden, und die, welche, zur Pfarrwitwen-Versorgung bestimmt, bei dem Kloster-

kapitalfonds oder bei Kirchentassen verwaltet und deren Zinsen bis dahin, wenn keine Prediger-Witwe in ihrem Genuße stand, der Pfarrwittventums-Kasse zugeführt oder kapitalisiert waren. Die Absicht des Gesetzes war, daß die Versorgung der Witwen und Waisen aus den Zinsen des Grundkapitals und des Reservefonds bzw. der sonstigen regelmäßig wiederkehrenden Einnahmen, wie Pachtgeldern, aus bestimmten Überschüssen und aus den laufenden Beiträgen der Teilnehmer erfolgen sollte. Diese Beiträge bestanden nach § 22 in (vgl. § 6 des Gesetzes) der jährlichen Zahlung von $3\frac{1}{2}$ vom Hundert des Diensteinkommens. Außerdem war noch eine einmalige Abgabe, $\frac{1}{12}$ des jährlichen Diensteinkommens, zu entrichten. Gleichzeitig ordnete das Gesetz die Bildung eines Reservefonds an, da nicht sicher war, ob die der Anstalt obliegenden Aufgaben aus den laufenden Einnahmen stets bestritten werden konnten. Der Höchstbetrag der Rücklage wurde auf 100 000 *M* festgesetzt. Ihr floß die Abgabe des Zwölftels des Diensteinkommens zu, während die $3\frac{1}{2}$ Prozent dem Grundkapitale zugute kamen. Dieses sollte auf 2 500 000 *M* aufgefüllt werden. Für den Fall, daß diese Zahlen erreicht waren, wurde in § 9 des Gesetzes besondere Bestimmung über die Verwertung der Einnahmen getroffen. Jener Zustand ist im Rechnungsjahre 1903/04 eingetreten. 1905 wurde eine Änderung des Gesetzes von 1889 vorgeesehen. Sie wurde der Synode zur Kenntnisnahme und Begutachtung vorgelegt und dann am 9. April 1906 als Staatsgesetz erlassen. (G. u. B. Nr. 24 S. 233) Danach ist die Hälfte der entbehrlichen Einnahmeüberschüsse dem Emeritierungsfonds bis zum Eintritt gewisser Ereignisse zuzuführen. Über die andere Hälfte ist bestimmt, daß davon $\frac{1}{2}$ (Art. 2 Abs. 4) der Vermehrung des Grundvermögens dienen, die andere Hälfte in gleichen Teilen den Pensionsberechtigten als außerordentlicher Zuschuß zu den aus der Anstalt zu zahlenden Pensionen und Renten verwandt werden soll, jedoch nur bis zu 25 v. H. dieser. Der infolgedessen verbleibende Rest soll zu einem besonderen Fonds angesammelt werden, aus dessen (Art. 2 Abs. 2) Aufkünften besonders bedürftige Witwen und Waisen Unterstützungen erhalten sollen.

Die Versorgungsanstalt hat sich gut entwickelt, wie die Begründung des Gesetz-Entwurfs ersehen läßt. Er beabsichtigt die Aufhebung des Reservefonds, da für ihn eine besondere, jetzt überflüssige Rechnungsführung erforderlich sei. In der Landtagsdrucksache ist hervorgehoben, daß die Aufkünfte auf 112 310,17 *M* gestiegen sind, denen an laufenden Ausgaben 67 313,70 *M* gegenüberstehen, so daß ähnlich wie seit einer Reihe von Jahren ein Einnahmeüberschuß von 44 996 *M* verbleiben würde. Zwar sind noch nicht alle Geistlichen der Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt angeschlossen; einzelne Witwen und Waisen sind noch auf Naturalbezüge angewiesen. Aber dieser Umstand ist ohne Belang. Es wird stets ein Überschuß vorhanden sein. In der Begründung des Gesetzes heißt es: „Daß selbst, wenn angenommen wird, daß alle Witwen sofort die höchste Pension von jährlich 24 v. H. von 7500 *M* Pfarr-einkommen = 1800 *M* zu empfangen hätten, so würde dann die Ausgabe erst auf rund 67 000 *M* + 41 000 *M* = 108 000 *M*, also einen Betrag steigen, der aus den laufenden Einnahmen reichlich gedeckt werden kann.“ Mit Fehlbeträgen ist nicht zu rechnen. Es wird besonders betont, daß die Anstalt stets in der Lage sein wird, ihre Aufgabe zu erfüllen.

Seit 1899 sind die Beamten von der Entrichtung von Beiträgen zu der Beamten- (Gesetz v. 20 Febr. 1899 G. u. B. S. Nr. 8, S. 65) Witwen- und -Waisen-Versorgungsanstalt entbunden, und im Landtagsabschied vom gleichen Jahre heißt es, daß für das Finanzjahr 1899/1900 von den Teilnehmern der Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt Beiträge nicht erhoben werden und die Einnahmen der Anstalt, falls sie zur Bestreitung der Ausgaben nicht ausreichen, bis zur Deckung des Fehlens aus Staatsmitteln ergänzt werden sollten. Seit jener Zeit sind überhaupt keine Beiträge mehr erhoben; aber die Bestimmung, durch welche die Geistlichen zu solchen verpflichtet werden, besteht noch. (Landt Abschl. v. 14. Septbr. 1899, G. u. B. S. Nr. 83 S. 783 ff. Art. 12.) Zunächst erfolgte die Befreiung für jede Finanzperiode gesondert, dann wurde sie bis auf weiteres ausgesprochen.

Da die Anstalt sich in äußerst günstiger Vermögenslage befindet, liegt die Erwägung nahe, ob nicht die Beitragspflicht der Geistlichen gänzlich zu beseitigen ist. Die Kommission vertritt diesen Standpunkt. Sie hält die Aufhebung der fraglichen Bestimmung für folgerichtig. Ich gehe bei diesen Ausführungen immer von der Annahme aus, daß die Einnahmen der Versorgungsanstalt ohne Einbeziehung der $3\frac{1}{2}$ v. H. und des $\frac{1}{12}$ des Dienst Einkommens berechnet sind. Auf eins will ich noch besonders hinweisen: Wenn die Vorlage angenommen und damit der Reservefonds beseitigt wird, hat es keinen Sinn mehr, die Einnahmen vorzubehalten, die in ihn fließen sollen.

Trotzdem aber ist in der Drucksache nichts von einer Aufhebung der geistlichen Beitragspflicht gesagt, im Gegenteil. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß im Falle außergewöhnlicher Umstände auf sie zurückgegriffen werden müßte, daß sogar die Möglichkeit bestünde, von den Beiträgen einen Zuschlag in Höhe von 50 v. H. zu erheben und die Pensionen verhältnismäßig zu kürzen. Solche Aussichten sind recht betrüblich. Die Geistlichkeit würde der einzige Stand unter den Beamten sein, die die Witwen- und Waisenpensionen sicherstellen müßte. Daher hat sich die Kommission auf den Standpunkt des Abgeordneten Strube gestellt. Es geht doch allgemein das Bestreben dahin, den Beamten die Zahlungen zu Witwen- und Waisen-Pensionsklassen abzunehmen. Staats- und Gemeindebeamte erhalten, auch ohne daß sie dafür Beiträge entrichten hätten, Ruhegehalt. Anders die Geistlichen; sie müssen zum Emeritierungsfonds bei einem gewissen Einkommen 2 v. H., sonst weniger beisteuern. Eine weitere Belastung ist nicht gerecht. Die Heranziehung zu den Beiträgen für die Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt würde dahin führen, daß manche Geistliche $5\frac{1}{2}$ v. H. ihres Einkommens zur Sicherung der Ruhegehälter aufwenden müßten.

Nun werden ja voraussichtlich zur Pfarrwitwenkasse keine Abgaben erhoben werden; dann kann aber auch die formelle Belastung fallen. Eine unmittelbare Mitwirkung der Synode ist zwar ausgeschlossen, da ihr — entgegen dem früheren Verfahren — die beabsichtigte Änderung des Gesetzes von 1889 nicht amtlich mitgeteilt ist. Aber ihre Wünsche darf sie äußern und hofft auf ihre Berücksichtigung.

Namens der Kommission beantrage ich,

die Synode wolle sich dem Antrage des Abgeordneten Strube anschließen.

Tut sie es, so besteht bei dem Wohlwollen, das der Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt stets erwiesen ist, die Hoffnung, daß die Staatsregierung ihm stattgibt.

Konsistorialpräsident **Sievers**: Der Berichterstatter der Kommission hat bereits hervorgehoben, daß die Heranziehung der Geistlichen zu Beiträgen für die Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt nur auf dem Papier steht. Ich habe gegen den Antrag des Abgeordneten Strube trotzdem Bedenken; es müßte dazu ein Staatsgesetz erlassen werden.

Das Gesetz von 1906 sagt ausdrücklich Befreiung von den bezeichneten Lasten zu. Durch Staatsgesetz soll nun eine immerwährende Befreiung den Geistlichen gesichert werden. Das ist doch nicht gut möglich. Zwar besteht z. Bt. keine Möglichkeit, die Staatsbeamten zu Beiträgen für die Sicherung ihrer Witwen und Waisen heranzuziehen; aber das kann doch immer wieder durch Gesetz geschehen. Die Geistlichen stehen sich doch kaum schlechter; nur dann, wenn in 4 aufeinander folgenden Rechnungsjahren die laufenden Einnahmen der Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt zur Bestreitung der Jahresausgaben nicht zuge langt haben und aus diesem Grunde der Reservefonds zur Deckung des Fehlbetrages in Anspruch genommen ist nur in dem Falle tritt die Verpflichtung der Geistlichen wieder ein. Das würde m. E. auch geschehen, wenn das Gesetz im Sinne des Antragstellers geändert würde; denn der Staat

würde kaum helfend einspringen. Also ein Bedürfnis, das Gesetz nach Antrag zu ändern, besteht nicht.

Abgeordneter **Berl**: Meine persönliche Ansicht ging bislang dahin, daß die erneute Heranziehung der Geistlichen im Verwaltungswege angeordnet werden könne.

Konsistorialpräsident **Sievers**: Diese Auffassung entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Beiträge können, abgesehen von der einen bereits hervorgehobenen Ausnahme, von den Pfarrern nur erhoben werden, wenn das Gesetz von 1906 eine entsprechende Änderung durch ein neues Staatsgesetz erfahren hat.

Abgeordneter **Kulemann**: Damit ist der Zweck der Aussprache erzielt; die Meinungsverschiedenheiten sind beseitigt. Ich bin dafür, daß der Antrag für gegenstandslos erklärt wird.

Abgeordneter **Drude**: In Preußen sind die gleichen Bestimmungen aufgehoben, soweit es sich um Geistliche mit etatmäßigem Einkommen handelt, nicht bei Pfründeninhabern. Gleichermaßen muß auch hier verfahren werden. Es ist nicht einzusehen, warum die Geistlichen — wenn auch nur theoretisch — anders als Staats- und Gemeindebeamte gestellt werden sollten.

Abgeordneter **Reinemeyer**: Es läßt sich doch gewiß darüber streiten, ob zur Erneuerung der Beitragspflicht der Geistlichen die Änderung des Gesetzes notwendig ist, oder ob dazu nicht eine Verfügung der zuständigen Verwaltungsbehörde genügt. Zwar befindet sich die befreiende Bestimmung in einem von der Landesregierung und dem Landtage erlassenen Gesetze. Bislang hat sich zu seiner Auslegung nur der Vertreter Herzogl. Konsistoriums geäußert. Ich richte an den Herrn Staatsminister die Anfrage, ob er diese Auffassung billigt.

Staatsminister **Wolff**: Wenn ein Gesetz erlassen wird, in dem einstweilige Maßregeln getroffen werden, ohne den Änderungsfaktor zu bezeichnen, so ist es selbstverständlich, daß eine Änderung der dadurch geschaffenen Sachlage nur durch ein neues Gesetz herbeigeführt werden kann. Für diese Auffassung sprechen auch die Worte, daß die Erhebung der Beiträge jedoch dann wieder erfolgen soll, wenn in 4 aufeinander folgenden Rechnungsjahren die laufenden Einnahmen nicht ausreichen. Das ist die einzige Ausnahme von dem an sich bestehenden, gesetzlich festgelegten Zustande der Abgabefreiheit.

Abgeordneter **Kulemann**: Ich erwarte keine Zurücknahme des Antrages, sondern den Beschluß der Versammlung, über ihn zur Tagesordnung überzugehen.

Konsistorialpräsident **Sievers**: Keine rechtliche, sondern eine rein praktische Frage ist zu entscheiden. Solange die Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt günstig gestellt ist, ist es für die Geistlichen gut; solange werden ihnen keine Zahlungen dazu auferlegt. Dies tritt jedoch dann wieder ein, wenn die Vermögensverhältnisse der Kasse sich schlecht gestalten. Dann werden die Pfarrer wieder zu Beiträgen auf Grund eines neuen Gesetzes herangezogen werden, gleichgültig, ob das jetzt geltende Gesetz geändert ist oder nicht. Der Antrag des Abgeordneten Struve ist daher überflüssig.

Abgeordneter **Berl**: Gerade der zweite Absatz des Art. 5 des Gesetzes von 1906 machte mich bedenklich. Es ist doch dort nicht gesagt, daß ein neues Gesetz erforderlich sei, um die

Beitragspflicht der Geistlichen wieder zu begründen; sondern das ist lediglich von dem Eintritt der dort näher bezeichneten Ereignisse abhängig gemacht. Nachdem indessen seitens der Staatsregierung die Erklärung abgegeben ist, daß dazu stets gesetzgeberische Schritte erforderlich sind, halte ich den Antrag des Abgeordneten Struve für erledigt.

Staatsminister **Wolff**: Ich bin augenscheinlich vom Vorredner falsch verstanden. Meine Erklärungen gingen dahin, daß für die Regel die Befreiung der Geistlichen von den fraglichen Beiträgen durch Gesetz ausgesprochen sei, und daß dieser Zustand nur durch Gesetz geändert werden könne. Das ist, wie gesagt, die Regel, von der eine Ausnahme besteht, nämlich die in Abs. 2 des Art. 5 erwähnte. Treten diese Voraussetzungen ein, so ist damit — auch ohne gesetzgeberische Maßnahmen — die Verpflichtung zur Entrichtung von Abgaben gegeben. Wenn die Herren lediglich mit Rücksicht auf den günstigen Stand der Anstalt die Aufhebung des jetzigen Rechtszustandes beantragen, so ist dagegen nichts einzuwenden. Ich mache indessen darauf aufmerksam, daß die Beiträge zweifellos doch wieder eingeführt werden, wenn in der Vermögenslage der Kasse eine Veränderung zum Schlechten eintreten sollte. Der Staat ist nicht in der Lage, helfend einzuspringen. Das gilt übrigens auch, soweit die Pensionen der Witwen und Waisen von Staatsbeamten in Frage kommen sollten. Auch sie müssen damit rechnen, daß sie zur Sicherung dieser Pensionen wieder herangezogen werden. Unter den jetzigen Verhältnissen kann hierfür der Staat keine Verpflichtungen eingehen.

Abgeordneter **Berl**: Nach diesen Äußerungen des Herrn Staatsministers kann ich nur anheimgeben, den Antrag zur weiteren Beratung an die kirchenrechtliche Kommission zurückzuverweisen. Über seine Zurücknahme kann ich nicht entscheiden.

Vorsitzender: Eine Zurückverweisung empfiehlt sich nicht; das zieht die Verhandlungen unnötig in die Länge. Die Kirchenregierung hat ja erklärt, daß sie gegen die Annahme des Antrages nichts einzuwenden habe. Ich glaube nicht, daß seine Zurücknahme im Sinne des Abgeordneten Struve liegt.

Abgeordneter **Retemeyer**: Sind wir der Ansicht, daß die Erhebung von Beiträgen gerecht ist, so müssen wir den Antrag ablehnen. Aber Geistliche und Staatsbeamte müssen gleichmäßig behandelt werden; für diese besteht jedoch keinerlei Abgabepflicht. Daher muß der jetzt noch für die Pfarrer bestehende Zustand aufgehoben werden. Sollten die Einnahmen der Anstalt ihre Ausgaben einst nicht mehr decken, so bleibt ja immer noch der Weg, durch ein neues Gesetz die Abgaben wieder einzuführen.

Staatsminister **Wolff**: Ob der Staat den Geistlichen, Beamten und Gemeindeführern gegenüber die gleichen Verpflichtungen hat, diese Frage ist wohl zu verneinen. Die geschichtliche Entwicklung der einzelnen Stände beweist das Gegenteil.

Abgeordneter **Rulemann**: Wenn wir dem Abgeordneten Retemeyer folgen, so ist die Mitwirkung der Staatsregierung dabei erforderlich. Die Kirchenregierung müßte mit ihr verhandeln. Der Schritt erscheint mir bedenklich. Ich stelle daher den Antrag:

„Die Synode wolle beschließen, mit Rücksicht auf die von den Vertretern der Kirchen und Staatsregierung abgegebenen Erklärungen über den Antrag der Kommission zur Tagesordnung überzugehen.“

Staatsminister **Wolff**: Ich erkläre nochmals, daß die Kirchenregierung alles tun wird, um den Nöten und Sorgen der Pfarr-Witwen und -Waisen abzuhelpfen. Aber auf staatliche Unterstützung ist dabei nicht zu rechnen; der gewiesene Weg, um aus allen Schwierigkeiten herauszukommen, ist die Erhebung einer Kirchensteuer. Dadurch werden wir der Finanzlage des Staates und der Selbständigkeit der Kirche gerecht.

Abgeordneter **Berl**: Nachdem sich der Vertreter der Kirchenregierung nicht für die Ablehnung des Kommissionsantrages ausgesprochen hat, bitte ich die Versammlung nochmals um seine Annahme.

Abgeordneter **Kulemann**: Ich stimme den Worten des Staatsministers zu; das einzig Richtige wäre, die Kirchensteuer wäre bereits Gesetz.

Nachdem der Antrag des Abgeordneten Kulemann genügend unterstützt und zur Beratung gestellt war, wurde dieser abgelehnt, während der Kommissionsantrag angenommen wurde.

V. Sodann hat der Abgeordnete **Kulemann** um das Wort zur Geschäftsordnung: In der Sitzung vom 29. November 1916 ist der Ausschuß ermächtigt, sobald er die Einberufung der ordentlichen Landessynode für erwünscht ansieht, sie bei der Kirchenregierung in Anregung zu bringen. Eine solche Bevollmächtigung bedarf, um rechtliche Wirkung zu haben, nach § 27 des Gesetzes über Errichtung der Landessynode der Zustimmung der Kirchenregierung. Diese ist vor Erlaß des Beschlusses ausgesprochen. Im Protokoll vom 29. November fehlt ein ausdrücklicher Hinweis darauf. Dort ist nur gesagt, daß auf Anregung der Kirchenregierung der betreffende Antrag abgefaßt sei. Ich bitte, die Zustimmung im Protokoll festzustellen.

Der **Vorsitzende** gab ohne weiteres und ohne Widerspruch der Versammlung die Erklärung ab, daß das Protokoll eingeeffert würde.

VI. Darauf wurde in der Erledigung der Tagesordnung, Berichterstattung der liturgischen Kommission über die Bittschrift des Landespredigervereins (vgl. Prot. 1, IX, 7), fortgefahren.

a) Zu a der Bittschrift, die Feier des Reformations-Jubiläums betreffend, trug der Abgeordnete **Berlich** namens der Kommission darauf an:

„die Synode wolle beschließen, das Herzogliche Konviktorium zu ersuchen, es wolle unter Berücksichtigung der vom Landespredigerverein der Synode vortragenen Wünsche baldigst geeignete Anordnungen treffen, um das künftige Jahr im kirchlichen Gemeindeleben zu einem Reformationsgedächtnisjahr auszugestalten.“

Der Abgeordnete **Berlich** begründete den Antrag wie folgt: Die Kommission stimmt der Absicht des Landespredigervereins einmütig zu. Wie aber kann das Fest würdig und dem Ernste der Zeit entsprechend gefeiert werden? Wir wünschen keinen Streit mit Rom und hoffen, daß man drüben uns in Frieden feiern läßt; wir wünschen eine Feier, die die Segnungen der Reformation unserem Volke klar zum Bewußtsein bringt und es dadurch in der Treue zu seiner Kirche und im Besitze der sittlich religiösen Ideale des Evangeliums, die

uns die Reformation neu vermittelt hat, fördert und stärkt. Darum wünschen wir mit der Bittschrift zusammen die Ausgestaltung des Kirchenjahres zu einem Reformations-Gedächtnisjahre (nicht bloß Feier eines Tages).

Diesem Zwecke können nach Ansicht der Kommission dienen:

1. Darstellung der Reformation und ihrer mannigfachen Segnungen auf den verschiedensten Lebensgebieten recht oft in den Predigten. Reichliche Zitierung von Luthers Worten und anderer Reformatoren dabei. Der Referent hält auch die Verlesung kraftvoller, religiös-wertvoller Lutherworte an Stelle der Episteln und Evangelien sowie Predigten darüber für zweckmäßig; denn auch in ihnen steckt Gottes Wort. Doch hat die Kommission sich dieser Meinung nicht angeschlossen. Neben jener Art von „Reformationspredigt“ empfiehlt die Kommission:

2. die Pflege des Kirchenliedes aus der Reformationszeit, besonders der Luther-Lieder als Vorbereitung auf den 31. Oktober.

3. Darstellung der Reformation, ihrer Geschichte und ihres Segens im kirchlichen Jugendunterricht, z. B. in den Wochenkinderlehren und bei uns in den Städten im Kindergottesdienste. Luthers Persönlichkeit bietet ein reiches und dankbares Feld dafür, um sie konkret darzustellen. Aber auch die anderen Reformatoren — Bugenhagen — sind nicht zu vergessen.

4. Benützung der „modernen Großmacht“, der Presse, der kirchlichen Presse, (Braunschweiger Sonntagsblatt und Volksblatt), aber auch der Tagespresse, die ja bei uns solchen Bestrebungen — ich erinnere an die Betrachtungen zu kirchlichen Festen durch hiesige Stadtgeistliche in der Tagespresse — freundlich gegenübersteht. Dies ist aber nicht Sache des Konsistoriums, sondern der freiwilligen Tätigkeit der einzelnen und der großen kirchlichen Verbände (Gustav-Adolf-Verein, Evangelischer Bund, Verein für Reformationsgeschichte usw.)

5. Gründung und Förderung von Liebeswerken, die als dauernde Erinnerungen an das Reformations-Jubiläum bleiben: I. für die gesamte evangelische Kirche, wie sie der Gustav-Adolf-Verein plant (Kindergabe der deutschen Jugend für die evangelischen Waisen- und Erziehungs-Häuser in der Zerstreuung durch monatliche Sammlungen), II. für die Einzelgemeinde (Gründung von Krippen, Kinderheimen als „Lutherheim“, Gemeindepflege, auch Schaffung eines Traubelfonds). Opferfreudigkeit und Geld sind da; es gilt nur, sie herauszuheben.

So vorbereitet wird das Reformationsfest, auch in ernster Zeit gefeiert, reichen Segen bringen. Dazu wollen wir alle helfen. Deshalb empfehlen wir den Antrag der Kommission

Diesen Antrag stellte der **Vorsitzende** zur Beratung, ohne daß auf seine hierauf hinzulende Anfrage Widerspruch erfolgt wäre.

Konsistorial-Vizepräsident, **Abt Moldenhauer**: Das Konsistorium hat sich mit dem Gegenstande der Beratung bereits beschäftigt und hat beschlossen, Anfang 1917 einen Erlaß herauszugeben, in dem auf die kirchlichen Feiern hingewiesen wird; sie sollen eine ganze Zeit vorher in Vorbereitung genommen werden. Das ganze Jahr, nicht nur der einzelne Tag soll bezeugen, was die Evangelische Kirche wert ist. Die von der Kommission gegebenen Anregungen sind sehr wertvoll, insbesondere daß wir im Gottesdienste an unsere Pflichten als evangelische Christen erinnert werden. Die Benützung des lutherischen Viederschazes und der Lieder aus der Reformationszeit überhaupt wird das evangelische Bewußtsein heben. Besonderes Gewicht ist darauf zu legen, daß die Jugend auf den Segen der Reformation hingewiesen wird. Davon ist bleibende Frucht zu erwarten. Daß Sammlungen und Stiftungen geeignet sind,

eine bleibende Erinnerung an das Reformations-Jubiläumsjahr 1917 zu erhalten, brauche ich nicht besonders hervorzuheben.

Abgeordneter **Palmer**: Ich möchte noch auf eins hinweisen, das eigentlich selbstverständlich ist. Die Feier selbst darf nicht, wie in anderen Jahren, am Sonntage nach dem 31. Oktober stattfinden, sondern an diesem Tage selbst, einem Wochentage.

Der Kommissionsantrag wurde darauf angenommen.

b) Zu Punkt b der Witschrift (kirchliche Arbeit an der konfirmierten Jugend) sprach der Abgeordnete **Knopf** und stellte als Berichterstatter den Antrag:

„Synode wolle in Abänderung des Antrages des Landespredigervereins folgendem Antrage zustimmen:

Falls nach dem Kriege die Jugendwehr durch Gesetz zu einer pflichtmäßigen gestaltet werden sollte, wolle Hohe Kirchenregierung dafür eintreten, daß der Kirche in irgendeiner zweckentsprechenden Weise ein Einfluß auf diese Jugendpflege eingeräumt werde.“

Zur Begründung dieses Antrages führte der Berichterstatter nach Verlesung des Vorschlages des Landespredigervereins aus: Die Kommission steht wie jeder, der für die Jugend gearbeitet hat, auf dem Standpunkte, daß die Jugendfürsorge zu den wichtigsten Aufgaben der evangelischen Kirche gehört. Das gilt ganz besonders für die jetzige und für die kommende Zeit, in der das neue Deutschland gebaut wird. Aber wir haben uns der Überzeugung nicht verschließen können, daß durch eine Vorschrift, wie sie der Landespredigerverein wünscht, die Arbeit an der konfirmierten Jugend kaum gefördert werden wird. Das kann nicht durch Zwang erreicht werden, dazu gehören persönliche Veranlagung und persönliche Hingabe des Geistlichen. In den Kirchengemeinden besteht keine Gelegenheit für Jugendvereinigungen. Durch eine allzu rege Hingabe der Jugendlichen an Vereine werden sie ihrer Familie entzogen; das muß vermieden werden.

Die Kommission verfolgt einen anderen Gedanken. Nach dem Kriege wird die Jugendwehr voraussichtlich zur gegeslichen Pflicht gemacht. Bei ihr wünschen wir eine Mitwirkung der Kirche. Jetzt bildet die Jugendwehr oft ein Hindernis für das kirchliche Leben. Ihre Übungen finden am Vor- und Nachmittage statt, wenn die Gottesdienste abgehalten werden. Wir müssen danach streben, Einfluß auf die vom Staate eingerichtete Jugendpflege zu erhalten. Wenn die Kirche in irgendeiner Form bei der Jugendwehr beteiligt wird, so können wir, selbst wenn wir an der Jugendziehung selbst nicht mitwirken, immerhin erreichen, daß gegen die Absichten der Kirche und ihre Einrichtungen nichts unternommen wird. Zu der Erziehung selbst sind nur die berufen, die es können. Das ist das schönste und höchste Ziel für jeden von uns. Dann kann alles das, was sonst die kirchliche Mitwirkung bei der Jugendwehr hindert, nicht geschehen. Die Übungen werden nicht auf die Stunden des Gottesdienstes angesetzt. Wir müssen uns bei der Einrichtung der staatlichen Jugendwehr vorsehen, daß es nicht wieder heißt: die Kirche ist zu spät gekommen. Ich erinnere in dieser Beziehung nur an die Fortbildungsschulen. Daher hat die Kommission die Umänderung des Antrages des Landespredigervereins beschloffen und den eingangs erwähnten an seine Stelle gesetzt.

Auch über diesen Antrag wurde nach allseitiger Zustimmung in die Beratung eingetreten.

Abgeordneter Ziegeler: Der Ausgangspunkt für den Landespredigerverein war nicht der Krieg. Durch ihn sind unter der Jugend zweifellos Mißstände hervorgerufen. Doch haben sie mit dem Antrage des Vereins nichts zu tun. Er beabsichtigt damit auch nicht, einen Einfluß auf die staatliche Jugendwehr zu gewinnen. Da soll jeder handeln, wie er kann und will. Hier, bei der vom Verein geplanten Jugendfürsorge, soll sich die Kirche auf ihr eigenes Gebiet zurückziehen; es soll ein Jugendgottesdienst angeordnet werden, der vielleicht zweimal im Jahre stattzufinden hat. Im Anschluß daran wird gegebenenfalls das heilige Abendmahl gereicht — eine Sitte, die an manchen Orten besteht. Wir wollen nicht bitten, teilnehmen zu dürfen. Bei der Jugendwehr kommt die Beteiligung des Geistlichen doch meist nur auf ein Dabeistehen heraus, und selten wird ihm die Abhaltung eines Feldgottesdienstes übertragen. Amtlich wollen wir keinen Einfluß auf die Jugend gewinnen, sondern nur durch die Kirche. Das zu erreichen, ist der Jugendgottesdienst der einzige und leichteste Weg. Nur bitten wir, ihn zur kirchlichen Pflicht zu machen. Denn anderenfalls werden manche Geistliche ihn nicht einführen unter Berufung darauf, daß die Einrichtung für ihre Gemeinde zwecklos sei. Versuche, die gemacht würden, würden bald als erfolglos aufgegeben werden, bevor überhaupt eine endgültige Entscheidung über ihre Wirkung ausgesprochen werden kann,

Konfistorial-Vizepräsident Abt Wolbenhauer: Der Antrag der Kommission ist mir sehr sympathisch. Ein jeder von uns sieht ein, daß es Pflicht der Kirche ist, der Jugendpflege in erhöhtem Maße zu dienen; sie hat sich ihrer stets angenommen. Schon ehe in unserer Zeit die Arbeiten zur Erziehung der Jugend von anderer Seite in Angriff genommen sind, hat ihr bereits die Kirche von sich aus gedient. Die Pflicht, für die Konfirmierten zu sorgen, hat sie immer anerkannt. Besonders muß deren gottesdienstliches Leben gefördert werden. Kinder-gottesdienste sind sehr wertvoll, um spätere Jugendpflege vorzubereiten. Wo Gottesdienste für Jugendliche eingeführt werden können, da ist das nur zu begrüßen. In dieser Beziehung einen Zwang auszuüben, ist bedenklich. Immer muß man das vor Augen behalten, daß jetzt und später die Hauptsache ist, christliche, festgegründete Charaktere zu bilden. Die Kirche soll sich hüten, von bestehenden Grundsätzen abzuweichen. Der Einfluß der Familie muß gestärkt und gehoben werden. Da ist es zweifelhaft, ob die Gründung von Jugendvereinen kirchlicher Art zweckmäßig ist. Wo die Möglichkeit dazu vorliegt, soll sie im Auge behalten werden. Wenn somit die Tendenzen des Kommissionsantrages zu billigen sind, wenn somit die Gewinnung des Einflusses auf die Jugendwehr sehr zweckmäßig erscheint, so wird, wie ich annehme, das Konsistorium gern bereit zu sein, die vorgebrachten Punkte zu erwägen.

Abgeordneter Runte: Will man die Jugend nach der Konfirmation in der Hand haben, so ist es unbedingt nötig, daß man ihr während des Konfirmandenunterrichts nähertritt. Sonst kann das Verhältnis nach dieser Zeit nie ein gedeihliches werden. Ich komme da mit einer alten Klage. Für die Geistlichen in den größeren Städten ist es sehr schwierig, sich mit den einzelnen Konfirmanden zu beschäftigen; dazu ist ihre Zahl zu groß. Das trifft besonders für Braunschweig zu; hier ist ein Herankommen an die Kinder ausgeschlossen; im Unterricht sind 80, 90, manchmal 100. Denken wir an diese Zahlen, so müssen wir uns vor den Lehrern schämen, die stets auf eine möglichst geringe Zahl von Schülern in den Unterrichtsstunden hinwirken. Sie lehren wissenschaftliche Fächer; da ist ein Einfluß auch dann noch möglich, wenn die Zahl der Lernenden eine große ist. Wir aber sind in der Seelsorge tätig, und da sind Erfolge nur bei der Beschäftigung mit dem einzelnen zu erwarten. In der letzten Synode ist dieser Gegenstand bereits zur Sprache gebracht; aber es ist nichts zur Verbesserung der bestehenden mangelhaften Zustände geschehen. Der Konfirmandenunterricht

ist eine wahre Last für die hiesigen Geistlichen; sie können nicht einmal die Namen der Kinder behalten. Aber es gibt ein einfaches Mittel, dem Übelstande abzuhelpen. Es müssen jährlich zwei Konfirmationen, im Frühjahr und Herbst, stattfinden. Damit würde die Zahl der Konfirmanden im Unterricht auf die Hälfte vermindert. Dann kann der Geistliche ihnen näher treten, dann kann das Verhältnis zwischen ihnen ein innigeres werden. Die Versuche, die Konfirmierten in der Stadt zusammenzuhalten, sind vergeblich; sie zerstreuen sich. An ihnen wird ein Stadtpfarrer nicht viel tun können; er muß die Zeit zuvor, die Zeit des Konfirmandenunterrichts nützen.

Konfistorial-Vizepräsident Abt **Moldenhauer**: Auch in städtischen Verhältnissen kann in kirchlicher Beziehung für die Jugend viel mehr getan werden als bisher. Darin bin ich entgegen- gesetzter Ansicht wie der Herr Vorredner. Ich stimme aber darin mit ihm überein, daß auch ich glaube, daß der Konfirmandenunterricht großer Massen ein erheblicher Mangel ist. Dem abzuhelpen, müssen Mittel und Wege gefunden werden. Der Vorschlag, die Kon- firmation im Frühjahr und im Herbst vorzunehmen, ist wohl zu erwägen. Vielleicht tritt dann schon eine Besserung ein. Augenblicklich ist indessen eine durchgreifende Änderung nicht tunlich. Es fehlen die geistlichen Kräfte dazu. Mancher Pfarrer ist eingezogen, und die übrigen sind stark in Anspruch genommen. Aber für die Zukunft muß man im Auge be- halten, daß die Konfirmation großer Massen zu vermeiden ist.

Abgeordneter **Knopf**: Dem Abgeordneten Ziegeler stimme ich von Herzen bei. Es ist ein schönes Ziel, das er im Auge hat. Auch ich bin für den Gedanken eines Jugendgottes- dienstes zu haben. Aber die Kirche befindet sich in einer Notlage. Die Jugendwehr hindert sie in ihren Bestrebungen. Die Jugend kommt nicht in die Kirche und kann es nicht, daher muß die Kirche zur Jugend kommen, daher muß sie auf dem Gebiete der Jugendwehr mit tätig sein.

Abgeordneter **Meyer**: Ich habe den Antrag des Landespredigervereins im gleichen Sinne aufgefaßt wie die Kommission; ich habe geglaubt, er gälte der Pflege der konfirmierten Jugend ganz allgemein. Soweit sie in Sonntags- und Kinderschulen geübt wird, soll sie hier aus- scheiden. Da bin ich anderer Ansicht wie der Abgeordnete Ziegeler. Ich lasse unsere Auf- gabe umfassender auf wie er. Er aber hat hier für den Landespredigerverein gesprochen, und demnach müssen wir davon ausgehen, daß dessen Antrag sich im wesentlichen auf die gottesdienstliche Seite der Jugendpflege bezieht.

Auf dem Lande haben wir die Kinder 3 bis 5 Jahre in der Kinder- und Wochenlehre, so daß genügend Gelegenheit geboten ist, mit ihnen bekannt zu werden. Der Unterricht der Konfirmanden wird nicht durch deren übergroße Zahl gehindert. Nun ist die Einrichtung von Gottesdiensten für die Konfirmierten beantragt. Aber wo soll die Zeit dazu herkommen? Wir haben ja ordnungsmäßig noch 2 Jahre nach der Konfirmation Christenlehre. Aber sie hat keine große Bedeutung. Die Jugendlichen kommen nicht zu ihr; selbst Viten helfen da nichts. In Hannover versammelt der Geistliche jetzt wie früher — auch in Nürnberg ist es z. B. so — allsonntäglich die jungen Menschen; der eine Sonntag ist für die männliche, der andere für die weibliche Jugend bestimmt. Bei uns hat in dieser Richtung die Kirche allerlei Versuche gemacht; keiner hat sich als lebensfähig erwiesen. Ich habe zwar keine Bedenken, wenn den Geistlichen der Jugendgottesdienst zur Pflicht gemacht wird. Aber sie haben auch die Pflicht, außerhalb der Kirche für die Jugend zu sorgen. Seit 25 Jahren habe ich mich in dieser Beziehung betätigt, auch z. B. in der Fortbildungsschule, wo ich als Lehrer tätig

hin. Dort ist eine gute Gelegenheit, auf die Jugend religiös-sittlich einzuwirken. Dort kann man sie viel eher packen als im Jugendgottesdienst. Auch bei gemeinschaftlichen Spielen und bei Jungdeutschland ist es möglich, die Jugend für sich zu gewinnen. Aber nicht nur der Erziehung der männlichen Jugend muß unsere Sorge gelten, sondern auch der der weiblichen. Schwierig ist aber die Aufgabe, sobald allein das kirchliche Gebiet in Frage kommt. Dieses ist zwar die Hauptsache. Als Mittel dient hierbei das kirchliche Wort: wir wollen christliche Männer erziehen. Doch dabei entsteht die Schwierigkeit. Diese Art der Unterweisung ist für die heutige Jugend zu ernst. Die ablenkenden Mächte sind zu groß. Früher war das anders; das weiß ich von meiner früheren Stelle her. Aber in jeder größeren Gemeinde wirken Vereine und manches andere abziehend. Eine Verpflichtung, Gottesdienste zu besuchen, läßt sich nicht einführen. Es hilft uns nur ein Mittel: die Inspektion muß immer wieder darum bitten, sich der Jugend anzunehmen. Die Ausrede von so manchem Geistlichen, er sei nicht geeignet dazu, kann ich nicht gelten lassen. Auch ich habe früher nichts davon verstanden. Ich habe aber viel von einem benachbarten Geistlichen gelernt, von dem Superintendenten Wigzel; ich habe ihm viel zu danken. Man muß seine Gaben wecken und entwickeln. Zu große Angstlichkeit, mangelndes Selbstvertrauen ist dabei ein Fehler. Manchem Pfarrer wirkt auch seine Bequemlichkeit hinderlich sein. Einen Sonntagabend muß man schon darangeben. Aber in treuer, beständiger Arbeit kommt man vorwärts. Ich selbst könnte als Beispiele viele jüngere Geistliche nennen, die vorzügliche Erfolge aufzuweisen haben. Noch in vielen Gemeinden läßt sich auf dem besprochenen Gebiete Gutes wirken. Die Geistlichen zu der Jugendpflege zu verpflichten, nützt jedoch nichts; nur ihr Gewissen muß in der Richtung geschärft werden.

Noch eins: Unserer Jugendpflege ist ein scharfer Konkurrent in den Vereinen, selbst in den guten, erwachsen. Dort werden Vergnügungen veranstaltet, die die Jugend anlocken. Dagegen müssen wir den Kampf aufnehmen.

Wenn in bestimmter Reihenfolge Jugendgottesdienste stattfinden, so mag das ein Mittel sein, das uns hilft. Aber von einem Zwange verspreche ich mir in der Regel nichts.

Abgeordneter Schulz: Die Vereine sind eine Notwendigkeit geworden; man muß mit ihnen rechnen, und daher muß der Geistliche in ihre Leitung eintreten. Das Gottesdienstliche aber ist für die Jugend das Stärkende. Zu ihr muß man im Konfirmandenunterricht Stellung nehmen, und herzlich muß man sich zu ihr stellen. Besondere Grundsätze für die Jugendpflege aufzustellen, ist nicht möglich. Leider treten an die Konfirmierten feindliche Mächte heran, die dann das Geiße überwuchern; was andere Leute sagen, übt oft eine größere Macht als die Worte des Seelsorgers aus. Kinder aus Häusern, die christlich-positiv bestimmt sind, halten noch am meisten zur Kirche. Aber auch bei ihnen übt der Zeitgeist seinen Einfluß. Ich empfehle, daß die Kirchenregierung oder das Konsistorium ihren Einfluß auf das Elternhaus ausüben und die Eltern an ihre Pflicht als evangelische Christen erinnern. Vielleicht kann das in der Form eines Hirtenbriefes erfolgen; in der katholischen Kirche wird ja häufiger ein solcher erlassen, und zwar meist mit großem Erfolge. Der Hirtenbrief müßte von der Kanzel verlesen und zum Gegenstande einer Bepredung gemacht werden. Dadurch würde auch die Gemeinde daran erinnert, daß das Konsistorium ihre kirchliche Oberbehörde ist, und das Band zwischen beiden würde wieder enger geknüpft werden.

Die älteren der Kinder müßten auch der Chorpflicht genügen; das Recht besteht noch.

Abgeordneter Ziegeler: Die Bittschrift spricht von kirchlicher Arbeit. Nur auf dieses unter der Aufsicht des Konsistoriums stehende Gebiet bezieht sie sich. Die Jugendpflege bei

Jugenddeutschland oder sonstigen Jugendverbänden seitens der Geistlichen soll durch sie nicht berührt werden. Die Ermahnung der Eltern durch einen Hirtenbrief gehört der Seelsorge an; sie muß indessen der eigentlichen kirchlichen Jugendpflege vorangehen. Der Jugendgottesdienst braucht nicht notwendig an einem Sonntage stattzufinden; es eignet sich jeder Wochentag dazu, wenn auch der Sonntagabend wohl am besten paßt. Es kommen ja auch nur ein oder zwei Abende in Betracht. Jedenfalls vertreten wir die Ansicht, daß die Pfarrer ganz allgemein dazu angehalten werden müssen, damit sich keiner ausschließt.

Konfistorial-Vizepräsident Abt **Moldenhauer**: Auf die Bitte des Abgeordneten Schulz erwidere ich, daß wir sie sorgfältig erwägen werden. Ob ein Hirtenbrief die geeignete Form ist, darüber werden wir uns später schlüssig zu machen haben. Ein Hirtenbrief und ein sonstiger Erlass sind sehr verschieden nach Art und Form. Es kommt ja auch lediglich darauf an, daß den Eltern ihre Pflicht den Kindern gegenüber ans Herz gelegt wird.

Zum Antrage des Abgeordneten Ziegeler kann ich nur äußern, daß ich dem Abgeordneten Meyer in dem zustimme, was er über Zwang und Freudigkeit, auf dem Gebiete der Jugendpflege zu arbeiten, gesagt hat. Wenn auch ein Zwang auf die Geistlichen nicht angebracht sein sollte, so werden wir doch überlegen, ob nicht die Geistlichen und die Kirchenvorstände nochmals kräftig angeregt werden sollen, sich der Arbeit an der Jugend anzunehmen.

Abgeordneter **Knopf**: Den Begriff der kirchlichen Arbeit an der Jugend habe ich anders als der Abgeordnete Ziegeler aufgefaßt. Ich verstehe auch die Arbeit außerhalb der Kirche darunter.

Die Beratung wurde geschlossen und der Kommissionsantrag angenommen.

Hier wurde die weitere Besprechung der Bittschrift durch den Abgeordneten **Gerlich** unterbrochen, der, nachdem seine Bitte, die Beratung zu Punkt a der Bittschrift nochmals zu eröffnen, von der Versammlung mit Zwei-Drittel-Mehrheit auf Grund der §§ 64, 85 der Geschäftsordnung unter Zustimmung der Kirchenregierung stattgegeben war, namens der Kommission den Antrag stellte:

„Die Synode wolle beschließen, die Kirchenregierung zu ersuchen, die Gedächtnisfeier der Reformation in Kirche und Schule auf den 31. Oktober 1917 anzusetzen und für diesen Tag den staatlichen Schutz der Sonntagsheiligung zu beantragen.“

und durch Hinweis auf den oben wiedergegebenen mündlichen Kommissionsbericht zu Punkt a der Bittschrift begründete.

Abgeordneter **Meyer**: Augenscheinlich soll durch den Antrag auf die Reformationsfeier in den Schulen Rücksicht genommen werden. Der Gottesdienst findet jedoch am Vormittag statt, Abendgottesdienste haben wir schon bisher gehabt. Vor längeren Jahren ist besprochen, daß die Schulen am 31. Oktober ausfallen sollten. Durch die Annahme des Antrages kommen wir möglicherweise mit der Schulleitung in Konflikt. Die Festsetzung des Gottesdienstes würde genügen. Auf den zweiten Teil des Antrages lege ich keinen Wert.

Abgeordneter **Gerlich**: Die Wendung „Gedächtnisfeier der Reformation in der Schule“ soll sagen, daß an dem Tage kein Unterricht stattfindet, nicht etwa, daß eine Schulfeier zu veranstalten ist. Die Eisenacher Kirchenkonferenz wird sowieso beschließen, daß der 31. Oktober 1917 als Festtag anzusehen ist.

Die Verleihung des staatlichen Schutzes halte ich für notwendig; denn sonst ist die arbeitende Bevölkerung gehindert, den Tag feierlich zu begehen. Die Arbeitgeber werden ihren Arbeitern vielleicht nicht freigeben, und die Geschäftsleute mit Rücksicht auf ihre Konkurrenz nicht schließen.

Abgeordneter Degering: Bei der 400jährigen Wiederkehr des Geburtstages Luthers war zwei Tage hintereinander Gottesdienst. Der eine Tag war für die Schulen, der andere für die Gemeinden bestimmt. Das muß auch bei der Reformationsfeier durchgeführt werden.

Abgeordneter Deede: Gegen den Antrag muß ich als Landwirt ein Bedenken geltend machen. Das kann mir niemand verübeln und daraus den Schluß ziehen, daß ich unfürsichlich gesonnen sei. Ich bin im Gegensatz zu anderen Landwirten stets für Beibehaltung der alten Festtage, Gründonnerstag, Hagelsfeier, gewesen. Aber der 31. Oktober fällt in die für die Landwirtschaft schwerste Zeit. Da muß jede Stunde genutzt werden. Und wer weiß, wie es dann mit dem Kriege steht! Schon jetzt ist der Sonntagschutz das reine Zerrbild; es wird ruhig gearbeitet. Deshalb bitte ich, heute keine Beschlüsse zu fassen. Ich muß mich gegen den Antrag aussprechen.

Abgeordneter Kunze: über die Worte des Abgeordneten Deede wundere ich mich im höchsten Grade. Wie kann er meinen, daß die Landwirtschaft keine Zeit findet, das Reformationsfest zu begehen! Kein Landwirt wird sich finden, der sagen wird, er müsse an dem Tage arbeiten. Wer es tut, dem fehlt die richtige Auffassung davon, was die Reformation geschaffen hat, was sie uns wert ist. Nicht um materielle Güter handelt es sich, sondern um ideale. Wie kann sich da der Abgeordnete Deede gegen den Antrag aussprechen?! Traurig wäre es, wenn sich noch jemand fände, der seine Ansicht teilt.

Abgeordneter v. Grone: Mir ist die ablehnende Haltung des Abgeordneten Deede vollkommen verständlich. Wenn die Landwirtschaft jetzt in der schweren Kriegszeit jede Stunde für ihre Arbeit nutzt, so entspringt das nicht der Sucht nach Gewinn, sondern es ist ein Gebot der Not.

Nachdem die Versammlung den Kommissionsantrag angenommen hatte,

c) nahm sie den weiteren Bericht der liturgischen Kommission (zu Punkt c der Bittschrift) entgegen, für welche der Abgeordnete Schomburg sprach und den Antrag begründete:

„über den Antrag des Landespredigervereins zur Tagesordnung überzugehen.“

Abgeordneter Schomburg: Die Kirche hat zweifellos ein großes Interesse an der Förderung der Heimstättenjache; daher ist die Bittschrift erklärlich. Ihr Antrag ist im allgemeinen auch klar, läßt es aber im ungewissen, ob er eine Verpachtung oder einen Verkauf der benötigten Ländereien anstrebt. Bevor dieser Punkt nicht geklärt ist, kann die Kommission zu der Eingabe keine Stellung nehmen. Die Kirche darf ihren Grundbesitz nicht veräußern, abgesehen von den Fällen, wo es sich um unbedeutende, vielleicht schlecht zu nutzende Ländereien handelt.

Nach Annahme des Kommissionsantrages nahm

d) zum vierten Punkt der Bittschrift (Fürsorge für die aus dem Kriege heimkehrenden bzw. für die kriegsbeschädigten Theologen) der Abgeordnete Gronau als Berichterstatter das Wort und trug darauf an:

„Die Synode wolle den Antrag 4 des Landespredigervereins durch die Erklärung des Herzöglichen Konsistoriums als erledigt ansehen.“

Abgeordneter **Gronau**, den Antrag begründend: Der Antrag 4 der Vitzschrift zerfällt in zwei Teile: es soll Rücksicht genommen werden auf die Theologie studierenden Kandidaten, welche eingezogen sind, und dann auf die kriegsbeschädigten Theologen.

Die Kommission, an deren Beratung der Konsistorial-Vizepräsident Abt **Moldenhauer** teilgenommen hat, ist der Überzeugung, daß die Kirchenregierung in beiden Punkten das weiteste Entgegenkommen zeigen wird.

Zum ersten Teil bemerke ich: Wir sind in einer schwierigen Lage. Einzelheiten anzuordnen, ist für unsere kleine Landeskirche nicht möglich; wir müssen uns den großen Landeskirchen anschließen. Jedenfalls müssen wir uns einen tüchtigen Stand erhalten; das ist stets zu berücksichtigen. Wir werden aber in unserem Entgegenkommen hinter den größeren Landeskirchen nicht zurückstecken.

Zu Punkt 2 bemerke ich, daß sich schon jetzt ein kriegsbeschädigter im Predigerseminar befindet. Herzogl. Konsistorium hat sich bereit erklärt, alles zu tun, was möglich ist, um die kriegsbeschädigten ihrem Berufe zu erhalten.

Daher rechtfertigt sich der Kommissionsantrag.

Konsistorial-Vizepräsident Abt **Moldenhauer**: Es ist selbstverständlich, daß die Kirchenbehörde die weitgehendste Rücksicht auf die Krieger-Theologen nimmt und für die kriegsbeschädigten Kandidaten sorgt. Es ist aber äußerst wichtig, daß die Ausbildung der Theologen auf der bisherigen Stufe zum mindesten erhalten wird. Vollste Tüchtigkeit muß verlangt werden. Dieser Forderung steht jedoch nichts entgegen, daß bei der ersten Prüfung der aus dem Kriege zurückkehrenden Theologie Studierenden ihre Dienstzeit berücksichtigt wird. Ebenso selbstverständlich ist es, daß bei kriegsbeschädigten Kandidaten, soweit sie nur überhaupt imstande sind, ihr Amt zu versehen, für Weiterbeschäftigung und Anstellung tunlichst Sorge getragen wird.

VII. Nachdem der Kommissionsantrag ohne weitere Besprechung angenommen war, sprach zu dem Antrage des Abgeordneten Gerlich (vgl. Prot. 1, XIII) als Berichterstatter der Kommission der

Abgeordnete **Knopf**: Die Kommission kann sich der Auffassung nicht verschließen, daß das Gesangbuch und die Agende für die jetzigen Zeiten nicht hinreichen. Andere Lieder und andere Kollekten und Kirchengebete, als in ihnen enthalten sind, zu wählen, ist nicht gestattet.

Den Standpunkt des Antragstellers teilt nun zwar die Kommission nicht; sie ist zu einem andern Vorschlage gelangt. Sie hält es für richtig, daß vom Konsistorium unter Hinzuziehung der liturgischen Kommission eine Zusammenstellung verschiedener Lieder mit Kollekten und Kirchengebeten herausgegeben wird. Dann ist dem persönlichen Empfinden des einzelnen nicht Tor und Tür geöffnet. Die Mitwirkung der liturgischen Kommission haben wir deshalb beantragt, damit sie die Vorarbeiten erledigt. Dazu schien sie uns im besonderen Maße berufen. Längere Beratungen sind nicht angebracht, die Zeit drängt.

Daher bittet die Kommission nach einstimmigem Beschluß die Synode, folgenden Antrag an die Kirchenbehörde zu richten:

„Herzogl. Konsistorium wolle ungefäumt unter Hinzuziehung der Mitglieder der liturgischen Kommission ein Kriegslieder-Buch mit etwa 20 Liedern und mit angefügten für die Kriegszeit passenden Kollekten und Kirchengebeten für den Gebrauch im Gemeindegottesdienst herausgeben.

Wegen der Herausgabe und des Vertriebes der Bände wird der Synodalausschuß beauftragt, das Weitere mit Herzogl. Konsistorium zu beschließen.“

Der **Vorsitzende** stellte fest, daß auf seiten der Versammlung und der Kirchenregierung keine Bedenken gegen sofortige Beratung beständen, eröffnete diese und fuhr dann fort:

In dem Kommissionsantrage ist die Mitwirkung der liturgischen Kommission in Vorschlag gebracht. Diese besteht indessen nur für die Dauer der jetzigen Synode. Der Antrag ist wohl so zu verstehen, daß die jetzigen Mitglieder der Kommission gemeint sind.

Konsistorial-Vizepräsident **Abt Moldenhauer**: Ein dringendes Bedürfnis im Sinne der Anträge besteht meiner Ansicht nach nicht. Die Lieder des Gesangbuches reichen für alle Bedürfnisse des gottesdienstlichen Lebens aus. Sein Liederchatz reicht meiner Überzeugung nach in jeder Beziehung aus.

Für den Hauptgottesdienst genügt das allgemeine Kirchengebet; für die Kriegsbetstunde aber ist keine Agende vorgeschrieben, so daß hier die Auswahl der Gebete im Belieben der Geistlichen liegt.

Wenn sich jedoch die Synode für einen der beiden Anträge aussprechen will — prinzipielle Bedenken stehen nicht entgegen. Aber eine solche schnelle Förderung der Sache, wie sie die Kommission wünscht, ist kaum möglich. Bei der Auswahl der Lieder muß sehr sorgfältig vorgegangen werden. Die Dichter der Kriegslieder leben noch, bei manchen Gesängen ist die Schutzfrist noch nicht abgelaufen. Die Vorschriften über den Schutz des geistigen Eigentums müssen beachtet werden. Dadurch entsteht naturgemäß eine Verzögerung der Herausgabe des Buches. Sie wird vielleicht auch in anderen Punkten noch Schwierigkeiten bereiten. Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß das Verfahren sich schwerfällig gestalten wird, wenn man der liturgischen Kommission die Auswahl der Lieder überläßt, den Ausschuß aber mit der Herausgabe des Buches betraut. Sollten nicht beide Arbeiten dem Ausschusse überwiesen werden? Jedenfalls wird das Konsistorium, falls einer der Anträge zur Annahme gelangt, ihn einer sorgfältigen Prüfung unterziehen.

Abgeordneter **Gronau**: Wir sind der Kirchenregierung für diese letzte Erklärung dankbar.

Im Gegenjake zum Vorredner nehme ich ein Bedürfnis zu Änderungen als vorliegend an. Das ist kein Tadel für Gesangbuch oder Agende. Bei ihrer Abfassung konnten die Einwirkungen der langen Kriegszeit nicht abgesehen werden. Diese macht besondere Maßnahmen erforderlich. Man hatte ja auch nicht mit einer so langen Dauer des Krieges gerechnet. Jetzt aber hat sich die Ergänzung von Gesangbuch und Agende als ein immer dringender werdendes Bedürfnis herausgestellt.

Das Herzogliche Konsistorium hat uns den Hinweis zur Pflicht gemacht, daß wir durchhalten müssen. Dieser Auflage kommen wir nach. Indessen läßt sich nicht verkennen, daß sich in manchen Kreisen eine gewisse Kriegsmüdigkeit bemerkbar macht. Da müssen wir es immer von neuem aussprechen, daß wir unbedingt mit allen Kräften den Krieg durchhalten und seine Lasten tragen müssen. Das kleine Heft, um das wir bitten, soll uns bei dieser Aufgabe helfen. Es wird uns in der Gemeinde große Dienste leisten.

Seine Zusammenstellung wird kaum mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein, die Kosten der Herausgabe werden nicht sehr hoch sein. Auf das Geld kommt es auch nicht an. Selbst wenn das Heft einige Pfennige mehr kostet als wir erwarten, wird es doch gekauft werden. Jedenfalls ist mit voller Bestimmtheit zu erwarten, daß die Unkosten gedeckt werden; ja, wir haben vielleicht sogar noch einen Reinertrag.

Abgeordneter **Schulz**: Über die Bedürfnisfrage bin ich mir sehr zweifelhaft. Von anderer, maßgebender Seite -- Nelle -- ist das Gesangbuch ebenfalls als für die heutigen Verhältnisse

genügend bezeichnet worden. Man muß es nur richtig benutzen. Es enthält doch die Lieder aus den Zeiten des 30jährigen Krieges; das sind Kampf- und Kriegsgefänge. Auch die aus Luthers Zeit stammenden sind zum Teil ihnen zuzurechnen.

Der Abgeordnete Gerlich hat das Lied: „Wir treten zum Beten . . .“ angeführt und will dadurch den Beweis führen, daß das Gesangbuch der Ergänzung bedarf. Auch dieses Lied ist nicht neu, es stammt aus der Zeit der Kriegs-Lieder und -Melodien. Ich hege Zweifel, ob der Abgeordnete Gerlich noch weitere Beispiele bringen kann. Die Jetztzeit hat keine Begabung für das Kirchenlied. Was unsere Vorfahren im 16. und im Anfange des 17. Jahrhunderts dachten, sagten und sangen, trug kirchlichen Charakter. Unsere besten Gefänge stammen aus jenen kriegerischen Zeiten.

Wenn indessen die Lieder, um deren Zusammenstellung und Herausgabe gebeten ist, den Ansprüchen der Kirche genügen, so habe ich gegen die Annahme des Antrages nichts einzuwenden. Ich bitte jedoch, den Gebrauch auf Kriegsgottesdienste und auf die Kriegszeit zu beschränken.

Abgeordneter **Drude**: Gewiß würde für manche das Heft eine willkommene Ergänzung des Gesangbuches sein. Aber viele seiner Lieder, die den heutigen Verhältnissen entsprechen, sind nicht in den geistigen Besitz der Gemeinden übergegangen. Sogar solche Luthers befinden sich darunter. Der vom Abgeordneten Schulz erwähnte Nachweis Nelles hat auch mich überzeugt, daß unser Gesangbuch ausreicht. Die Vermehrung der Liederzahl hindert dessen Einleben.

Dagegen halte ich eine Ergänzung des sonntäglichen Kirchengebetes für angebracht.

Abgeordneter **Aulemann**: Als Weltlicher halte ich den Antrag des Abgeordneten Gerlich für glücklich. Einige Herren haben sich zwar dagegen ausgesprochen, aber sie halten ihn doch nur für überflüssig. Wenn die Vermehrung der Lieder auch nicht unbedingt notwendig sein sollte, so ist sie doch für einzelne wünschenswert. Ich sehe keinen Grund ein, warum nicht ihrer Richtung Rechnung getragen werden sollte.

Nun liegen zwei Anträge vor: der des Abgeordneten Gerlich und der der Kommission. Persönlich neige ich mehr dem ersten zu, und ich habe mich selbst an seiner Ausarbeitung beteiligt, um ihn zu stützen. Bei dem Kommissionsantrage sind mir verschiedene Bedenken gekommen. Darin wird die Mitwirkung der „liturgischen Kommission“ gefordert. Aber diese Kommission besteht nach Schluß der Synode nicht mehr. Nur ihre Mitglieder kämen dann noch in Frage. Sie würden dann aber nicht mehr als ein Organ der Synode, sondern lediglich als Privatpersonen anzusehen sein. Zweckmäßig würde es demnach wohl sein, die ihr zugedachten Geschäfte auf den Ausschuß zu übertragen.

Der Kommissionsantrag mutet dem Konsistorium eine ungesetzliche Handlung zu. Die Lieder des Gesangbuches sind durch Kirchengesetz festgelegt. Außer ihnen dürfen keine benutzt werden. Soll diese Rechtslage beseitigt werden, so bedarf es dazu eines Kirchengesetzes. Wenn das Konsistorium eine Abänderung der Agende beschließt, so geschieht es im guten Glauben, der auch den Geistlichen zuzurechnen ist. Nach dem Antrage des Abgeordneten Gerlich soll das Herzogliche Konsistorium durch Kirchengesetz die Befugnis erhalten, unter besonderen Umständen eine Abweichung von der Agende anzuordnen und die Verwendung anderer wie der im Gesangbuch enthaltenen Lieder zu gestatten. Dieser Antrag gibt zu juristischen Bedenken keinen Anlaß, und daher spreche ich mich für ihn aus.

Die Kommission hat sich gegen ihn ausgesprochen, weil sie fürchtet, daß durch seine Annahme der Subjektivismus des einzelnen Geistlichen zu sehr zur Geltung kommen könne.

Sie hat indessen übersehen, daß nach dem Antrage Gerlich dem Konsistorium die Befugnis eingeräumt werden soll, Abweichungen von der Agende anzuordnen und den Gebrauch nicht im Gesangbuch enthaltener Gesänge zu gestatten. Die Entscheidung über die vorzunehmenden Änderungen liegt beim Konsistorium; das persönliche Empfinden des Einzelnen ist demnach nicht maßgebend.

Vielleicht ist es angebracht, den Antrag des Abgeordneten Gerlich zur weiteren Beratung an die Kommission zurückzuverweisen.

Nachdem der **Vorsitzende** darauf hingewiesen hatte, daß der Schlußsatz des Kommissionsantrages in keiner Form in dem Antrage des Abgeordneten Gerlich enthalten wäre, erklärte.

Konsistorial-Vizepräsident **Abt Wolbenhauer**: Der Antrag des Abgeordneten Gerlich deckt sich sachlich nicht mit dem der Kommission. Jener bezweckt den Gebrauch anderer Lieder, wie im Gesangbuch, und anderer Gebete, wie in der Agende enthalten sind. Das findet im Antrage klar Ausdruck. Er ist allgemein gehalten und will dem Konsistorium die Befugnis zusprechen, unter besonderen Umständen Abweichungen von den gesetzlichen Vorschriften zu gestatten. Das ist etwas Anderes, wie die Kommission will. Nach ihrem Wunsche soll vom Konsistorium unter Mitwirkung der liturgischen Kommission ein Kriegsliederheft mit Kollekten und Kirchengebeten herausgegeben werden, die für die Kriegszeit passen. Die Abweichung von Gesangbuch und Agende wird demnach auf die Kriegszeit beschränkt. Ferner werden Konsistorium und Synodalausschuß mit Herausgabe und Vertrieb des Heftes betraut.

Abgeordneter **Runte**: Mir ist die vom Abgeordneten Gerlich vorgeschlagene Fassung die angenehmere, weil auch nach dem Kriege Umstände hervortreten können, die eine Abweichung von dem gesetzlich festgelegten Gebrauche rechtfertigen. Deshalb stimme ich dafür, daß die fragliche Befugnis dem Konsistorium ein für allemal erteilt wird. Auch ich halte es für richtig, den Antrag des Abgeordneten Gerlich zur weiteren Beratung an die Kommission zurückzuverweisen.

Wiederholt ist hier gesagt, die im Gesangbuch enthaltenen Lieder genügten allen Ansprüchen. Dagegen berufe ich mich auf Stimmen aus der Gemeinde. Zwar bringen sie nur die persönliche Meinung Einzelner zum Ausdruck. Aber ihre Ansicht wird von anderer Seite bestätigt. Ein Universitätsprofessor, der mitten im Leben steht, sagt:

„Mir ist es beim Gottesdienst wieder und wieder auf die Seele gefallen, wie wenig im allgemeinen unser Gesangbuch für diese Kriegzeiten zureicht und auch für kommende neue Zeiten zureichen wird. Ja, wir haben einige wenige ganz große Kernlieder, die jetzt wieder ihre ewige Kraft bewähren. Sie sind aber fast an den Fingern zu zählen. Wie klingt so vieles Andere jetzt so matt, so fremd, so klanglos aus ferner Zeit herüber. Wie schlägt das eine außer dem Gesangbuche stehende Lied „Wir treten zum Beten“ so manches Dugend des gewöhnlichen Durchschnitts! Sind nicht bei der Auswahl in unserem Gesangbuche die Grenzen zwischen profan und gottesdienstlich viel zu eng gezogen? Und wie es hier einer Erneuerung der Form bedarf, so bedarf es dieser überall in unseren Agenden und gottesdienstlichen Formen. Ich sehe hier von dem Inhalt ganz ab und nur auf die Form; das Bewußtsein sollte in unserer Kirche sich regen: die neue Zeit nach diesem großen Kriege, der neue Glaube bedarf neuer Formen. Dazu müssen unsere Kirchen imstande sein, den Inhalt der Verkündigung des Glaubens der neuen Zeit gemäß zu gestalten: noch viel einfacher, schlichter, tiefer, von den Hüllen vergangener Zeiten befreit, gegenwärtig, wesenhaft.“

Abgeordneter Heine: Auch ich stimme für die Annahme des Antrages in irgendeiner Form. Ich habe mir im Gesangbuch manchmal ein Lied gesucht, daß für die jetzigen Zeiten paßt. Es war vergebens. Ich halte es für richtig, eine kleine Sammlung Lieder zusammen zu stellen, die ihre Gültigkeit auch über den Krieg hinaus behält. Hierbei gilt das Wort: Doppelt gibt, wer schnell gibt.

Konfistorial-Vizepräsident Abt Moldenhauer: Trotz der Worte des Abgeordneten Kunte muß ich ein Bedürfnis, das Gesangbuch zu vergrößern, verneinen. Ich halte seine Ausführungen nicht für zutreffend. Der Liederdruck, den alle evangelischen Gesangbücher gemeinsam haben, enthält das schönste, und beste, was es überhaupt auf diesem Gebiete gibt. Daß ein neuer Glauben eine neue Liederdichtung hervorrufen kann, erkenne ich an. Aber uns tut kein neuer Glauben not, sondern Vertiefung des alten. Daher brauchen wir auch keine neuen Lieder, sondern innigere und festere Aneignung der alten.

Wenn aber die Versammlung eine Ergänzung des Gesangbuches und der Agende für wünschenswert hält, so würde im Falle der Annahme des Antrages des Abgeordneten Gerlich das Konsistorium Gelegenheit haben, die Frage nochmals eingehend zu überlegen.

Ich habe in der Kommission von vornherein darauf hingewiesen, daß die Kirchenlieder durch Gesetz bestimmt seien, und daß zu ihrer Ergänzung ein Gesetz notwendig sei. Aber die Kommission glaubte, es doch zunächst mit ihrem Antrage versuchen zu müssen. Das Konsistorium selbst hat sie zu diesem Vorgehen verleitet, da es Gebete, die zur Agende gehören, verändert hat. Daher dachten wir, auch ohne Kirchengesetz zum Ziele gelangen zu können. Es ist indessen nicht möglich. Der Abgeordnete Kulemann hat Recht.

Es wird über das Bedürfnis nach neuen Liedern gestritten. Meiner Ansicht nach verhalten sich in dieser Beziehung Stadt und Land verschieden. Auf dem Lande sind die Leute sehr bedrückt; daher haben sie kein Verlangen nach Neuem. Aber freuen würden sie sich über einen Zuwachs an schönen Liedern auch. Das Gesangbuch bietet daran zwar eine Fülle. Gelegentlich stellte ich fest, daß sich unter 6 Gesängen 2 Friedens- und 4 Kriegslieder befanden.

Die Zusammenstellung des Heftes kann nicht viel Zeit in Anspruch nehmen. Mit gutem Willen läßt sich da schnell arbeiten. Wir nehmen Lieder, wie z. B. von Geibel, bei denen die Schutzfrist bereits abgelaufen ist. Bei anderen Liedern setzen wir uns mit dem Verleger in Verbindung; wir werden dann umgehend Antwort erhalten.

Abgeordneter Hetemeyer: Eine Zurückverweisung an die Kommission hat keinen Zweck, sie hat sich ja, wie wir von dem Abgeordneten Kunze gehört haben, mit den Bedenken, die ihrem Antrage auf juristischem Gebiete entgegenstehen, beschäftigt.

Bei dem Antrage des Abgeordneten Gerlich wird stets von einer Ergänzung des Gesangbuches gesprochen; aber es heißt dort: „die Verwendung anderer als der im Gesangbuch enthaltenen Lieder zu gestatten.“ Weshalb das Konsistorium sich gegen den Antrag sträubt, weiß ich nicht.

Wenn gesagt wird, daß der Antrag dem persönlichen Empfinden der Geistlichen zu viel freie Hand lasse, so halte ich dem entgegen, daß nach ihm das Konsistorium die Abweichungen von der Agende anordnen und die Verwendung anderer Lieder gestatten soll. Die Auswahl steht also dem Konsistorium zu, und dieses ist stets objektiv.

Konfistorial-Vizepräsident Abt Moldenhauer: An der Fassung des Kommissionsantrages trage ich keine Schuld. In meiner Gegenwart sind die vom Abgeordneten Kunze erwähnten Bedenken nicht geäußert.

Abgeordneter Gronau: Daß dem Konsistorium die Bestimmung der Lieder, Kollekten und Kirchengebete übertragen wird, dagegen habe ich nichts einzuwenden. Aber ich fürchte, daß dann viele Pfarrer mit ihren besonderen Wünschen an das Konsistorium herantreten werden, und daß dadurch seine Entscheidung beeinflusst wird. Der Kommissionsantrag mag wohl seiner Form nach falsch sein, seinem Inhalte nach ist er es nicht.

Abgeordneter Gerlich: Mit dem Kommissionsantrage bin ich an sich einverstanden. Da aber rechtliche Bedenken gegen ihn bestehen, so bitte ich um seine Ablehnung und um Annahme des meinigen. Auch dann kann Subjektivismus nicht zum Durchbruch kommen; denn das Konsistorium entscheidet bei der Auswahl der Lieder. Das hat die liturgische Kommission bei meinem Antrage übersehen.

Abgeordneter Kulemann: Der Kommissionsreferent hat den Antrag des Abgeordneten Gerlich nicht richtig verstanden. Subjektivismus ist dabei ausgeschlossen.

Wenn der Kommissionsreferent seinen Antrag aufrechterhält, so stelle ich hiermit formell den Antrag:

„den Antrag Gerlich zur nochmaligen Beratung und Berichterstattung an die liturgische Kommission zurückzuverweisen“,

Abgeordneter Knopf: Gegen den Antrag des Abgeordneten Gerlich bestehen praktische Schwierigkeiten. Das Konsistorium kann nicht zu den Geistlichen sagen: die und die Lieder dürft ihr singen. Sie werden nicht zu beschaffen sein. Dasselbe gilt von den Kollekten und Kirchengebeten.

Dann wollen manche Amtsbrüder vielleicht doch wieder andere Lieder haben, und dann entsteht die Gefahr, daß dem persönlichen Empfinden einzelner zu sehr nachgegeben wird. Wir wollen etwas Bestimmtes haben. Deshalb halten wir unseren Antrag aufrecht. Ich bin aber mit einer Zurückverweisung an die Kommission ebenfalls einverstanden.

Abgeordneter Gerlich: Um jede Möglichkeit, daß die Auswahl der Lieder subjektiver Entscheidung untersteht, auszuschalten, ergänze ich meinen Antrag dahin, daß hinter dem Worte „Lieder“ eingeschaltet wird: „die vom Konsistorium zu bestimmen sind“.

Abgeordneter Gronau: Auch ich bin mit der Zurückverweisung einverstanden. Die Kommission wünscht die Herausgabe eines Buches, das Lieder, Kollekten und Kirchengebete enthält. Bei Annahme des Antrages des Abgeordneten Gerlich muß der Geistliche sich diese erst aus verschiedenen Büchern zusammensuchen.

Die Beratung wurde geschlossen.

Der veränderte Antrag des Abgeordneten Gerlich wurde angenommen, nachdem die beiden anderen, der des Abgeordneten Kulemann und der der Kommission, abgelehnt waren.

VIII. Nach Mitteilung der Tagesordnung für den folgenden Sitzungstag setzte der Vorsitzende diesen auf den 1. Dezember 1915, vormittags 10¹/₄ Uhr, an und schloß die Sitzung.

Kaulitz, Gerichtsassessor,
protokollführender Sekretär.

Sitzungsbericht 4

vom 1. Dezember 1916.

Verhandlungen der außerordentlichen Landessynode des Herzogtums Braunschweig.

Gegenwärtig: Die Abgeordneten mit Ausnahme der Abgeordneten **Weder**, **Heine** und **Meier-Zweidorf**,

am Regierungstische: Se. Excellenz Staatsminister **Wolff**, Konsistorialpräsident **Sievers**,
Konsistorial-Vizepräsident **Abt Molbenhauer** sowie

der Sekretär.

I. Nach Verlesung eines Schriftwortes durch den Abgeordneten **Degering** trat die Versammlung in die Tagesordnung ein.

Zu Punkt 1 und 2 derselben: Anträge des Abgeordneten **Drude** betr.

1. Gewährung einer Transportentschädigung an diejenigen Geistlichen, welche einen zum Heeresdienste einberufenen Pfarrer vertreten und dabei Gottesdienste in Filialorten abhalten — Prot. 1, XVI, 1 —,
2. Erwirkung einer Entschädigung an Geistliche, welche einberufene Pfarrer in ihrem Amte vertreten — Prot. 1, XVI, 2 —,

ergriff als Berichterstatter der Kommission der

Abgeordnete **Ziegeler** das Wort; er verlas zunächst den ersten Antrag und fuhr nach der Erklärung, daß der Abgeordnete **Drude** den zweiten im Einverständnis mit Herzogl. Konsistorium zurückgezogen habe, fort:

Bei Beurteilung der Rechtslage tritt zunächst die Frage auf: Wer ist verpflichtet, für die Fahrten der stellvertretenden Geistlichen aufzukommen?

Nach § 5 K.G.D. ist die Kirchengemeinde gehalten, diese Kosten zu tragen. Teils haben es die Gemeinden freiwillig getan, teils haben sie sich geweigert. Indessen ist auch in diesen Fällen ein Einverständnis erzielt. Die Kirchengemeinden haben die Auslagen übernommen. Dieser Zustand bedarf der Abänderung; denn die Vertretungen dauern zu lange und verursachen den Gemeinden erhebliche Kosten. Es ist recht und billig, sie ihnen zu ersparen.

Doch woher sollen die Mittel dazu genommen werden? Bei dieser Frage taucht die weitere auf: Wo bleiben die Geldentschädigungen, welche die einberufenen Pfarrinhaber für Fahrten zur Abhaltung von Gottesdiensten in den Filialen piarranschlagemäßig erhalten? Sollten sie nicht zum Ausgleich der den Gemeinden durch die Einberufungen ihrer Pfarrer entstehenden Ausgaben verwandt werden? Man könnte ja sagen, wenn die Pfründen reich sind, können sie die Kosten tragen. Aber diese haben mit ihnen nichts zu tun und erfordern mitunter Zuschüsse aus der Klosterreinertragskasse. Deshalb ist es wohl gerecht, wenn das Konsistorium die frei werdenden Beträge ansammelt und sie den betroffenen Gemeinden zur Verfügung stellt.

Abgeordneter **Beste-Schöppenstedt**: Auch in der Inspektion Schöppenstedt sind bei der Fuhrkostenfrage Schwierigkeiten entstanden. In ihr sind fünf Stellen ohne Pfarrer. Klein Wahlberg und Berklingen wurden von einer Kraft versorgt. Das dauerte nur kurze Zeit, da erfolgte die Einberufung des Pfarrinhabers. Jetzt sollte die Gemeinde die Fuhrkosten für den Vertreter bezahlen; sie weigerte sich dessen, zumal alle ihre Mittel erschöpft waren. Ich habe dann die Gemeinde beruhigt, und wir haben vereinbart, daß die Kosten zunächst vorstufweise gezahlt werden sollten. Ich bitte, die Kirchenkasse die Kosten nicht tragen zu lassen.

Ich möchte noch einen Punkt zur Sprache bringen. In der Zeit, wo der Pfarrer abwesend ist, hält nicht ein Geistlicher Gottesdienst ab, sondern die Opferleute Lesegottesdienste. In meiner Inspektion haben 500 solche stattgefunden, für die die Opferleute keine Entschädigung bekommen haben. Sie bekommen sie nicht am Wohnorte ihres Geistlichen. Dieser steht sich gut. Er braucht nicht mehr zu predigen als sonst; nimmt er aber Amtshandlungen am Orte der Vakanz vor, so erhält er 9 M. Ich will keinen Antrag stellen, halte indessen eine entsprechende Entschädigung bei der erheblichen Mehrleistung für angemessen.

Konsistorialpräsident **Sievers**: Auf den Wunsch, den der Herr Vorredner am Schlusse seiner Rede äußerte, kann ich nur erwidern, daß vernünftigen Ansprüchen der § 44 des Gemeindefschulgesetzes bereits gerecht wird. Es heißt dort: „Jeder Lehrer ist verpflichtet, ohne Anspruch auf Entschädigung bei den Gemeindefschulen und im Kirchendienste des Herzogtums Aushilfe zu leisten, soweit dadurch für ihn eine wesentliche Mehrbelastung nicht verursacht wird. Andernfalls und insbesondere bei erheblicher Aushilfeleistung an einem anderen als dem Wohnorte des Lehrers ist ihm eine angemessene Vergütung zu gewähren.“ Auf Grund dieser Bestimmung können die Opferleute entsprechend der Bitte des Abgeordneten Beste entschädigt werden.

Was den Antrag Drude anlangt, so steht das Konsistorium auf dem Standpunkte, daß diese Gelder nur für den Transport des Geistlichen nach seinem Filialorte, nicht aber für den Transport des Vertreters aus einem benachbarten Orte nach dem Pfarrdorfe verwendet werden dürfen. Nach § 5 K.G.D. sind bei Anordnungen von Vertretungen deren Kosten von der Kirchengemeinde zu tragen. Ein Fall der Weigerung, diese Verpflichtung zu erfüllen,

ist dem Konsistorium nicht bekannt geworden. Sonst würden wir gegen die betreffende Gemeinde vorgegangen sein. Wir wissen nicht, welche Gemeinden in Frage kommen. Wir wollen aber nochmals prüfen, ob nicht die Kosten, welche für die Fahrten nach den Filialen angelegt sind, für den angeregten Zweck zur Verfügung gestellt werden können. Sie sind übrigens regelmäßig nur gering. Das steht jedenfalls jetzt schon fest, daß die Gemeinde den überschießenden Betrag auf alle Fälle tragen muß; denn zu seiner Deckung sind keine Mittel vorhanden.

Abgeordneter Beste-Wolfenbüttel: Tatsächlich haben sich, wie ich gehört habe, mehrere Gemeinden geweigert, die Transportkosten zu zahlen. Sind sie denn damit durchgekommen? Es hätte doch die Entscheidung des Konsistoriums angerufen werden müssen, und dieses hätte zweifellos die Anweisung zur Zahlung erteilt. Denn die Kirchengemeinde ist verpflichtet, für Beschaffung der Mittel zur Befriedigung ihrer kirchlichen Bedürfnisse zu sorgen.

Abgeordneter Perl: Ich möchte dem Abgeordneten Beste-Schöppenstedt kurz auf den Schluß seiner Rede erwidern. Bei den Lehrern herrscht, wie bekannt, Unzufriedenheit; sie ist aber nicht begründet. Wenn sie den auswärts amtierenden Geistlichen vertreten, erhalten sie keine Entschädigung; anders, wenn die Pfarstelle vakant oder ihr Inhaber einberufen ist. Man muß doch bedenken, daß der Geistliche die Entschädigung nicht deshalb gezahlt erhält, weil er an einem anderen Orte predigt, sondern deshalb, weil er für Unterkunft und Kost möglicherweise nicht zu vermeidenden Auslagen hat. Das trifft besonders dann zu, wenn er außerhalb seines Wohnortes Vormittags- und Nachmittagsgottesdienste abzuhalten hat. Die Tagegelder erhält er für seine Auslagen und für die größere Mäheverwaltung.

Abgeordneter Biegeler: Soweit der kirchenrechtlichen Kommission bekannt ist, hat sich kein Geistlicher an das Konsistorium mit dem Antrage gewandt, eine Kirchengemeinde zur Erstattung der Fuhrkosten zu zwingen. Die Gemeinden haben lediglich gebeten, ihnen ihre Auslagen aus den Ersparnissen zu ersetzen, die durch den Fortfall der Fahrten des einberufenen Geistlichen nach seinem Filialdorfe entstanden sind. Die Bitte ist abgelehnt. Nun standen die Amtsbrüder vor der Frage: sollen wir überhaupt nicht hingehen, oder sollen wir den Weg zu Fuß machen? Sie haben letzteres getan. Das haben zwei Herren nicht durchführen können, sie sind krank geworden. Daraufhin sind die Gemeinden zur Zahlung der Transportkosten veranlaßt worden.

Konsistorial-Vizepräsident Abt Moidenhauer: über die Vertretung der Opferleute scheint keine völlige Klarheit zu herrschen. Nur Vakanzfälle kommen in Betracht, d. h. solche Fälle, in denen die Pfarre unbesetzt ist, nicht auch die, in denen ihr Inhaber zum Heere einberufen ist. Von den Vakanzfällen scheiden aber wiederum die aus, wenn die Vakanz am Wohnort des Opfermanns eingetreten ist; denn dann, wenn er alle 14 Tage Lesegottesdienst abhält, wird er aus der Pfarrvakanzklasse entschädigt. Nur wenn der Geistliche die Hilfe des Opfermanns außerhalb seines Wohnsitzes in Anspruch nimmt, steht diesem eine Entschädigung zu. Diese Fälle sind gewiß selten. Wenn in einer Inspektion sehr viele Lesegottesdienste stattgefunden haben, so ist das darauf zurückzuführen, daß die Geistlichen außerhalb ihres Wohnsitzes Amtshandlungen vornehmen und die Opferleute sie vertreten mußten. Dafür erhalten sie keine besondere Bezahlung. Sie sind ja an ihrem Wohnorte tätig; sie haben die Pflicht dieser Vertretung und bekommen für diese ihre jährliche Vergütung. Eine Ausnahme hiervon besteht, wenn die dadurch entstehende Mehrbelastung eine erhebliche ist. Solche Fälle stehen vereinzelt da; bei ihnen hilft der § 44 G. Sch. G. aus. In den weit meisten Fällen ist die

Arbeitssteigerung nur eine geringe. Dann ist eine Entschädigung für die Vertretung des auswärtig amtierenden Geistlichen nicht erforderlich. Die Mißstimmung der Lehrer ist nicht gerechtfertigt.

Abgeordneter Bitten: Im Falle der Weigerung der Gemeinden, die Fuhrkosten zu zahlen, muß das Konsistorium einschreiten. Häufig liegen der Fuhrberechtigung privatrechtliche Verpflichtungen zugrunde; die Fuhrten waren meist in natura zu leisten. Dem Be-
 §§ 5, 70. R. G. D. rechtigten gegenüber steht jetzt die Kirchengemeinde als Verpflichtete. Inwieweit dieses früher aus besonderen Rechtsgründen andere Personen waren, steht ihr gegen sie ein Rückgriffsrecht zu. Ohne deren Zustimmung kann sie, falls sie nicht dieses Anspruches verlustig gehen will, keine Änderungen der ursprünglichen Leistungen festsetzen.

Abgeordneter Rulemann: Mir ist bei den Verhandlungen ein formeller Gesichtspunkt aufgefallen. Wie wir von dem Vertreter des Konsistoriums gehört haben, ist seine Entscheidung nicht angerufen. Das Konsistorium war demnach nicht in der Lage, eine Anweisung zu erteilen oder vermittelnd einzugreifen. Es wäre sachdienlich gewesen, zunächst einen endgültigen Bescheid der Behörde herbeizuführen. Da der Instanzenweg nicht erledigt ist, so würde in anderen Parlamenten der Antrag abzulehnen sein. Das würde ich hier auch gern tun. Aber jedes Mitglied des Hauses hat ein Recht darauf, Anträge zu stellen. Praktisch ist das eingeschlagene Verfahren jedenfalls nicht, da ja nicht feststeht, welchen Standpunkt die kirchliche Oberbehörde einnehmen wird, falls sie vor eine Entscheidung gestellt wird.

Der Vertreter des Konsistoriums hat bezüglich der Entschädigung der Opferleute auf § 44 G. Sch. G. verwiesen. Ich habe Bedenken, ob diese Vorschrift Anwendung findet. Die Lehrer haben eine Doppelstellung, einmal sind sie Gemeindegemeindefuhrlehrer und dann Kirchendiener. Ob für ihre Befoldung in dieser Eigenschaft die Schulkasse in Anspruch genommen werden kann, ist mir zweifelhaft.

Konsistorial-Vizepräsident Abt Woldenhauer: Weigerungen irgendwelcher Gemeinden, die Fuhrkosten zu tragen, sind nicht zur Kenntnis des Konsistoriums gekommen. Es haben lediglich Verhandlungen darüber geschwebt, wem die Auslagen dafür zur Last fallen. Das Konsistorium hat sich dahin geäußert, daß die Kirchengemeinde die Verpflichtete sei. Dabei hat sich diese augenscheinlich beruhigt.

Bei der Vertretung der Geistlichen im Lesegottesdienste kommen die Lehrer zwar nicht in ihrer Eigenschaft als Gemeindegemeindefuhrlehrer, sondern als Opferleute in Betracht. Aber die Schulkasse genießt die Einkünfte der Opferleute; daher hat sie auch die Mehrleistungen der Opferleute zu vergüten.

Staatsminister Wolff: Anscheinend herrscht über die Vorschrift des § 44 G. Sch. G. nicht die genügende Klarheit, und es ist deshalb seine Bekanntgabe wünschenswert.

Nach Verlesung des Paragraphen fortfahrend:

Was der Abgeordnete Rulemann über die Wahrung des Instanzenzuges gesagt hat, unterstreiche ich doppelt und dreifach. Es ist dringend erwünscht, bevor Anträge an die Versammlung gerichtet werden, die Entscheidung der zuständigen Behörde herbeizuführen. Das wird in anderen Parlamenten regelmäßig gefordert.

Abgeordneter Struve: Der Antragsteller hatte gehört, daß die Kirchengemeinden, deren Geistliche einberufen sind, Schwierigkeiten machten, die Fuhrkosten zu ersetzen; ihm war ferner der Auspruch des Konsistoriums bekannt geworden, der daraufhin erfolgte. Da er diesen nicht

billigte, so hielt er sich zur Stellung seines Antrages berechtigt. Das Konsistorium hat sich nunmehr bereit erklärt, in eine erneute Prüfung der Angelegenheit einzutreten. Damit hat der Antragsteller erreicht, was er wollte.

Abgeordneter **Sartmann**: Ich bedaure, daß die Kirchenregierung den Gemeinden nicht zu Hilfe kommen kann. Meine Gemeinde hat bereits 700 *M* für Fuhrkosten gezahlt, ohne Aussicht auf Ersatz oder Unterstützung. Das erregt Mißstimmung. Ich bitte um eingehende Prüfung, ob sich nicht Mittel und Wege finden lassen, welche zu einer Entlastung der betroffenen Gemeinden führen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Staatsminister **Wolff**: Wenn letzteres richtig wäre, so wäre ich froh.

Der Antrag des Abgeordneten Drude wurde darauf angenommen.

II. Die Versammlung wandte sich zu Punkt 3 der Tagesordnung, zu dem im Protokolle 1 unter XIV, 1 wiedergegebenen Antrage des Abgeordneten Struve. Der Berichterstatter der kirchenrechtlichen Kommission.

Abgeordneter **Perl** verlas ihn und fuhr fort:

Der Inhalt des Antrages hat die Synode schon häufiger beschäftigt. Sie hält ihn für sachgemäß und dringlich, zumal die früheren gleichlautenden Anträge eine befriedigende Erledigung nicht gefunden haben. Deshalb ist er von neuem eingebracht.

Der Antrag bezweckt zweierlei: einmal, die Geistlichen von der Verpflichtung zu befreien, im Falle ihrer Beurlaubung für Vertretung zu sorgen, und dann, ihnen die Zahlung von Reisekosten usw., die sie bei Krankheit für ihren Vertreter aufbringen müssen, abzunehmen.

Jetzt muß der Geistliche, bevor er Urlaub beantragt — gleich, zu welchem Zwecke —, nach den gesetzlichen Bestimmungen zuvor für Vertretung sorgen; sonst wird sein Gesuch abgelehnt. Allerdings ist das Verfahren bei länger dauernden Krankheiten, meist solchen, die eine Emeritierung zur Folge haben oder bei denen mit tödlichem Ausgange zu rechnen ist, schon jetzt ein anderes; es ist üblich, die Vertretung ohne Mitwirkung des Geistlichen auf Vorschlag des Superintendenten durch das Konsistorium zu ordnen. Früher geschah das nicht. Der kranke Geistliche oder ein Familienangehöriger war gezwungen, einen Vertreter zu beschaffen. Dieser unmögliche Rechtszustand muß beseitigt werden. Es kann einem Kranken oder dessen Frau, die sich vielleicht um ihn ängstigt, nicht zugemutet werden, für einen Vertreter zu sorgen. Das muß durch die vorgesetzte Behörde geschehen, und zwar in allen Fällen, damit der Geistliche, um Urlaub erlangen zu können, nicht auf seinen Nachbar angewiesen ist.

Der Geistliche hat für die Beförderungs- und Verpflegungskosten seines Vertreters aufzukommen. Diese Verpflichtung besteht noch. In früheren Zeiten war sie berechtigt; sie ist zuerst erwähnt 1570 in der Kirchenordnung des Herzogs Julius. Damals beruhte die Entlohnung des Pfarrers auf dem Pfründensystem; die Pfründe kam für alles auf, was der Pfarrer benötigte. Jetzt liegen die Verhältnisse anders. Mit dem Pfründensystem ist gebrochen; der Pfarrer bezieht Dienstgehalt; er ist dem Staatsbeamten gleichgestellt. Daher ist eine Änderung der bestehenden Vorschriften gerechtfertigt. Sie enthalten eine Unbilligkeit im Verhältnis zu den Staatsbeamten, auch zu den Gemeindegemeindeführern und Opierleuten. Es ist ferner zu bedenken, daß ein Geistlicher, der erkrankt ist, schon insolge dessen hohe Ausgaben für Arzt, Apotheker usw. hat, zumal auf dem Lande, wenn Arzt und Apotheker nicht am Orte sind. Um so härter trifft es ihn, wenn er zu diesen Kosten noch die tragen muß, welche

durch Reisen und Verpflegung seines Vertreters entstehen. Nun kann letztere zwar in natura geleistet werden. Indessen ist das oft sehr störend für den Haushalt des Geistlichen und, wenn er ernstlich krank ist, sprechen Gründe seelischer Natur dagegen.

Es entsteht die Frage, woher sollen die Mittel genommen werden, die die Kirche zur Erfüllung der von ihr zu übernehmenden Verpflichtungen bedarf. Seitens der Kirchenregierung ist ja der Weg gewiesen: Einführung der Kirchensteuer. Wir erhalten sie hoffentlich bald, damit den Geistlichen geholfen werden kann, wie es der Antrag wünscht.

Die Kommission hat sich dem Antrage des Abgeordneten Struve angeschlossen und bittet die Versammlung um seine Annahme.

Staatsminister **Wolff**: Die innere Berechtigung der Darlegungen des Berichterstatters erkenne ich an. Wäre der Krieg nicht gekommen, so würde bereits Abhilfe geschaffen sein. Jetzt aber sehe ich keinen Weg dazu. Die Zeiten sind nicht dazu angetan, eine Kirchensteuer einzuführen; auf staatliches Entgegenkommen ist nicht zu rechnen. Die Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten ist schwer zu tragen und wird es sein, selbst wenn wir einen ehrenvollen Frieden erhalten. In solcher Zeit ist es für die Landesregierung ausgeschlossen, weitere Verpflichtungen zu übernehmen. Seien Sie indessen versichert, daß seitens der Regierung alles getan werden wird, um den berechtigten Wünschen der Geistlichen nachzukommen.

Abgeordneter **Struve**: Mehr wollte ich nicht erreichen.

Der Antrag des Abgeordneten Struve wurde angenommen.

III. Der ebenfalls von der kirchenrechtlichen Kommission zu erstattende Bericht über den 4. Punkt der Tagesordnung, Bittschrift der kirchlichen Arbeitsgemeinschaft Maßregeln gegen die Unfittlichkeit betr., lag in den Händen des Abgeordneten **Kulemann**: Sämtlichen Mitgliedern der Synode ist die Bittschrift der kirchlichen Arbeitsgemeinschaft abschriftlich zugegangen; daher kann ich mich kurz fassen.

Es ist geäußert worden, daß der Krieg auf sozialem Gebiete große Wirkungen hervorgerufen hat, daß eine Vereinigung aller Kreise erfolgt sei. Ein Zusammenschluß ist erfolgt wie vor 25 Jahren anläßlich der Kaiserlichen Botschaft. Der Evangelisch-soziale Kongreß wurde gegründet. Damals ist unser Herzogtum nicht zurückgeblieben. Jetzt hat sich eine große Anzahl von Organisationen, deren Wirksamkeit auf religiösem, kirchlichem und sittlichem Gebiet liegt, ohne Unterschied der Richtung zu einer „Konferenz deutscher evangelischer Arbeitsorganisationen“ zusammengeschlossen. Das haben wir mit Freude begrüßt. Auch hier steht das Herzogtum nicht zurück; hier hat sich die „Kirchliche Arbeitsgemeinschaft“ gebildet.

Eine der Hauptaufgaben dieser Gesellschaft ist der Kampf gegen die Unfittlichkeit. Schwere Mängel bestehen bei uns auf dem Gebiete der Sittlichkeit. Sie bestanden schon vor dem Kriege; der Rückgang der Geburten zeigt das deutlich. Ein Verein zur Bekämpfung der öffentlichen Unfittlichkeit ist zwar ins Leben getreten. Aber die Zustände hätten mehr Beachtung verdient, als ihnen zugewandt ist. Der Krieg hat die schweren sittlichen Schäden aufgedeckt; Erz. v. Bissing hat ja auch auf sie hingewiesen. Ihnen sollten die Behörden trotz ihrer Belastung mehr Aufmerksamkeit widmen.

Der Kampf gegen die Unfittlichkeit ist mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Früher lag er fast ausschließlich in den Händen der Geistlichkeit. Sie sagte ihn vom idealen Standpunkte aus auf und fragte, wie sollte es sein. Danach wurde das Ziel gesteckt. Das ist auch bei unseren früheren Verhandlungen über diesen Punkt zutage getreten. Jetzt ist das Streben abgeschwächt; die kirchliche Arbeitsgemeinschaft beschränkt ihr Ziel auf das zunächst Erreich-

bare. Vor 20 bis 25 Jahren haben die Behörden zu der jetzt wieder zu erörternden Frage hier Stellung genommen. Damals sind sie deshalb von den idealistischen Kreisen angegriffen. Sie werden wohl heute noch den gleichen Standpunkt vertreten; es hat daher keinen Zweck, die Forderungen zu hoch zu schrauben. Man soll nicht nur Sittlichkeit predigen, man soll auch auf die hygienische Bedeutung der Frage hinweisen; man muß sie mehr praktisch als ideal anpacken.

Im Kampf gegen die Unsitlichkeit wird man oft die Beobachtung machen, daß sie auf der einen Seite niedergekämpft, auf der anderen Seite wiederum zum Vorschein kommt. Das ist auf schlechte wirtschaftliche Verhältnisse zurückzuführen. Die jungen Männer können nicht heiraten, weil sie eine Familie zu ernähren nicht in der Lage sind. Ich bin der Überzeugung, daß eine möglichst frühzeitige Heirat das Beste ist. Solange der wirtschaftliche Übelstand, die Grundlage der Unsitlichkeit, besteht, ist die Erreichung des idealen Zieles ausgeschlossen. Darum müssen wir uns bescheiden.

Zu den Beratungen wollten wir Fachleute: Ärzte und Verwaltungsbeamte, hinzuziehen. Diese versagten. Zuerst hatte ich das Gefühl, wir würden in Allgemeinheiten stecken bleiben. Aber darüber hat uns die Unterstützung der Ärzte hinweggeholfen. In Berlin besteht ein Ausschuß aus Autoritäten allerlei Richtungen; das Ergebnis ihrer Verhandlungen ist in der Zeitschrift der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten niedergelegt.

Die Kommission hat sich eingehend mit den von der kirchlichen Arbeitsgemeinschaft aufgestellten Leitsätzen beschäftigt und empfiehlt sie der Landes Synode zur Annahme. Sie sind auf das zunächst Erreichbare beschränkt, allerdings nicht deshalb, weil die kirchliche Arbeitsgemeinschaft das ideale Ziel ablehnte, sondern aus praktischen Gesichtspunkten.

Die Arbeitsgemeinschaft hat an die Landes Synode die Bitte gerichtet, ihren Einfluß dahin geltend machen zu wollen, daß im Sinne der Leitsätze eine Änderung in Gesetzgebung und Verwaltung erwirkt werde. Wir müssen uns fragen, was geschehen soll. Die Hauptarbeit bei der Bekämpfung der Unsitlichkeit fällt dem Staate zu; aber auch die Kirche kann helfen. Sie kann der Staatsregierung unterstützend und aufmunternd zur Seite stehen, sie kann immer wieder auf die bestehenden Mängel hinweisen, sie kann aufklärend wirken. Auch sie hat ein Arbeitsfeld.

Namens der Kommission beantrage ich:

„Die Landes Synode wolle angesichts der schweren sittlichen Schäden auf dem Gebiete des menschlichen Geschlechtsverkehrs, die in neuerer Zeit immer offener hervorgetreten sind, die Kirchenregierung ersuchen, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß im Sinne der von der „kirchlichen Arbeitsgemeinschaft für das Herzogtum Braunschweig“ überreichten Leitsätze eine Änderung in Gesetzgebung und Verwaltung herbeigeführt werde.“

Der Vorsitzende eröffnete darauf die Beratung.

Staatsminister **Wolff**: Das Ziel, das von der kirchlichen Arbeitsgemeinschaft erstrebt wird, wird von der Kirchen- und von der Staatsregierung gleichfalls als erstrebenswert erachtet. An dieser Stelle kann ich mich nur mit aller Vorsicht äußern. Gegen einzelne der vorgeschlagenen Wege bestehen jedenfalls bei der Staatsregierung Bedenken.

Abgeordneter **Struve**: Es ist sehr wertvoll, daß bei der Ausarbeitung der Leitsätze eine medizinische Autorität mit tätig gewesen ist. Die der Staatsregierung nahestehende medizinische Autorität steht allerdings auf einem anderen Standpunkt. Mitgewirkt hat die andere hiesige

Autorität. Das wird die Regierung bei Prüfung der Vorfälle, um die wir bitten, berücksichtigen müssen.

Abgeordneter **Kulemann**: Ich danke dem Herrn Staatsminister für die Anerkennung, die er den Zielen der kirchlichen Arbeitsgemeinschaft gezollt hat. Die Bedenken, die gegen deren Vorfälle bestehen, hat er nicht näher angegeben; daher ist ein näheres Eingehen auf die Sache selbst ausgeschlossen.

Ich will noch eins hervorheben. Die Kommission und die kirchliche Arbeitsgemeinschaft bezweckt mit dieser Beratung nicht nur die Annahme der Vorfälle durch die Synode, sondern verfolgt noch ein weiteres Ziel, nämlich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen. Die Öffentlichkeit muß auf die sittlichen Schäden hingewiesen werden; dazu fand sich kein passender Ort als die Synode. Sie soll die Öffentlichkeit beeinflussen. Die Presse wird das Thun tun.

Der Kommissionsantrag wurde angenommen.

IV. Nach Verlesung des Antrages Ziegeler (vgl. Prot. 2, VI, S. 12) gab der Berichtserstatter, Abgeordneter **Perl**, bekannt, daß die kirchenrechtliche Kommission den Antrag mit Zustimmung des Abgeordneten Ziegeler folgendermaßen abgeändert habe:

„Synode richtet an Herzogliches Konsistorium die Bitte, durch Einwirkung auf die Gemeinden Maßregeln zu treffen, daß Kriegsbeschädigte und Kriegswitwen in kirchlichen Diensten und in der kirchlichen Gemeindepflege in weitestem Umfange angestellt werden, ferner, daß diese Personen die nötige Sachausbildung erhalten.“

Abgeordneter **Perl** fortsetzend: Dieser Antrag gilt nunmehr als der des Abgeordneten Ziegeler.

Es ist zu beklagen, wieviel Witwen und Verstümmelte der Krieg schafft. Für sie alle muß gesorgt werden. Das Reich allein kann es nicht; alle überhaupt nur in Betracht kommenden Stellen müssen helfen. Da darf die Kirche nicht an letzter Stelle stehen, sie muß vorangehen. Daher ist der Antrag berechtigt.

Kriegsbeschädigte können im Dienste der Kirche, besonders in den niederen Stellen, beschäftigt werden. Sie können bei Verpachtungen bevorzugt werden. Bei der Besetzung von Stellen mit ihnen ist darauf zu achten, daß Verdienst und Rente ihnen ein auskömmliches Einkommen sichern.

Für die Frauen gestalten sich die Verhältnisse schwieriger. Für sie kommt Gemeindepflege und Organisierten in Betracht, vielleicht können sie auch in der Opferei beschäftigt werden. Schon jetzt hat das Konsistorium in einem Erlaß darauf hingewiesen, daß die Einrichtung von Kindergärten wünschenswert sei. Zwar soll diese Einrichtung nur einfacher Natur sein und nur für die Dauer des Krieges bestehen. Indessen ist es ein Anfang zur Gemeindepflege. Und für diese sind stets in erster Linie die Kriegswitwen heranzuziehen. In der Fürsorge für sie muß die Kirche voranstehen.

Was nun die Ausbildung der Kriegswitwen anbetrifft, so müssen die bereits dazu vorhandenen Einrichtungen ihnen zugänglich gemacht werden. Wie weit es möglich ist, die Frauen im Seminar im Orgelspiel kostenlos auszubilden, läßt sich in der Kürze der Zeit nicht übersehen. Bei der inneren Mission gibt es aber eine ganze Anzahl Einrichtungen, in denen ohne Schwierigkeiten die in Aussicht genommenen Personen unterrichtet werden können.

Schwierig gestaltet sich, die Mittel für die Ausbildung aufzubringen. Es ist auf die Opfereifründe verwiesen. Durch das G. Sch. S. ist über sie Bestimmung getroffen. Aber die politische und die Kirchengemeinde können sich über das Opfereivermögen auseinander-

setzen. Daß ist an manchen Orten bereits geschehen. Wo demnach die Kirchengemeinde im Genuß der Pfründe ist, da können deren Einnahmen zu dem fraglichen Zwecke verwandt werden. Der Kirchengemeinderat ist schon jetzt unter Umständen berechtigt, aus ihnen Mittel zu bewilligen. Schließlich ist doch auch auf die Hilfe Privater und der politischen Gemeinden zu rechnen. Jedenfalls darf der Antrag nicht daran scheitern, daß keine Mittel vorhanden sind. Die Kommission hat sich für ihn ausgesprochen.

Konfistorialpräsident **Sievers**: Mit der Tendenz des Antrages bin ich vollkommen einverstanden. Schon vor einem halben Jahre ist vom Konsistorium die Anregung ausgegangen, die Kirchengemeinden möchten Kriegsbeschädigte anstellen. Selbstverständlich konnte dem noch nicht überaßl entsprochen werden, da die Stellen noch in festen Händen sind.

Abgeordneter **Rulemann**: Ich möchte auf einen neuen Gesichtspunkt aufmerksam machen.

Daß für die Kriegswitwen und Kriegsbeschädigten Fürsorge getroffen werden muß, und daß der Ausbau des Kirchengemeindelebens dringend erwünscht ist, ist bereits gesagt. Die Stellen aber, für welche sich möglicherweise die Kriegsbeschädigten eignen, sind in den Händen der die niederen Dienste versehenen Personen und der Lehrer. Wünschen diese denn ihre Stellen zu behalten? Ich glaube: nein. Die letztergangene Bestimmung des Konsistoriums hat ihre Unzufriedenheit erregt. Daher habe ich mir die Frage vorgelegt, ob nicht der Zwang für die Lehrer, Kirchendienste zu verrichten, am besten beseitigt würde. Erklären sie sich dennoch dazu bereit, nun, so ist es gut. Sie haben dann jedenfalls kein Recht zur Klage mehr, wie sie es heute für sich beanspruchen. Lehnen sie die Übernahme der Dienste ab, so würden wir vor die Frage gestellt sein: Woher nehmen wir die Ersatzkräfte? Dazu ist eben das neue Menschenmaterial: Kriegsbeschädigte und Kriegswitwen, dc.

Abgeordneter **Struve**: Der Herr Vorredner hat da ein Thema ange schnitten, von dem ich lieber nichts gehört hätte. Ein gewisse Unzufriedenheit über die Dienstanzweisung für Opferleute besteht. Die Lehrer wünschen die Möglichkeit des freien Vertrages. Ich persönlich bin diesem Verlangen nicht abgeneigt. Indessen ist es vorläufig unmöglich, ihm stattzugeben. Zunächst muß auf Ersatz Bedacht genommen werden; so schnell läßt er sich nicht schaffen. Und dann ist auch wohl die Unzufriedenheit der Lehrer nicht so groß, daß sie ihre Stellen im Kirchendienste aufgeben würden; das wollen wohl nur die Führer. Nach dem Kriege wird mancher Lehrer die Einnahme von 450 Mark gern mitnehmen; der Krieg legt große Lasten auf.

Was der Kommissionsreferent über die Ausbildung der weiblichen Personen gesagt hat, ist nicht von der Hand zu weisen; indessen kommen hierfür nur solche Stellen in Betracht, die durch Verträge frei besetzt werden, also die in der Stadt.

Es darf nicht scheinen, als ob wir die vom Konsistorium erlassene Dienstanzweisung mißbilligen.

Abgeordneter **Rulemann**: Was der Abgeordnete Struve gesagt hat, steht kaum im Widerspruch zu meinen Ausführungen. Die Unzufriedenheit der Lehrer hat er bestätigt. In unseren Zielen stimmen wir überein. Wenn der Lehrer auf die Einnahme von 450 Mark nicht verzichten will und insolgedessen sich vertraglich bindet, so ist es gut; jedenfalls fällt dann der Grund zur Klage, da er seine Verpflichtungen freiwillig übernommen hat.

Abgeordneter **Palmer**: Nach dem jetzigen Wortlaut des Antrages, daß „Kriegswitwen in möglichst weitem Umfange in den Dienst der Kirche und der Gemeindepflege, sowie für

daß Organistenamt zur Verwendung kommen sollen“, könnte es den Anschein erwecken, als ob die Synode dies überall wünschte. Das ist doch jedenfalls bei solchen Stellen nicht der Fall, auf die die Lehrer Anspruch haben.

Abgeordneter **Pertl**: In dem neuen Antrage ist die vom Vorredner hervorgehobene Wendung nicht enthalten; er stimmt mit dessen Absichten überein.

Konistorial-Vizepräsident **Abt Molzenhauer**: Bei der Beschäftigung der Frauen im Organistendienst ist folgendes zu berücksichtigen. Wenn auch die Frauen diesen versehen können, so kann er ihnen dennoch nur in solchen Gemeinden übertragen werden, in denen ein besonderer Organist angestellt ist, nicht jedoch da, wo mit dem Organistendienste der Opfermannsdienst verbunden ist, wie das in den Landgemeinden der Fall ist. Jenes bildet die Ausnahme. Die Opfermannsdienste, die mit der Verpflichtung verknüpft sind, Lesegottesdienste abzuhalten, sind als die Hauptsache anzusehen. Das würde für die Besetzung der Stelle mit einer weiblichen Hilfskraft hinderlich sein.

Abgeordneter **Ziegeler**: Mein Antrag hat mit der Opferei nichts zu tun. Wenn sie in ihm erwähnt ist, so sollte damit nur eine der Quellen bezeichnet werden, aus denen die nötigen Geldmittel fließen müssen. Mit der Fassung des Antrages, die die Kommission gewählt hat, bin ich einverstanden.

Daß die Frauen zur Abhaltung des Lesegottesdienstes nicht zugelassen werden sollen, daran kann mein Antrag nicht scheitern. Als die Lehrer dazu bestimmt wurden, konnte die Mehrzahl der Gemeindemitglieder nicht lesen. An der Auffassung, daß nur der Lehrer die dazu geeignete Person sei, wird der Krieg wohl auch manches geändert haben. Den Lesegottesdienst könnte ein Kriegsbeschädigter abhalten; er braucht keine Scheu zu haben, mit einem Stelzbein vor die Gemeinde zu treten. Es wäre, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, nur die Vorschrift erforderlich, daß der Kirchenvorstand aus der Gemeinde einen geachteten Mann zu wählen hätte, der die Lesegottesdienste abzuhalten hätte.

Abgeordneter **Schulz**: Von der Verwendung von Kriegsbeschädigten und Kriegswitwen im Organistendienste, rate ich ab. Solange die Lehrer Wert darauf legen, ihn zu versehen, wollen wir keinen Ersatz für sie. Der Lehrer ist als Organist für den Kirchendienst viel wert, da er die Kinder in der Hand hat. Das aber ist für die Leitung des Kinderchors wesentlich. Er unterrichtet die Kinder und kann sie einüben. Das ist einem anderen Organisten in gleicher Weise nicht möglich. Daher ist bei Besetzung der Organistenstellen stets in erster Linie auf die Lehrer Bedacht zu nehmen.

Abgeordneter **Meyer**: Die Mitwirkung des Lehrers im Kirchendienste ist die naturgemäße. Auf seiten der Lehrer bestehen allerdings starke Neigungen, das Verhältnis zu lösen. Das hat dazu geführt, daß auch manche Geistlichen den gleichen Gedanken verfolgen. Die Entwicklung der Verhältnisse drängt darauf hin, aber sie setzt doch eben erst ein. Die Kirche ist verpflichtet, mit der Auseinandersetzung zu rechnen; sie muß sich darauf einrichten und untere Kirchendiener (Diafone) heranbilden. Mit der jetzigen Einrichtung der Kinderlehre kann man nicht zufrieden sein. Die Filialen können infolge der Entfernung vom Pfarrdorfe nicht damit bedacht werden. Da kann der Diakon aushelfen.

Den Lesegottesdienst kann auch ein ehrwürdiger Mann abhalten; darin stimme ich mit dem Abgeordneten Ziegeler überein. Auch in Blankenburg versah das Amt ein einfacher Mann. Das ist viel feierlicher, als wenn es ein 18—19 jähriger Seminarist tut. In dieser

Beziehung habe ich ärgerliche Erfahrungen gemacht. Ihm das Amt zu übertragen, ist nicht richtig.

Die Trennung des Lehrers vom Kirchendienste wird kommen, und darum muß die Kirche — ich wiederhole es — Einrichtungen treffen, um Ersatz zu schaffen.

Nachdem sein Antrag in der von der Kommission vorgeschlagenen Form angenommen war,

V. berichtete der Abgeordnete **Ziegeler** über den Antrag des Abgeordneten Knopf, betr. Gewährung erhöhter Bezüge oder Teuerungszulagen an Pfarrwitwen und Pfarrwaisen — Prot. 2 VII —; der Abgeordnete verlas den Antrag und fuhr fort:

Bei Beratung des Antrages stieß die Kommission auf eine Schwierigkeit: woher sollten die Mittel genommen werden, um die erhöhten Bezüge zu gewähren? Wir haben an Abiaß 2 des Art. II des Gesetzes von 1906 gedacht. Dort aber ist eine Beihilfe von der Bedürftigkeit der zu Unterstützten abhängig gemacht. Daher war der Antrag Knopf, wie er gestellt war, nicht möglich.

Die Kommission stellt nun folgenden neuen Antrag:

„Synode wolle beschließen, unter Ablehnung des Antrages Knopf dem Herzoglichen Konsistorium gegenüber den Wunsch auszusprechen, den Pfarrwitwen und -waisen, die infolge der durch den Krieg geschaffenen Teuerung in Not geraten sind, nach Maßgabe des Art. 2 des Gesetzes vom 9. April 1906 aus den Mitteln der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt angemessene Unterstützungen zu gewähren.“

Bei der Beratung sind wir davon ausgegangen, daß die erwähnten Mittel noch vorhanden seien. Leider habe ich inzwischen gehört, daß das Gegenteil der Fall ist. Demnach wird der Antrag wohl abgelehnt werden.

Konsistorialpräsident **Sievers**: Mittel der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt stehen nicht zur Verfügung. Was nach der erwähnten Vorschrift hat verausgabt werden dürfen, ist verbraucht.

Staatsminister **Wolff**: Die Pfarrwitwen und -Waisen erhalten Unterstützungen aus der Klosterreinertragskasse. Selbstverständlich stehen deren Mittel auch nur in beschränktem Umfange zur Verfügung.

Der Abgeordnete Knopf zog darauf seinen Antrag zurück.

Staatsminister **Wolff** fortsetzend: Die Mittel reichen nicht aus, um jede Not zu beseitigen. Aufgabe der gebildeten Stände ist es indessen, ihre Ansprüche tunlichst einzuschränken.

Abgeordneter **Ziegeler**: Ich nehme an, daß die Kommission mit der Zurücknahme ihres Antrages einverstanden ist. Wir glaubten, es seien Mittel vorhanden. Da das nicht der Fall ist und Beihilfen aus der Klosterreinertragskasse gewährt werden, so ist der Antrag wohl gegenstandslos geworden.

Staatsminister **Wolff**: Ich bin überrascht über die Überraschung des Berichtstatters. Es kommt bei Bewilligung von Unterstützungen stets auf die Lage des Falles an. Wirkliche Bedürftigkeit wird tunlichst beseitigt. Im Kriege ist eine Steigerung sämtlicher Werte erfolgt. Auf standesgemäße Unterstützung kann natürlich nicht gerechnet werden.

Abgeordneter **Ziegeler**: Wir glaubten, daß die Witwen und Waisen, welche der Pfarrwitwen-Versorgungsanstalt angehören, keinen Anspruch auf Unterstützung aus der Klosterreinertragskasse hätten.

Bej. v. 9. April 1906, die Abänderung des Ges. über Errichtung einer Landespfarrwitwenversorgungsanstalt betr. G. u. B. S. 1906 Nr. 28 S. 233.

Der Abgeordnete **Rulemann** zog darauf den Antrag der Kommission in deren Namen zurück.

VI. Es folgte Punkt B der Tagesordnung: Interpellation des Abgeordneten Knopf. Sie lautete:

„Hohe Kirchenregierung wird um Auskunft darüber gebeten, warum die Verfügungen über die Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes in den Gemeindeschulen durch die Organe der Kirche noch nicht erlassen sind, und ob darauf zu rechnen ist, daß eine Beaufsichtigung durch die Superintendenten und Pastoren, wie sie von der letzten ordentlichen Landessynode gefordert wurde, in Kürze angeordnet wird.“

Die Begründung dieser Interpellation hatte der Abgeordnete Gronau übernommen, dem dazu auch vom Vorsitzenden ohne Widerspruch der Versammlung das Wort erteilt wurde.

Abgeordneter **Gronau**: Es handelt sich um die Ausführung eines Beschlusses der vorigen Synode. In den Kreisen der Geistlichkeit hat es in weiten Kreisen beunruhigt, daß in Gemäßheit jenes Beschlusses die Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes in Gemeindeschulen immer noch nicht geregelt und die kirchlichen Organe immer noch nicht bestimmt worden sind. Einerseits werden von den Antragstellern die Schwierigkeiten durchaus nicht verkannt, die der Krieg geschaffen, und man ist auch durchaus nicht gewillt, den Burgfrieden zu stören, der durch den Krieg geschaffen worden ist. Die Regelung der Angelegenheit liegt indes bei dem nahen Zusammenhang zwischen Schule und Kirche den Vertretern der Kirche sehr am Herzen. Es fragt sich nun, wie die kirchliche Aufsicht des Religionsunterrichtes ausgeübt werden soll, ob von den Pastoren oder von den Superintendenten, oder etwa von beiden Teilen. Ich glaube, daß die Beaufsichtigung von einer Seite genügt, und zwar bin ich der Meinung, daß sie am besten durch die Superintendenten ausgeübt wird. Das sage ich nicht, weil ich selbst Superintendent bin. Wenn meine persönliche Meinung in Frage käme, so würde ich im Gegenteil sagen, daß ich nach meinem Empfinden die Sache am liebsten nicht mehr übernehme. Ich fasse aber die Sache ins Auge, und da scheint es mir richtig, daß den Superintendenten diese Aufsicht übertragen wird. Die verschiedensten Gründe sprechen hierfür. Der Superintendent wohnt nicht mit dem Lehrer an einem Orte, und es werden mancherlei Reibungen unterbleiben, die leicht eintreten können, wenn den Ortsgeistlichen diese Aufsicht übertragen wird. Auch im Interesse der Gleichmäßigkeit dieser Beaufsichtigung glaube ich, daß die Übertragung an die Superintendenten ebenso sehr im Interesse der Lehrerschaft als im Interesse der Geistlichkeit liegt. Für ausführbar halte ich die Ausübung der Schulaufsicht durch die Superintendenten allerdings nur dann, wenn es ihnen ermöglicht wird, einige Schultage im Jahr zur Verfügung gestellt zu erhalten, so daß sie an jenen Tagen vier oder fünf Schulen besuchen können und nicht nur auf die eine Morgenstunde angewiesen sind, wo der Religionsunterricht erteilt wird.

Die §§ 34 und 35 letzter Abjatz G.Sch.G. sagen ausdrücklich:

„über die Ausübung der Schulaufsicht werden, soweit nicht dieses Gesetz Vorschriften enthält, vom Konsistorium unter Genehmigung des Staatsministeriums Anweisungen erlassen“, und:

„Das Recht des Konsistoriums, die Aufsicht über den Religionsunterricht in den evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen zu regeln und zu überwachen, bleibt neben diesem Gesetze in Kraft.“

Konsistorialpräsident **Sievers**: Die kirchlichen Organe sind zweifellos auch nach Erlaß des neuen Gemeindeschulgesetzes noch zu der Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes in den

Gemeindeschulen berechtigt. Daß ein Verzicht hierauf auch nicht beabsichtigt wird, hat der Herr Staatsminister in der Landtagsitzung vom 24. Februar ausgesprochen, und ich nehme die damals vom Herrn Staatsminister dafür angeführten Gründe, daß die endgültige Regelung dieser Angelegenheit noch hinausgeschoben worden ist, auch heute wieder in Bezug. Ich erkläre, daß das Konsistorium die betreffende Verfügung herausgeben wird, sobald es irgend angängig erscheint. Im übrigen hat das Konsistorium auch nach dem Erlaß des Gemeinde-schulgesetzes für die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts in den Gemeindeschulen gesorgt. Da ein neues Mitglied als Leiter des Gemeindeschulwesens ins Konsistorium eingetreten war, hat es nahe gelegen, daß dieses Mitglied das Bestreben hatte, die Verhältnisse in den Gemeindeschulen aus eigener Anschauung kennenzulernen. Es sind daher diese Schulbesuche in viel größerer Zahl als sonst ausgeführt worden. Auch ich selbst habe diesen Schulbesuchen verschiedentlich beigewohnt und kann zu meiner Freude feststellen, daß allgemein hervorragende Leistungen und große Gewissenhaftigkeit der Lehrer bezüglich der Erteilung des Religionsunterrichts bei diesen unvernünftigen Schulbesuchen hervorgetreten sind. Ich betone das hier um so lieber, als in den letzten Jahren auch an die Arbeitskraft der Lehrer in der Stadt sowohl wie in der entferntesten Landgemeinde so außerordentlich hohe Anforderungen gestellt sind, daß man dabei doch hat feststellen können, daß die Lehrer überall auch bezüglich des Religionsunterrichts treu und gewissenhaft ihre Pflicht getan haben.

Abgeordneter Gerlich: Zu der Interpellation Knopf möchte ich mich kurz äußern, zugleich namens meiner Freunde. Die grundsätzliche Frage, ob Beaufsichtigung notwendig oder wünschenswert sei, steht nicht zur Erörterung. Die Meinungen darüber sind auch in unserem Kreise geteilt, einige wünschen sie beibehalten zu sehen. Andere und dazu gehöre ich selbst und unsere Freunde hier in der Synode sämtlich, sind der Ansicht, die gemäß § 19, I, 2 dem Vorsitzenden des Schulvorstandes erteilten Rechte, dem Unterrichte, also auch dem Religionsunterrichte beizuwohnen und seine Bedenken dem Lehrer auszusprechen, genügen. Wir halten eine besondere „Überwachung“ des Religionsunterrichts daneben für nicht nötig, sondern überflüssig, ja aus mancherlei Gründen, die ich hier nicht länger ausführen kann, sogar für nicht ersprießlich und segensbringend. Dies sei nebenbei bemerkt. Denn es handelt sich heute um etwas anderes, um die Ausführung des in § 35 II festgelegten Rechtes des Konsistoriums, den Religionsunterricht zu überwachen. Wer soll im Auftrage des Konsistoriums dies Recht ausüben? Wir sind der einmütigen Ansicht: nicht jeder Orts-pfarrer, sondern für einen größeren Bezirk (ein oder zwei Inspektionen) ein Geistlicher, der durch seine Vorbildung oder Veranlagung dazu besonders geeignet erscheint und dieses Amt gern und freiwillig übernimmt. Es wird in manchen Bezirken sich als zweckmäßig erweisen, den Superintendenten damit zu betrauen, aber wir sind der Meinung, daß das nicht überall und immer notwendig ist. Es kann auch ein anderer Pfarrer tun als der oft mit Geschäften ohnehin sehr belastete Superintendent, z. B. ein Pastor, der eine kleine Gemeinde hat. Ich erinnere daran, daß z. B. in Preußen nicht immer der Superintendent der Kreisschul-inspektor ist. An der Persönlichkeit liegt sehr viel, und wir wünschen, daß diese Überwachung nicht den alten Streit erneuert, sondern dem Frieden zwischen Pastor und Lehrer dienen und also zum Segen für Kirche und Schule ausschlagen möge. Ich fasse das Gesagte in folgende Erklärung namens meiner Freunde zusammen: Nach dem Geße über die Gemeindeschulen ist der Geistliche als Vorsitzender des Schulvorstandes befugt, dem gesamten Unterrichte des Lehrers beizuwohnen und etwaige Bedenken außerhalb der Unterrichtsstunden mit dem Lehrer zu besprechen. Das kann nach der Meinung vieler unserer Freunde genügen. Muß aber nach dem Geße § 35 II eine besondere Überwachung des Religionsunterrichts durch Geist-

liche stattfinden, so ist diese so zu gestalten, daß das Herzogliche Konsistorium geeignete Geistliche für größere Bezirke mit der Überwachung des Religionsunterrichts betraut. Wir sehen dabei voraus, daß solche Übertragung nicht gegen den Willen des betreffenden Geistlichen stattfindet.

Abgeordneter Beste-Wolfsbüttel: Das Recht der Teilnahme am Unterrichte hat der Geistliche nur in den Landgemeinden, nicht auch in den Städten, da er hier nicht Vorsitzender des Schulvorstandes ist.

Abgeordneter Kunze: Seit 37 Jahren bin ich Amtsrichter auf dem Lande. Aus meiner Erfahrung heraus gebe ich den Rat, die Aufsicht über den Religionsunterricht nicht dem Ortsgeistlichen zu übertragen. Das Dorf würde sich sofort in zwei Parteien spalten. Nach § 19 I, 2 des G. Sch. G. sind die Vorsitzenden der Schulvorstände befugt, dem Unterricht in den Gemeindeschulen beizuwohnen und den Lehrern gegenüber Beanstandungen auszusprechen, wenn ihnen das den Umständen nach geboten erscheint. Ich möchte einmal fragen, ob wohl schon irgendein Geistlicher nach dieser Vorschrift verfahren hat. Im übrigen bin ich kein Freund von zu viel Aufsicht; sie ermüdet, macht mißtrauisch und läßt vor allen Dingen die Schaffensfreudigkeit erlahmen. Man stelle sich doch auch mal vor, wie es wirkt, wenn ein ganz junger Geistlicher einem alten erfahrenen Schulmann hinsichtlich der Erteilung des Religionsunterrichts Vorschriften macht; das gibt Mord und Totschlag. Aus einer von der Lehrerschaft an das Konsistorium gerichteten Eingabe ersehe ich, daß die Lehrerschaft den Wunsch hat, das Konsistorium möge diese Aufsicht, wenn es sie nicht selber ausüben wolle, den Kreis- und Schulinspektoren mit übertragen. Das scheint mir ganz zweckmäßig zu sein und wird tausendfachen Wünschen aus Stadt und Land am meisten entsprechen. Unter den Lehrern sind ganz hervorragend begabte Männer, die auch noch über den Lehrerberuf hinaus Tüchtiges leisten, und die Lehrer sollen ihre verantwortungsvolle Arbeit mit Freude tun und nicht mit Senzen. Daher ist größte Vorsicht bei der Regelung dieser Angelegenheit geboten.

Abgeordneter Meyer-Vorsfelde: Ich bin darüber erfreut, daß hier bei der Begründung der Interpellation der Standpunkt eingenommen ist, den ich schon vor vier Jahren hier vertreten habe, daß nämlich nicht die einzelnen Ortsgeistlichen, sondern die Superintendenten diese Beaufsichtigung übernehmen sollen. Daß die Geistlichen jetzt als Vorsitzende der Schulvorstände dem Religionsunterricht in den Gemeindeschulen nicht beizuwohnen, liegt an dem unglücklichen Wort „befugt“ statt „verpflichtet“. Niemand nimmt gern das Odium auf sich, daß er sich einmisch, um den Lehrer zu beaufsichtigen, ohne daß er dazu verpflichtet ist. Auch damit, daß die Aufsicht einem anderen Geistlichen, als gerade dem Superintendenten übertragen wird, bin ich einverstanden.

Abgeordneter Perl: Dem Abgeordneten Kunze erwidere ich, daß ich die Befugnis, dem Religionsunterricht in der Gemeindeschule beizuwohnen, bislang nicht ausgeübt habe, weil die Ausführungsvorschriften zu dem am 1. April 1914 in Kraft getretenen Schulgesetz in dieser Beziehung immer noch ausstehen und daher die Grundlage für die richtige Handhabung fehlt. Ich bin überzeugt, daß viele andere Geistliche aus ganz gleichem Grunde ebenso denken wie ich und ebenso gehandelt haben. Die meisten Geistlichen haben eben das Gefühl, daß sie nicht eher in dieser Sache etwas tun können, bis nicht klipp und klar festgestellt ist, was sie tun dürfen und müssen. Die vom Abgeordneten Kunze gestreifte Frage, ob die kirchliche

Schulaufsicht wegen der Erteilung des Religionsunterrichts überhaupt nötig ist, ist nicht mehr zu erörtern. Das Recht des Konsistoriums, den Religionsunterricht in den Gemeindeschulen zu beaufsichtigen, beruht nach meiner Überzeugung auf Verfassungsvorschrift. Jedes Recht schließt auch eine Pflicht in sich, und hier handelt es sich um die Pflicht, den Religionsunterricht durch kirchliche Organe beaufsichtigen zu lassen. Die Kreischulinspektoren sind Staatsbeamte und können für die kirchliche Beaufsichtigung des Religionsunterrichts nicht in Betracht kommen. Damit würde der Kirche und den Geistlichen als Organen derselben geradezu ein Armutszugnis ausgestellt werden. Hat die Kirche ein Recht, so soll es auch ausgeübt werden. Seminaristisch gebildete Inspektoren können der Kirche nicht genügen.

Abgeordneter Drude: Der Abgeordnete Perl hat recht. Ich persönlich habe zwar die Besuche in der Schule fortgesetzt. Ich gebe aber zu, daß ich die Bedenken mancher Geistlichen dagegen, ohne Ausführungsbestimmungen ebenso zu handeln, verstehe.

Abgeordneter Struve: Der Abgeordnete Runze ließ durchblicken, daß eine gewisse Berechtigung der Lehrerschaft vorliegt, wenn sie die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts durch die kirchlichen Organe nicht wünscht. Jahrelang hat die Lehrerschaft um die Sachaufsicht gekämpft. Jetzt haben die Lehrer diese Sachaufsicht. Wir verlangen nun die Fachaufsicht für den Religionsunterricht und nehmen diese für die kirchlichen Organe in Anspruch. Es scheint, als ob in weiten Kreisen des Publikums die irrige Ansicht verbreitet ist, als ob es sich hierbei um eine gewisse Herrschsucht der Pastorenschaft handelt. Demgegenüber glaube ich versichern zu können, daß in Anbetracht der jetzigen Verhältnisse in den meisten Geistlichen der Wunsch rege ist: rein ab von der Schule! Es wird auf dem Lande nie mehr dahin kommen, daß zwischen Geistlichkeit und Lehrerschaft ein Zusammenarbeiten in voller Harmonie möglich ist. Die Lehrerschaft hat das Bestreben, in Schulanangelegenheiten allein noch zur Geltung zu kommen und nicht mehr den Geistlichen noch als Lokal-Schulinspektor und damit als eine in Schulanangelegenheiten einflußreiche Persönlichkeit neben sich zu sehen. Solange die Dienst-anweisung über die Handhabung der kirchlichen Schulaufsicht nicht herausgegeben ist, wissen die Geistlichen nicht recht mehr, was Schulpflege ist; die Schulpflege schwebt vielmehr sozusagen in der Luft. Man sollte meinen, daß es, nachdem das neue Schulgesetz am 1. April 1914 in Kraft getreten, nun doch wohl an der Zeit ist, die Ausführungsvorschriften dazu zu erlassen. Auch ich und meine Freunde erkennen durchaus an, daß es viele Lehrer gibt, die mit größter Gewissenhaftigkeit und Treue ihre Pflicht erfüllen, und man hat auch auf dieser Seite den herzlichsten Wunsch, mit den Lehrern in einem guten Verhältnis zu stehen. Wir denken daher auch gar nicht daran, die Lehrer durch möglichst viele Besuche in der Schule zu belästigen. Endlich muß auch einmal Klarheit geschaffen werden wegen der Befugnisse des Schulvorstandes und der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts. Damit wird auch der Burgfrieden gewiß nicht gestört werden; vielmehr sind viele Kreise davon überzeugt, daß es um so schlimmer wird, je länger die Ordnung dieser Angelegenheit noch weiter hinausgeschoben wird. Schließlich kann auch ich mich dafür aussprechen, wie der Abgeordnete Gerlich es wünscht. Es mag einem Geistlichen ein größerer Bezirk übertragen werden. Der Superintendent ist nicht immer die geeignete Persönlichkeit, dagegen manchmal ein Pastor des Bezirks. Betonen will ich noch, daß die Zustimmung in den Kreisen der Geistlichen sehr groß ist, und wenn man nicht das Gefühl hätte, daß es sich hierbei um ein Recht der Kirche handelt, das nicht preisgegeben werden darf, so würden gewiß 99 Prozent der Geistlichen die Verbindung mit der Schule gern aufgeben, da dann vielleicht ein besseres Verhältnis zwischen Lehrerschaft und Geistlichkeit herbeigeführt wird. Das Vorgehen der Lehrerschaft gegen die neue Verordnung für den

Opfereidienst zeigt, daß die Lehrer in keiner Weise der Ansicht der Geistlichen noch unterstellt sein wollen. So bald wird nach meiner Überzeugung der Friede zwischen beiden Teilen nicht erzielt werden.

Konfistorialpräsident **Sievers**: Auch der Religionsunterricht in den höheren Schulen untersteht der Aufsicht des Konfistoriums. Auch in dieser Beziehung fehlen noch Ausführungsbestimmungen. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen.

Abgeordneter **Gronau**: Es kann vielleicht so aussehen, als ob mit der Interpellation ein gewisses Mißtrauen gegen die Lehrer hat zum Ausdruck gebracht werden sollen. Das ist aber ganz und gar nicht der Fall. Es handelt sich lediglich um die Sache. Genau so gut, wie auf seiten des Abgeordneten Gerlich und seiner Freunde, weiß man auch auf meiner Seite, was man von der Tätigkeit unserer Lehrer zu halten hat. Es handelt sich hier um die Ausführung einer gesetzlichen Bestimmung und eines Beschlusses der letzten Landessynode. Der Abgeordnete Strube sieht nach meiner Überzeugung zu schwarz, wenn er glaubt, es sei gar nicht mehr möglich, mit den Lehrern noch in gutem Einvernehmen zu leben. Ich bin immer ganz gut mit meinen Lehrern ausgekommen.

Abgeordneter **Netemeyer**: Nach meiner Überzeugung rührt die ganze Unruhe auf seiten der Lehrerschaft davon her, daß angenommen wird, die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts soll den Ortsgeistlichen übertragen werden. Eine Bestimmung, wonach die Kirche als solche das Recht der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts in den Gemeindeschulen hat, kenne ich nicht. Im Schulgesetz heißt es, das Recht des Konfistoriums, den Religionsunterricht beaufsichtigen zu lassen, besteht unverändert fort. Sache des Konfistoriums ist es daher, diese Aufsicht zu regeln. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt, daß es sehr wohl von Segen sein kann, wenn ein Geistlicher die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts ausübt, daß aber sehr leicht auch das Gegenteil der Fall sein kann. Ich glaube, die Herren werden guttun, wenn sie in dieser Angelegenheit nicht so sehr drängen. Man hat ja gehört, daß das Konfistorium selber sich die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts habe aneignen lassen, und daß dabei die besten Erfahrungen gemacht worden sind. Jedenfalls wird also in dieser Beziehung noch nichts versäumt. Die Aufsicht ist nun einmal der Grund zum Kampfe zwischen Lehrerschaft und Geistlichkeit geworden. Wir wissen aber, daß wir solche Geisteskämpfe ausfechten müssen, und wir werden sie auch ausfechten. Die Übertragung dieser Aufsicht an die Superintenden ten mag auf dem Lande durchführbar sein, in den größeren Städten, vor allen Dingen hier in Braunschweig, ist sie es jedenfalls nicht.

Abgeordneter **Beste-Wolfenbüttel**: Ich spreche mich gegen den Grundsatz „Reinab“ aus; die Zusammenarbeit des Geistlichen und des Lehrers ist von großem Segen. Mit den Worten des Abgeordneten Strube kann ich mich nicht einverstanden erklären. Ich habe seit 40 Jahren mit meinen sämtlichen Lehrern gut gestanden. Die Anerkennung, welche den Lehrern seitens des Konfistoriums zuteil geworden ist, hat mich sehr erfreut.

Abgeordneter **Beste-Schöppenstedt**: Mein Bruder hat mir aus der Seele gesprochen. Ich bin hier der zweitälteste Schulinspektor. In meiner 25jährigen Tätigkeit als Lokal-Schulinspektor bin ich mit meinen Lehrern immer gut ausgekommen. Ich habe immer den Grundsatz hochgehalten: „Lasset die Kindlein zu mir kommen.“ Kirche und Schule sind die beiden hauptsächlichsten Kraftzentren unseres Volkes, und ich würde es sehr bedauern, wenn sie sich, anstatt pflichtgemäß zusammenzuhalten, sich bekämpfen wollten. Ich habe oft Freude am

Religionsunterricht gehabt. Die Lehrer wollen auf den Religionsunterricht nicht verzichten, und darin haben sie Recht.

Die Forderung „Reinab“ halte auch ich für ungesund und gefährlich.

Abgeordneter **Struve**: Ich muß mich sehr gegen die Art und Weise verwahren, wie mir von den beiden Vorrednern entgegengetreten worden ist. Ich habe natürlich sagen wollen, nach den heutigen Verhältnissen liegt keine innere Wahrscheinlichkeit dafür vor, daß auf ein friedliches Verhältnis zwischen Lehrerschaft und Geistlichkeit zu rechnen ist. Das sollte natürlich nicht in Ansehung der einzelnen Lehrer gelten. In dieser Beziehung kann auch ich von mir sagen, daß ich immer ganz gut mit meinen Lehrern ausgekommen bin. Im übrigen verweise ich auf die veröffentlichten Verhandlungen der Lehrerschaft aus neuerer Zeit. Dem Abgeordneten Netemeyer gegenüber weise ich darauf hin, daß der Herr Staatsminister in der letzten Synode feierlich versichert hat, auf die kirchliche Beaufsichtigung des Religionsunterrichts werde nicht verzichtet werden. Daher meine Forderung.

Abgeordneter **Bert**: Es ist hier immer nur von der kirchlichen Beaufsichtigung des Religionsunterrichts die Rede gewesen, niemals aber davon, daß diese Beaufsichtigung durch die einzelnen Ortsgeistlichen ausgeübt werden soll. Aus dem dem Konsistorium eingeräumten Recht, über die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts Bestimmung zu treffen, läßt sich nur herleiten, daß es sich hierbei im Gegensatz zur staatlichen Aufsicht durch die Kreisschulinspektoren um die kirchliche Aufsicht handelt. Sonst würde die Bestimmung sinnlos sein. Das Konsistorium kann nur einen Geistlichen mit der Aufsicht beauftragen, nicht einen Schulinspektor. Daß es selbst die Beaufsichtigung dauernd weiter führt, ist doch wohl unmöglich.

Abgeordneter **Meyer**: Es ist hier gesagt, die Mißstimmung der Lehrerschaft beruhe darauf, daß der Ortsgeistliche die Aufsicht im Religionsunterricht führen sollte. Wir haben an der Unruhe keine Schuld; denn wir haben bereits vor 4 Jahren uns dafür ausgesprochen, daß der Superintendent oder an seiner Stelle ein anderer Geistlicher mit der Aufsicht beauftragt werden sollte. Die Erfahrungen des Herrn Propst Beite liegen lange Jahre zurück. Die Kräfte, die darauf hinarbeiten, die Schule ganz von der Kirche zu lösen, haben seitdem an Zahl stark zugenommen. Namentlich bei den jungen Lehrern ist die Neigung hierzu sehr stark vertreten. Ich erkenne die große Gewissenhaftigkeit der Lehrerschaft auch durchaus an und bin auch stets mit meinen Lehrern gut ausgekommen. Hiermit hat die Interpellation gar nichts zu tun. Ich muß dem Abgeordneten Struve darin recht geben, daß weite Kreise der Geistlichkeit beunruhigt sind, weil diese Angelegenheit immer noch nicht zur Ruhe kommen will, weil sie noch nicht endgültig geregelt ist. Ein friedliches Verhältnis von Geistlichkeit und Lehrerschaft wird schwer zu erzielen sein.

Die Ansicht des Abgeordneten Netemeyer teile ich nicht. Die Aufsicht der Geistlichkeit erstreckt sich natürlich nicht auf Technik und Methodik des Unterrichts, sie liegt lediglich auf religiösem Gebiete.

Abgeordneter **Aulemann**: Es mag richtig sein, daß nicht Streit- und Herrschsucht den Antrag veranlaßt haben. Aber es ist anzunehmen, daß bei den Bestrebungen der Geistlichen neben den Interessen der Kirche auch gewisse Ständesinteressen mit im Spiel sind. Die ganze Schulaufsicht der Kirche läßt sich lediglich vom geschichtlichen Standpunkte aus verstehen. Heute ist das Verhältnis zwischen Schule und Kirche anders geworden, als es vor 100 bis 200 Jahren war. Diese neue Entwicklung ist aber bislang noch nicht zum Abschluß gekommen, und daraus entwickeln sich die jetzigen Meinungsverschiedenheiten. Bei dem Religionsunterricht handelt es

sich einmal um das Gebiet des Intellekts, zum anderen Teile in Ansehung der Charakterbildung aber um Fragen der Erziehung. So wenig ich nun jagen kann und will, daß die Sachaufsicht der Geistlichkeit in dieser Beziehung ungeeignet ist, so kann ich die Geistlichen in dieser Beziehung doch nicht der Geeignetheit der Lehrer voranstellen. So komme ich zu dem Ergebnis, daß ein Recht der Geistlichkeit auf Ausübung der Sachaufsicht über den Religionsunterricht doch nicht anerkannt werden kann.

Damit war die Interpellation erledigt.

VII. Dann nahm der Abgeordnete **Knopf** noch das Wort zu folgender Äußerung: Zu Pfarrer- und den ihnen nahestehenden Kreisen herrscht über den Erlaß des Konsistoriums, die Sonntagsarbeit betr., tiefe Mißstimmung. Seine Fassung ist so, als ob wir, die Pfarrer selbst, die Gemeinde vom Kirchenbesuche abhalten sollen. Die Geistlichen haben in dieser Zeit ernst und treu gearbeitet. Aber zu einer Einwirkung auf ihre Gemeinde in jener Richtung haben sie sich nicht entschließen können. Sogar ein weltlicher Abgeordneter hat Anstoß an dem Erlaß genommen. Man muß den Geistlichen die Freudeigkeit zur Arbeit erhalten; daran aber ist der Erlaß hinderlich. Zu wünschen ist eine Pastorenchaft, die für das Konsistorium durchs Feuer geht. Darum richte ich an das Konsistorium die Bitte, ob es nicht möglich ist, die Mißstimmung durch einige klärende Worte zu beseitigen.

Konsistorial-Vizepräsident **Abt Woldenhauer**: Das Konsistorium wie ich persönlich empfinden es sehr schmerzlich, wenn eine solche Mißstimmung in kirchlichen Kreisen hat entstehen können. Aber eine Berechtigung liegt dafür nicht vor. Es handelte sich in der Zeit um die Kartoffelnot, darum, daß weiten Kreisen unserer Bevölkerung die notwendigsten Lebensmittel geschaffen werden mußten. Und Not- und Liebeswerke sind doch recht besonders in unserer Zeit erlaubt. Übrigens ist es uns gar nicht eingefallen, dahin zu wirken, daß die Gottesdienste nicht besucht werden. Es könnte ja dann auch für die, welche den Morgengottesdienst nicht besuchen konnten, noch eine Abendandacht gehalten werden. Es müßte doch wohl jeder die Tendenz dieser Verfügung erkennen, in dieser schweren Zeit alle Kräfte verfügbar zu machen zur Einbringung der Ernte. Selbstverständlich wird nichts geschehen vom Herzoglichen Konsistorium, den beklagenswerten Mangel an Sonntagsheiligung noch zu vermehren, und es wird in ruhiger Zeit alles dagegen geschehen. Hier aber handelte es sich um einen kurzen vorübergehenden Notstand.

Staatsminister **Wolff**: Ich bin äußerst überrascht über die Ausnahme, die der Erlaß gefunden hat.

VIII. Der Vorjizende stellte fest, daß nunmehr sämtliche Eingänge und sonstige Gegenstände der Beratung ihre Erledigung gefunden hätten, und verlas eine ihm vom Staatsminister Wolff überreichte Höchste Verfügung vom heutigen Tage, nach welcher die außerordentliche Synode geschlossen wird — Drucksache 10. Er schloß daran ein dreimaliges Hoch auf Seine Königliche Hoheit den Herzog, in welches die Versammlung lebhaft einstimmte, und schloß die Sitzung.

IX. Das Protokoll 3 vom 30. November 1916 lag während der ersten zwei Stunden dieser Sitzung zur Einsicht aus, ohne daß Einspruch erfolgt wäre.

Kaulitz, Gerichtsassessor,
protokollführender Sekretär.